

Marcel Huber

Zäsuren

Was nach Inkrafttreten der Kapitulation
des Deutschen Reiches am 8. Mai 1945
im Laufe von 81 Jahren für Aufsehen sorgte

Eine Chronik in fünf Bänden
Erster Band: 8. Mai 1945 bis 1959

Vorbemerkungen

- Dieses Nachschlagewerk listet markante Ereignisse vom 8. Mai 1945 bis 8. Mai 2026 auf.
- Der Rückblick dient als Gedankenstütze im wertfreien Nachrichtenstil.
- Als Quellen dienten hauptsächlich Tageszeitungen.
- Massgebend ist die Ortszeit des Ereignisses.
- Als Orientierungshilfe dienen die einleitenden Stichwörter.
- Empfohlen wird die Benutzung der Suchfelder.
- Schreibweisen und Akzente: Die Akzente in Fremdsprachen – französisch, italienisch, spanisch, portugiesisch, serbo-kroatisch, polnisch, ungarisch, rumänisch, tschechisch, slowakisch, türkisch, isländisch usw. – werden so weit wie möglich berücksichtigt.
Beispiel: Milošević (*Milosevic*).
- In Suchfeldern werden Eintragungen ohne Akzente empfohlen. Beispiel Milosevic statt Milošević.
- Bei japanischen Namen steht der Familienname an erster Stelle. Beispiel: Abe Shinzo

Der Chronist: Marcel Huber*

14.05.2026

* Marcel Huber, geboren 1945, war von 1979 bis 2010
Auslandredaktor der «Berner Zeitung».

1945

Zweiter Weltkrieg

Deutschland

Die deutsche Wehrmacht kapituliert. Unterzeichnet wird die bedingungslose Kapitulation in Reims im Hauptquartier der US-Streitkräfte von Generaloberst Alfred Jodl (**7.5.1945**). Die Kapitulation tritt am Tag darauf (**8.5.1945**) in Kraft. Eine weitere Kapitulationsurkunde wird von Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel im Beisein von Marschall Georgi Schukow im sowjetischen Hauptquartier in Berlin unterzeichnet (**9.5.1945**). Nach fünf Jahren und neun Monaten geht in Europa der Zweite Weltkrieg zu Ende. In Asien ist der Krieg noch nicht zu Ende.

Frankreich/Algerien

In der ostalgerischen Stadt Sétif protestieren Tausende Menschen gegen die französische Kolonialmacht und fordern die Unabhängigkeit. Sicherheitskräfte schießen in die Menge (**8.5.1945**). Der Aufruhr weitet sich rasch aus. Auf Racheaktionen gegen die Europäer folgen kollektive Vergeltungsmassnahmen der französischen Machthaber. Erst Ende Mai beruhigt sich die Lage. Die Niederschlagung der Unruhen geht als „Massaker von Sétif“ in die Geschichte ein. Tausende Algerier kommen ums Leben: Laut Schätzungen zwischen 15 000 und 45 000. Unter den Toten befinden sich auch über 100 Europäer.

Tschechoslowakei/Sowjetunion/Sudetendeutsche/Ungarn

Sowjetische Truppen nehmen Prag ein (**9.5.1945**). Die Tschechoslowakei wird in ihren alten Grenzen (mit der Slowakei und den Gebieten der Sudetendeutschen) wiederhergestellt – mit Ausnahme der Karpaten-Ukraine, die von der Sowjetunion annektiert wird. Der 1938 zurückgetretene Staatspräsident Edvard Beneš (*Benes*) kehrt nach Prag zurück (16.5.1945). Die Regierung steht unter der Leitung von Zdeněk Fierlinger; ihr gehören Kommunisten, Sozialdemokraten, Sozialisten und Mitglieder der Volkspartei an.

Auf der rechtlichen Grundlage der Beneš-Dekrete werden nach Kriegsende über drei Millionen Deutsche (Sudetendeutsche) und etwa 80 000 Ungarn enteignet, ausgebürgert und aus der Tschechoslowakei vertrieben. Die Vertreibung wird von Gewalttätigkeiten begleitet, denen Tausende Menschen zum Opfer fallen.

Türkei

Der türkische Staatspräsident İsmet İnönü (*Inönü*) verspricht eine Hinwendung des Landes zur Demokratie und die Einführung des Mehrparteiensystems (**19.5.1945**).

Deutschland/USA/Sowjetunion/Grossbritannien/Frankreich/Polen

Die Siegermächte USA, Sowjetunion, Grossbritannien und Frankreich übernehmen die oberste Regierungsgewalt in Deutschland: „Berliner Erklärung“ vom **5.6.1945**. Zuständig ist der Alliierte Kontrollrat, bestehend aus den Oberbefehlshabern der vier Besatzungszonen. Er nimmt seine Tätigkeit am 30. Juli 1945 auf.

- Wie an der Jalta-Konferenz (4.2. bis 11.2.1945) vereinbart, wird Deutschland von den USA, der Sowjetunion, Grossbritannien und Frankreich in vier Besatzungszonen und Berlin in vier Sektoren geteilt. Jede der vier Mächte übernimmt für ihre Zone die alleinige Verantwortung und setzt eine Militärregierung ein.
- In den deutschen Ostgebieten hat die Sowjetunion bereits vollendete Tatsachen geschaffen. Die östlich von Oder und Neisse (Görlitzer bzw. Lausitzer Neisse) gelegenen Gebiete werden unter polnische Verwaltung gestellt, dies als Ersatz für Territorien, die Polen 1939 im Osten des Landes an die Sowjetunion verloren hat. Das nördliche Ostpreussen mit Königsberg kommt unter sowjetische, das südliche unter polnische Verwaltung. Millionen Deutsche werden aus den Ostgebieten vertrieben.

Norwegen

Der norwegische König Haakon VII. kehrt aus dem britischen Exil in seine Heimat zurück (**7.6.1945**).

Deutschland/Sowjetunion

Die UdSSR setzt in der von ihr kontrollierten Besatzungszone Deutschlands die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) ein (**9.6.1945**).

Peru

José Luis Bustamante y Rivero vom Mitte-links orientierten Frente Democrático Nacional (FDN) wird mit Unterstützung der Apristen – Anhänger der von Victor Raúl Haya de la Torre gegründeten sozialistischen Alianza Popular Revolucionaria Americana (Apra) – zum neuen peruanischen Staatsoberhaupt gewählt. Er erhält 66,97 Prozent der Stimmen. Im Abgeordnetenhaus verfügt der FDN als stärkste Kraft über 73 der 153 Mandate (**10.6.1945**).

Kanada

Bei der Parlamentswahl in Kanada verliert die regierende Liberal Party von Premierminister William Lyon Mackenzie King die absolute Mehrheit, kann aber mit Unterstützung von unabhängigen Abgeordneten weiterregieren. Die Liberal Party erhält 118 (minus 61) der 245 Mandate. Zweistärkste Kraft ist die Progressive Conservative Party mit 66 (plus 27) Sitzen (**11.6.1945**).

Italien

Katastrophen/Eisenbahnkatastrophen

In der Nähe von Orvieto (Umbrien) stossen ein Personen- und ein Güterzug zusammen. Dabei kommen etwa 70 Menschen ums Leben (**13.6.1945**).

Irland

Seán T. O’Kelly geht als Sieger aus der Präsidentenwahl in Irland hervor (**14.6.1945**). O’Kelly gehört zu den Gründern der Partei Fianna Fáil. Er ist Nachfolger des ersten irischen Präsidenten Douglas Hyde.

Deutschland

Mit der Gründung eines Zentralausschusses beginnt der Wiederaufbau der vor zwölf Jahren verbotenen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands – SPD (**15.6.1945**). In den westlichen Besatzungszonen wird die SPD von Karl Schumacher geleitet. In der sowjetischen Besatzungszone wird die SPD am 21.4.1946 mit der Kommunistischen Partei zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) zwangsvereinigt.

Panama

In Panama wird Enrique Adolfo Jiménez (Partido Liberal) von der Verfassungsgebenden Versammlung zum neuen Staatsoberhaupt gewählt (15.6.1945). Nach Ende seiner Amtsperiode im Jahr 1948 erlebt das Land häufige Wechsel an der Spitze des Staates.

Niederlande

Willem Schermerhorn vom Freisinnig Demokratischen Bund (Vrijzinnig Democratische Bond/VDB) wird erster niederländischer Regierungschef nach Kriegsende (**24.6.1945**). Er bildet ein Regierungsbündnis mit der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (Social Democratische Arbeiders Partij/SDAP), der Katholischen Volkspartei (Katholieke Volkspartij/KVP) und der protestantischen Anti-Revolutionären Partei (Anti-Revolutionaire Partij/ARP).

Norwegen

In Norwegen übernimmt der Vorsitzende der Arbeiterpartei, Einar Gerhardsen, die Führung der ersten Nachkriegsregierung (**25.6.1945**). Der Übergangsregierung gehören auch Kommunisten an.

UNO

Internationaler Gerichtshof

In San Francisco unterzeichnen Delegierte aus 50 Staaten nach mehrwöchigen Verhandlungen die Charta der Vereinten Nationen (**26.6.1945**). In der Präambel der UNO-Charta wird die Entschlossenheit der „Völker der Vereinten Nationen“ bekundet, „künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren, die zweimal zu unseren Lebzeiten unsagbares Leid über die Menschheit gebracht hat“.

Die Vereinten Nationen setzen sich folgende Hauptziele:

- den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren und zu diesem Zweck wirksame Kollektivmassnahmen zu treffen, um Bedrohungen des Friedens zu verhüten und zu beseitigen, Angriffshandlungen und andere Friedensbrüche zu unterdrücken und internationale Streitigkeiten oder Situationen, die zu einem Friedensbruch führen könnten, durch friedliche Mittel nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit und des Völkerrechts zu bereinigen oder beizulegen;
- freundschaftliche, auf der Achtung vor dem Grundsatz der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker beruhende Beziehungen zwischen den Nationen zu entwickeln und andere geeignete Massnahmen zur Festigung des Weltfriedens zu treffen;
- eine internationale Zusammenarbeit herbeizuführen, um internationale Probleme wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und humanitärer Art zu lösen und die Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten für alle ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion zu fördern und zu festigen.

Als Hauptorgane der Vereinten Nationen werden eine Vollversammlung (General Assembly), ein Sicherheitsrat, ein Wirtschafts- und Sozialrat, ein Treuhandrat und ein Internationaler Gerichtshof eingesetzt. Die UNO-Charta tritt am 24. Oktober 1945 in Kraft.

Deutschland

In Deutschland entstehen vielerorts unabhängig voneinander christlichdemokratische Gruppierungen: In Berlin ruft die Christlich Demokratische Union Deutschlands „zur Sammlung, zur Mitarbeit und zum Aufbau einer neuen Heimat“ auf (**26.6.1945**). In Bayern entsteht die Christlich-Soziale Union (CSU).

Polen/Sowjetunion/USA/Grossbritannien

In Warschau wird eine unter sowjetischem Einfluss stehende Provisorische Regierung der Nationalen Einheit gebildet (**28.6.1945**). Sie ersetzt die Anfang 1945 eingesetzte Provisorische Polnische Regierung, deren Vorgängerin das Polnische Komitee der Nationalen Befreiung (Lubliner Komitee) war. Die Provisorische Regierung der nationalen Einheit wird vom Sozialisten Edward Osóbka-Morawski (*Osobka-Morawski*) geleitet. Dessen Stellvertreter sind der Generalsekretär der kommunistischen Polnischen Arbeiterpartei, Władysław Gomułka (*Gomułka*), und Stanisław Mikołajczyk (*Mikołajczyk*), ehemaliger Chef der polnischen Exilregierung in London. Die USA und Grossbritannien ziehen ihre Unterstützung der Exilregierung zurück und anerkennen die Warschauer Provisorische Regierung der Nationalen Einheit.

Zweiter Weltkrieg

USA/Japan/Okinawa

US-Truppen erobern nach über drei Monate dauernden schweren Kämpfen die japanische Insel Okinawa (**30.6.1945**). Die Schlacht um Okonawa fordert über 200 000 Tote. Schätzungsweise ein Drittel der Zivilbevölkerung kommt ums Leben.

USA

James F. Byrnes wird neuer US-Aussenminister (**3.7.1945**).

Grossbritannien

Überraschender Sieg der oppositionellen Labour Party bei der Unterhauswahl in Grossbritannien. Labour gewinnt 393 der 640 Sitze, die Conservative Party von Premierminister Winston Churchill muss sich mit 197 Sitzen begnügen. Labour gewinnt 239 Sitze hinzu, die Tories verlieren 190 Mandate. Die Liberal Party gewinnt 12 Sitze und auf die übrigen Parteien entfallen 38 Mandate (**5.7.1945**).

Zweiter Weltkrieg

Philippinen/USA/Japan

US-General Douglas MacArthur verkündet die Befreiung der Philippinen von der japanischen Besatzung (**5.7.1945**).

Österreich/USA/Sowjetunion/Grossbritannien/Frankreich

Österreich wird von den USA, der Sowjetunion, Grossbritannien und Frankreich in vier Besatzungszonen und Wien in vier Sektoren aufgeteilt (**9.7.1945**). Die Kontrolle übernimmt die Alliierte Kommission für Österreich

An der Spitze der provisorischen Staatsregierung steht der Sozialist Karl Renner. Die provisorische Staatsregierung war am 27. April 1945 gleichzeitig mit der Verabschiedung der Unabhängigkeitserklärung gebildet worden. Mit der Unabhängigkeitserklärung wurde der Anschluss an das Deutsche Reich für null und nichtig erklärt und die Republik Österreich wiederhergestellt (Geburt der 2. Republik).

Australien

Ben Chifley, Vorsitzender der Labor Party, wird neuer australischer Premierminister (**13.7.1945**).

USA/Atomwaffen

Die USA führen in der Wüste von New Mexico den ersten Atomwaffentest (Trinity-Test) durch (**16.7.1945**). Die Sprengkraft entspricht 20 000 Tonnen TNT.

Potsdamer Konferenz

USA/Sowjetunion/Grossbritannien/Frankreich/Deutschland/Polen/Tschechoslowakei/Ungarn

Vertriebene

Drei-Mächte-Konferenz in Potsdam (**17.7.1945 bis 2.8.1945**): Im Schloss Cäcilienhof treffen sich US-Präsident Harry S. Truman, der sowjetische Machthaber Josef Stalin und der britische Premierminister Winston Churchill (Churchill wird nach verlorener Unterhauswahl durch den neuen Premier Clement Attlee ersetzt), um über die Nachkriegsordnung Europas zu beraten. Frankreich ist nicht vertreten, stimmt den Vereinbarungen jedoch unter Vorbehalten zu.

Die wichtigsten Beschlüsse der Potsdamer Konferenz:

- Für Deutschland gelten die Grundsätze: Demilitarisierung, Denazifizierung, Dezentralisierung, Demontage und Demokratisierung.
- Bestätigt und konkretisiert werden die Vereinbarungen der Konferenz von Jalta über die Aufteilung Deutschlands in vier Besatzungszonen, über die Westverschiebung Polens (Oder-Neisse-Linie) unter dem Vorbehalt einer endgültigen Regelung durch einen Friedensvertrag.
- Sanktioniert wird die Umsiedlung der deutschen Bevölkerung aus den Ostgebieten, der Tschechoslowakei, Ungarn und aus dem Balkan. Bis Ende 1947 werden rund 14 Millionen Deutsche nach Restdeutschland vertrieben. Zwischen einer Million und zwei Millionen Menschen kommen dabei ums Leben.
- die Reparationsansprüche sollen aus den jeweiligen Besatzungszonen gedeckt werden.
- Ein Rat der Aussenminister soll Friedensverträge mit ehemaligen Kriegsgegnern vorbereiten und Vorschläge zur Regelung ungelöster territorialer Fragen ausarbeiten.

Grossbritannien

Clement Attlee von der Labour Party wird Nachfolger des britischen Premierministers Winston Churchill (**27.7.1945**).

Zweiter Weltkrieg

Japan/USA

Atomwaffen

Erstmals werden in einem Krieg Atomwaffen eingesetzt. Ein Bomber der US-Luftwaffe wirft am **6. August 1945** auf die japanische Stadt Hiroshima eine Atombombe ab. Die Uranbombe „Little Boy“ detoniert um 8 Uhr 16. Die Druckwelle macht die Innenstadt dem Erdboden gleich. Zwischen 45 000 und 70 000 Menschen sterben sofort. Drei Tage später wird Nagasaki von einer Atombombe verwüstet (9.8.1945). Zwischen 30 000 und 40 000 Menschen sterben am gleichen Tag. Zehntausende Menschen sterben nach dem Atomwaffeneinsatz an den Folgen der nuklearen Strahlung. Binnen vier Monaten steigt die Zahl der Toten in Hiroshima und Nagasaki auf über 200 000.

Japan/Sowjetunion/Mandschukuo/China

Die Sowjetunion erklärt Japan den Krieg (**8.8.1945**). Sowjetische Truppen besetzen das Kaiserreich Mandschukuo – den japanischen Vasallenstaat in der Mandschurei – sowie die Kurileninseln und Südsachalin. Die Sowjetunion gibt 1946 die Mandschurei an China zurück. Port Arthur bleibt bis 1955 unter sowjetischer Verwaltung.

Japan/Korea/USA/Sowjetunion

Ende der japanischen Herrschaft über Korea: Die 1910 von Japan annektierte Kolonie mit dem Namen Chosen wird geteilt. Die Sowjetunion und die USA einigen sich auf eine Teilung entlang des 38. Breitengrades (**10.8./11.8.1945**). Sowjetische Truppen besetzen den nördlich des 38. Breitengrades gelegenen Teil der koreanischen Halbinsel, US-Truppen den Süden.

Zweiter Weltkrieg

Japan/USA

Kaiser Hirohito verkündet in einer Radioansprache die bedingungslose Kapitulation Japans (**15.8.1945**). Die entsprechende Urkunde wird am 2. September 1945 auf dem US-Schlachtschiff „Missouri“ unterzeichnet. Japan wird von alliierten Truppen unter der Führung der USA besetzt.

Mit der Kapitulation Japans geht der Zweite Weltkrieg zu Ende. Dieser forderte über 75 Millionen Tote (Quelle NZZ vom 8.5.2020). Am stärksten betroffen war die Sowjetunion mit schätzungsweise 28 Millionen Toten.

Niederländisch-Indien/Niederlande/Indonesien

Nach dem Ende der japanischen Besatzung Niederländisch-Indiens rufen die Nationalistenanführer Sukarno und Mohammed Hatta die Unabhängigkeit Indonesiens aus (**17.8.1945**). Sukarno wird der erste Präsident der Republik Indonesien.

Die fünf Prinzipien (Pancasila) Indonesiens sind: Glaube an einen Gott, nationale Einheit, Humanismus, Demokratie und soziale Gerechtigkeit.

Japan

Prinz Higashikuni Naruhiko wird erster japanischer Ministerpräsident nach der Kapitulation (**17.8.1945**). Nach wenigen Wochen (9.10.1945) wird er durch den früheren Außenminister Shidehara Kijuro ersetzt

Philippinen

Nach der Kapitulation Japans wird die unter japanischer Besatzung gebildete Zweite Philippinische Republik aufgelöst. (**17.8.1945**).

Belgien

In Belgien wird die Christelijke Volkspartij (CVP) als Nachfolgerin des Katholischen Blocks gegründet (**18.8.1945**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der österreichische Schriftsteller Franz Werfel stirbt im Alter von 54 Jahren (**26.8.1945**).

Vietnam

Vietnam (Demokratische Republik Vietnam)

Frankreich/Französisch-Indochina/Grossbritannien/China

Neues Kapitel in der Geschichte Vietnams: Nach der Kapitulation der Besatzungsmacht Japan und der Abdankung von Kaiser Bao Dai ruft Ho Chi Minh, Gründer und politischer Führer der Befreiungsbewegung Viet Minh, die Demokratische Republik Vietnam aus (**2.9.1945**). Ho Chi Minh wird Vorsitzender der provisorischen Regierung. Die Unabhängigkeitsbestrebungen kollidieren mit dem Bestreben Frankreichs, seine Kolonialherrschaft in Indochina (Französisch-Indochina) wiederherzustellen. Zu Französisch-Indochina gehören die Kolonie Cochinchine (der Süden Vietnams), die Protektorate Annam und Tonkin (der Mittelteil und der Norden Vietnams) sowie die Protektorate Laos und Kambodscha.

Im Süden Vietnams sind bis zur Rückkehr der französischen Kolonialmacht britische, im Norden Vietnams chinesische Truppen von Chiang Kai-shek im Einsatz, um japanische Streitkräfte zu entwaffnen.

Burma/Japan/Grossbritannien

In Burma ergeben sich die letzten japanischen Besatzungstruppen (**2.9.1945**). Vorübergehend übernimmt wieder die frühere Kolonialmacht Grossbritannien die Kontrolle über das Land, das bis 1937 als Teil Britisch-Indiens verwaltet worden war.

Liechtenstein

Alexander Frick von der Fortschrittlichen Bürgerpartei (FBP) wird neuer liechtensteinischer Regierungschef (**3.9.1945**).

China/Japan

Der 1937 ausgebrochene zweite japanisch-chinesische Krieg ist zu Ende: Die japanischen Truppen in China ergeben sich (**9.9.1945**). Der Krieg forderte laut Schätzungen etwa 20 Millionen Tote, hauptsächlich Zivilisten.

British Malaya/Grossbritannien

Nach dem Ende der japanischen Besatzung übernimmt wieder die britische Kolonialmacht die Kontrolle über British Malaya (**12.9.1945**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der ungarische Komponist Béla Bartók (Bartok) stirbt im Alter von 80 Jahren (**26.9.1945**).

Niederländisch-Indien/Niederlande/Indonesien/Grossbritannien

Britische Truppen (mehrheitlich Inder) landen auf Java und Sumatra (**28.9.1945**). Sie sollen nach dem Ende der japanischen Besatzung die Soldaten der ehemaligen Besatzungsmacht entwaffnen, die gefangenen Niederländer befreien und die koloniale Ordnung in Niederländisch-Indien wieder herstellen. Die Briten stossen auf heftigen Widerstand von Unabhängigkeitskämpfern. In der „Schlacht von Surabaya“ (27.10. bis 20.11.1945) kommen Hunderte Angehörige der britischen Armee sowie Tausende Indonesier ums Leben. Ende 1946 ziehen sich die Briten zurück.

Die niederländische Kolonialmacht versucht nach ihrer Rückkehr, die im August 1945 gegründete Republik Indonesien zu destabilisieren und etabliert als Gegengewicht Teilstaaten wie Ostindonesien, Südsumatra, Ostsumatra, Kalimantan Barat (Westborneo), Madura, Westjava, Ostjava. Die indonesischen Nationalisten leisten massiven Widerstand. Die niederländischen Sicherheitskräfte reagieren auf den Guerillakrieg der Unabhängigkeitskämpfer mit berüchtigten Polizeiaktionen.

Norwegen

In Norwegen erringt die sozialdemokratische Arbeiterpartei von Einar Gerhardsen bei der ersten Parlamentswahl nach Kriegsende knapp die absolute Mehrheit. Sie gewinnt 76 der 150 Sitze im Storting. Zweistärkste Kraft ist die konservative Høyre mit 25 Mandaten (**8.10.1945**). Gerhardsen bildet eine Einparteiregierung (5.11.1945). Er hat den Ruf eines „Landesvaters“ und gilt als treibende Kraft des Wohlfahrtsstaates. Gerhardsen wird Norwegen – mit zwei Unterbrüchen – während 17 Jahren regieren.

Laos

Die Bewegung Lao Issara (Freies Laos) proklamiert nach der Kapitulation der Kolonialmacht Japan die Unabhängigkeit von Laos (**12.10.1945**). Lao Issara und die vietnamesische Befreiungsbewegung Viet Minh bilden eine gemeinsame Kampffront gegen die französische Kolonialmacht.

UNO/FAO

In Quebec unterzeichnen Delegierte von 42 Staaten die Gründungsurkunde der UNO-Sonderorganisation für Ernährung und Landwirtschaft – FAO (**16.10.1945**).

Venezuela

Putsch in Venezuela (**18.10.1945**). Staatspräsident Isaías Medina Angarita wird entmachtet. Eine revolutionäre Junta übernimmt die Macht. Rómulo Betancourt von der Acción Democrática wird Übergangspräsident.

Mongolische Volksrepublik (Mongolei)

China

Die Bevölkerung der 1921 gegründeten Mongolischen Volksrepublik lehnt chinesische Ansprüche auf ihr Land ab und spricht sich für die Unabhängigkeit aus (**20.10.1945**). China anerkennt die Unabhängigkeit am 5. Januar 1946.

Frankreich

In Frankreich wird eine Verfassunggebende Nationalversammlung gewählt (**21.10.1945**). Die Kommunistische Partei erhält mit 26,2 Prozent den höchsten Stimmenanteil und 159 der 586 Mandate. Es folgen der christlichdemokratische Mouvement républicain populaire (MRP) mit 23,9 Prozent der Stimmen und 150 Sitzen und die Sozialisten (Section française de l'Internationale ouvrière/SFIO) mit 23,4 Prozent und 146 Sitzen.

Luxemburg

In Luxemburg findet die erste Parlamentswahl seit Kriegsende statt (**21.10.1945**). Die Christlich Soziale Volkspartei (CSV) gewinnt 25 der 51 Sitze. Zweistärkste Kraft ist die Luxemburgische Sozialistische Arbeiterpartei (LSAP) mit 11 Mandaten. Premierminister Pierre Dupong (CSV), der bereits ab 1937 an der Spitze der Regierung stand (auch während des Exils), bildet eine Regierung der „nationalen Union“.

Bis im Juni 1974 stellt die Christlich Soziale Volkspartei (CSV) ununterbrochen den Ministerpräsidenten: Auf Pierre Dupong folgen Joseph Bech, Pierre Frieden und Pierre Werner. Koalitionspartner sind entweder die Luxemburgische Sozialistische Arbeiterpartei (LSAP) oder die liberale Demokratische Partei (DP).

Rumänien

Gheorge Gheorghiu-Dej übernimmt die Führung der rumänischen Kommunisten (**22.10.1945**). Seit der sowjetischen Besetzung im September 1944 haben in Rumänien die Kommunisten die wichtigsten Machtpositionen an sich gerissen.

UNO

Die UNO-Charta tritt in Kraft (**24.10.1945**) – vgl. 26.6.1945.

Norwegen

Der frühere norwegische Regierungschef Vidkun Quisling, der während des Zweiten Weltkrieges mit der deutschen Besatzungsmacht kollaborierte, wird hingerichtet (**24.10.1945**). Das Wort Quisling gilt seither als Synonym für Verräter.

Brasilien

Der brasilianische Staatspräsident Getúlio Vargas wird von der Armee zum Rücktritt gezwungen (**29.10.1945**). Er war seit 1930 an der Macht. 1937 proklamierte der autoritär herrschende Getúlio Vargas den „Estado Novo“. In breiten Bevölkerungsschichten hatte er sich dank sozialen Reformprogrammen den Ruf als „Vater der Armen“ erworben.

Dänemark

Bei der ersten Parlamentswahl in Dänemark nach Kriegsende sichern sich die Sozialdemokraten trotz Verlust von 18 Mandaten die Rolle als stärkste Kraft im Folketing. Sie sind mit 48 Abgeordneten vertreten. Auf dem zweiten Platz folgt die liberale Venstre mit 38 Mandaten. Sie gewinnt 10 Sitze hinzu (**30.10.1945**). Knud Kristensen von der liberalen Venstre bildet eine Minderheitsregierung (7.11.1945).

Ungarn

In Ungarn finden freie Parlamentswahlen statt – trotz sowjetischer Besatzung. Die bürgerliche Kleinlandwirtepartei geht als Siegerin aus den Wahlen hervor. Sie gewinnt 245 der 400 Mandate. Die Kommunistische Partei erhält 70, die Sozialdemokratische Partei 69 Sitze (**4.11.1945**). Das Parlament ersetzt die im Dezember 1944 in Debrecen gebildete Provisorische Nationalversammlung.

Jugoslawien

In Jugoslawien gewinnt die kommunistisch beherrschte Volksfront bei der Wahl der verfassunggebenden Nationalversammlung 90 Prozent der Stimmen (**11.11.1945**).

UNO/Unesco

In London unterzeichnen Delegierte von 37 Staaten den Gründungsvertrag der UNO-Sonderorganisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur – Unesco (**16.11.1945**). Die Verfassung der Unesco tritt am 4. November 1946 in Kraft. Erster Unesco-Generalsekretär wird der britische Biologe Julian Huxley.

Bulgarien

In Bulgarien geht die von Kommunisten beherrschte Vaterländische Front als Siegerin aus der Parlamentswahl hervor (**18.11.1945**). Damit ist die Machtübernahme durch die Kommunisten auch durch Wahlen vollzogen. Seit dem sowjetischen Einmarsch in Bulgarien im September 1944 waren Kommunisten an den Schalthebeln der Macht und führten eine Säuberungswelle durch. Das Volksgericht verhängte zwischen 1944 und 1945 über 2000 Todesstrafen.

Nürnberger Prozess

Deutschland

Holocaust

In Nürnberg beginnt vor dem von den Alliierten eingerichteten Internationalen Militärtribunal der Prozess gegen 22 Hauptkriegsverbrecher des NS-Regimes (**20.11.1945**).

Die vier Hauptanklagepunkte:

- Verschwörung (zur Eroberung unumschränkter Macht),
- Verbrechen gegen den Frieden (Bruch internationaler Verträge, Angriffskriege, Entfesselung eines Weltkrieges),
- Kriegsverbrechen (Ermordung und Misshandlung der Bevölkerung in besetzten Gebieten, Deportation von Millionen Menschen aus besetzten Gebieten, Zerstörung von Städten und Dörfern ohne militärische Notwendigkeit, Zwangsrekrutierung von Zivilarbeitern usw.),
- Verbrechen gegen die Menschlichkeit (Ermordung, Ausrottung, Versklavung, Deportation und andere unmenschliche Handlungen gegen Zivilbevölkerungen, Verfolgung politischer Gegner sowie rassische und religiöse Minderheiten, Ausrottung ganzer Bevölkerungsgruppen).

Mit dem Nürnberger Hauptkriegsverbrecher-Prozess beginnt die juristische Aufarbeitung des Holocaust, des Völkermords an schätzungsweise sechs Millionen Jüdinnen und Juden. Etwa 4 Millionen starben in Konzentrations- und Vernichtungslagern.

Österreich

In Österreich findet die erste Parlamentswahl seit Kriegsende statt (**25.11.1945**). Die konservative Volkspartei (ÖVP) geht mit einem Stimmenanteil von 49,8 Prozent als Siegerin aus der Wahl hervor und erringt mit 85 von 165 die absolute Mehrheit. Auf die Sozialisten (SPÖ) entfallen 44,6 Prozent der Stimmen und 76 Mandate. 4 Sitze gehen an die Kommunisten (KPÖ).

Jugoslawien

In Jugoslawien wird die Monarchie abgeschafft. Der bisherige König Peter II. emigriert in die USA. Die Verfassunggebende Versammlung unter dem Vorsitz von Ivan Ribar ruft die Föderative Volksrepublik Jugoslawien aus (**29.11.1945**). Erster jugoslawischer Ministerpräsident wird der kommunistische Partisanenführer Josip Broz Tito.

Die Nachkriegszeit ist durch mehrere Säuberungswellen gekennzeichnet, für die der Geheimdienstchef und Innenminister Aleksandar Ranković (*Rankovic*) verantwortlich ist.

Tschechoslowakei/Sowjetunion/USA

Sowohl die sowjetischen als auch die US-amerikanischen Truppen haben die Tschechoslowakei verlassen (**Anfang Dezember 1945**). US-Streitkräfte befanden sich im Gebiet von Pilsen, im Westen der Tschechoslowakei.

Albanien

In Albanien finden Parlamentswahlen statt. Die von der Kommunistischen Partei gelenkte Demokratische Front gewinnt alle Sitze (**2.12.1945**). In Albanien herrschen seit November 1944 (Rückzug der deutschen Besatzer) die Kommunisten unter Führung von Enver Hoxha (Enver Hodscha).

Brasilien

In Brasilien wird Enrico Gaspar Dutra vom Partido Social Democrático mit einem Stimmenanteil von 55,39 Prozent zum neuen Staatspräsidenten gewählt. Im Abgeordnetenhaus hat seine in der politischen Mitte orientierte Partei mit 151 der 286 Mandate die absolute Mehrheit. Zweistärkste Kraft ist die konservative União Democrática Nacional (**2.12.1945**).

Italien

Alcide De Gasperi, Mitbegründer und Politischer Sekretär der Democrazia Cristiana (DC), wird italienischer Regierungschef (**10.12.1945**). In seiner Koalitionsregierung sind neben Christlichdemokraten auch Kommunisten (Partito Comunista Italiano/PCI) und Sozialisten (Partito Socialista Italiano di Unità Proletaria/PSIUP) vertreten. Alcide De Gasperi hat entscheidenden Anteil am Übergang von der Monarchie zur Republik und er gehört zu den Wegbereitern der europäischen Integration.

Friedensnobelpreis

USA

Der frühere US-Außenminister Cordell Hull, Mitgründer der Vereinten Nationen, wird mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet (**10.12.1945**).

Literaturnobelpreis

Chile

Die chilenische Dichterin und Diplomatin Gabriela Mistral wird mit dem Literaturnobelpreis geehrt (**10.12.1945**).

Autonome Republik Aserbaidschan/Iran/Sowjetunion

Moskau forciert die Abspaltung der von sowjetischen Truppen besetzten iranischen Provinz Aserbaidschan. In Täbris wird die Autonome Republik Aserbaidschan ausgerufen (**12.12.1945**). Die Republik wird nur ein Jahr alt. Nach dem Abzug der sowjetischen Truppen aus Iran übernimmt Teheran wieder die Kontrolle über die Provinz (11.12.1946).

Republik Kurdistan/Iran/Sowjetunion

Kurden

In Mahabad, im Nordwesten Irans, wird mit sowjetischer Unterstützung ein kurdischer Nationalstaat, die Republik Kurdistan (auch Republik Mahabad genannt) ausgerufen (**15.12.1945**). Ihr Präsident ist Kadi Mohammed. Tausende Stammeskriegen aus dem Irak unter Führung von Mustafa Barzani unterstützen den Kurdenstaat. Die Republik Kurdistan wird – ähnlich wie die Autonome Republik Aserbaidschan – nur ein Jahr alt. Nach dem Abzug der sowjetischen Truppen aus Iran übernimmt Teheran wieder die Kontrolle über das Gebiet (15.12.1946).

Österreich

Der Sozialist Karl Renner wird zum ersten österreichischen Bundespräsidenten der Zweiten Republik gewählt (**20.12.1945**). Leopold Figl von der konservativen Österreichischen Volkspartei (ÖVP) wird erster Bundeskanzler seit Kriegsende. Figl bildet eine Regierung, der neben der ÖVP auch die Sozialistische Partei (SPÖ) und die Kommunistische Partei (KPÖ) angehören. Die KPÖ zieht sich am 20.11. 1947 aus der Regierung zurück.

Internationaler Währungsfonds (IWF)/Weltbank

Der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank werden offiziell ins Leben gerufen (**27.12.1945**). Die Gründung beider Institutionen war im Juli 1944 von 44 Staaten der Bretton-Woods-Konferenz beschlossen worden.

1946

Vietnam

Vietnam (Demokratische Republik Vietnam)

Frankreich/Französisch-Indochina

Die Führung der Demokratischen Republik Vietnam lässt Parlamentswahlen durchführen (**6.1.1946**). 182 der 302 Mandate gehen an Vertreter der Befreiungsbewegung Viet Minh. Die französische Kolonialmacht lehnt die Wahlen ab. Die Abgeordneten treten erstmals am 2. März 1946 in Hanoi zusammen. Sie bestimmen Ho Chi Minh zum Präsidenten der Demokratischen Republik Vietnam und verabschieden am 9. November die erste Verfassung der Demokratischen Republik Vietnam.

UNO

Grossbritannien

In London wird die erste Vollversammlung der Vereinten Nationen eröffnet. 51 Staaten nehmen an der Vollversammlung teil (**10.1.1946**).

Albanien

Der albanische Kommunistenführer und Ministerpräsident Enver Hoxha (Enver Hodscha) ruft die Volksrepublik Albanien aus (**11.1.1946**). Die kommenden Jahre sind gekennzeichnet durch die Ausschaltung politischer Gegner, Enteignung der Grossgrundbesitzer und Zwangskollektivierung.

Haiti

Haitis Staatspräsident Élie Lescot wird von der Armee zum Rücktritt gezwungen (**11.1.1946**). Sein Nachfolger wird Dumarsais Estimé.

Jugoslawien

Die Verfassunggebende Versammlung der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien verabschiedet eine Verfassung (**15.1.1946**). Die Volksrepublik Jugoslawien besteht aus den sechs Teilrepubliken Serbien, Slowenien, Kroatien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro und Mazedonien; die zu Serbien gehörenden Provinzen Vojvodina und Kosovo erhalten einen autonomen Status.

UNO

USA/Sowjetunion/China/Grossbritannien/Frankreich

Der UNO-Sicherheitsrat tritt zu seiner ersten Sitzung zusammen (**17.1.1946**). Ständige Mitglieder und damit auch Veto-Mächte sind die USA, die Sowjetunion, China (Republik China), Grossbritannien und Frankreich.

Frankreich

Charles de Gaulle, seit dem 3. Juni 1944 Vorsitzender der Provisorischen Regierung Frankreichs, tritt zurück (**20.1.1946**). Nachfolger wird der sozialistische Politiker Félix Gouin (Section française de l'Internationale ouvrière/SFIO). Ihm folgt fünf Monate später (ab 24. Juni 1946) Georges Bidault von der zentristischen christlichdemokratischen Partei Mouvement républicain populaire (MRP).

UNO

Norwegen

Der Norweger Trygve Halvdan Lie wird zum ersten Generalsekretär der UNO gewählt (**1.2.1946**).

Ungarn

Ungarn wird zur Republik erklärt (**1.2.1946**). Zoltán Tildy, bisher provisorischer Regierungschef, übernimmt das Amt des Staatspräsidenten. Regierungschef wird Ferenc Nagy. Beide Politiker vertreten die bürgerliche Kleinlandwirtpartei. Sie können jedoch die von der Sowjetunion unterstützte schleichende Machtübernahme durch die Kommunisten (Salamitaktik) unter Führung von Mátyás Rákosi (*Rakosi*) nicht aufhalten.

Korea (Nordkorea)

Im sowjetisch-besetzten Nordteil Koreas wird ein provisorischer Volksausschuss gebildet. An dessen Spitze steht der kommunistische Partisanenführer Kim Il Sung (**8.2.1946**).

UNO/UNO-Menschenrechtskommission

Die UNO setzt zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte eine Kommission ein – die UNO-Menschenrechtskommission (**16.2.1946**).

Belgien

Bei den ersten Parlamentswahlen in Belgien seit Kriegsende erobern die Christdemokraten – Christelijke Volkspartij (CVP) bzw. Parti Social Chrétien (PSC) – 92 der 202 Mandate der Abgeordnetenkammer. Zweitstärkste Kraft sind die Sozialisten – Belgische Socialistische Partij (BSP) bzw. Parti Socialiste Belge (PSB) – mit 69 Mandaten. An dritter Stelle folgen die Kommunisten mit 23 Abgeordneten (**17.2.1946**).

Bis August 1949 wird Belgien von Sozialisten – Paul Henri Spaak, Achille Van Acker und Camille Huysmans – regiert. Belgien erlebt häufige Wechsel an der Spitze der Regierung.

Deutschland

Katastrophen/Bergbau-, Bergwerkkatastrophen

405 Bergarbeiter kommen bei der Explosion in einem Steinkohlebergwerk im Ruhrgebiet ums Leben (**20.2.1946**).

Argentinien

Juan Domingo Perón (*Peron*) wird zum neuen argentinischen Staatspräsidenten gewählt (**24.2.1946**). Er erhält rund 53 Prozent der Stimmen. Im Abgeordnetenhaus hat der Partido Laborista klar die Mehrheit mit 109 der 158 Mandate. Zum Wahlsieg verhilft ihm vor allem die Arbeiterklasse, die sein Engagement für die Gewerkschaften honoriert. Juan Domingo Perón ist ein Bewunderer des italienischen Faschismus. Seine Frau Eva (Evita) Perón, Kämpferin für die sozialen Rechte der Besitzlosen (Descamisados) und für die politischen Rechte der Frauen, wird zum Stützpfeiler des peronistischen Regimes.

Mongolische Volksrepublik (Mongolei)

Sowjetunion

Die Mongolische Volksrepublik und die Sowjetunion verlängern ihren Freundschafts- und Beistandspakt (**27.2.1946**). Die Mongolische Volksrepublik ist mit der Sowjetunion politisch, wirtschaftlich und militärisch (sowjetische Truppenpräsenz) eng verbunden und gilt als sowjetischer Satellitenstaat.

Iran/Grossbritannien/Sowjetunion

Die britischen Besatzungstruppen beenden den Rückzug aus Iran (**2.3.1946**). Der zum gleichen Zeitpunkt vereinbarte Abzug der sowjetischen Truppen verzögert sich. Erst unter massivem Druck der USA verlassen im Mai die letzten sowjetischen Streitkräfte das Land. Briten und Sowjets hatten im August 1941 den Süden bzw. Norden Irans besetzt.

Europa

„Eiserner Vorhang“

Der frühere britische Premierminister Winston Churchill erklärt am **5.3.1946** in einer aussenpolitischen Grundsatzrede in Fulton (US-Staat Missouri): „Von Stettin an der Ostsee bis hinunter nach Triest an der Adria ist ein ‚Eiserner Vorhang‘ quer durch den Kontinent niedergegangen. Hinter dieser Linie liegen alle Hauptstädte der alten Staaten Zentral- und Osteuropas: Warschau, Berlin, Prag, Wien, Budapest, Belgrad, Bukarest und Sofia.“

Vietnam

Vietnam (Demokratische Republik Vietnam)

Frankreich/Französisch-Indochina/China

Frankreich anerkennt die Demokratische Republik Vietnam als „freien Staat“ innerhalb von Französisch-Indochina und der Union française (**6.3.1946**). Das in Hanoi unterzeichnete Abkommen regelt die Präsenz französischer Streitkräfte nördlich des 16. Breitengrades. Die chinesischen Truppen von Chiang Kai-shek, die zur Entwaffnung der japanischen Truppen im Norden Vietnams im Einsatz waren, werden abgezogen. Über eine Vereinigung der drei Landesteile Vietnams (drei Ky) – Bac Ky (Norden), Trung Ky (Zentrum) und Nam Ky (Süden) – soll weiter verhandelt und per Referendum entschieden werden. Die entsprechenden Verhandlungen in Fontainebleau (ab 6.7.1946) scheitern jedoch.

Finnland

In Finnland wird nach dem Rücktritt von Staatpräsident Carl Gustaf Mannerheim der bisherige Ministerpräsident Juho Kusti Paasikivi von der konservativen Nationalen Sammlungspartei (KOK) neues Staatsoberhaupt (**9.3.1946**). Neuer finnischer Regierungschef wird Mauno Pekkala vom linken Parteienbündnis Demokratische Union des Finnischen Volkes (SKDL). Das linke Parteienbündnis war 1944 auf Initiative der Kommunistischen Partei Finnlands gegründet worden.

Marschall Mannerheim, als Nationalheld verehrt, war Oberbefehlshaber der „weissen Truppen“ im finnischen Bürgerkrieg 1918/1919 und Oberkommandierender der finnischen Armee in den Kriegsjahren 1939/1940 (sowjetisch-finnischer Winterkrieg) und 1941-1944 (Fortsetzungskrieg).

Schweiz/Sowjetunion

Die Schweiz und die Sowjetunion nehmen die 1923 abgebrochenen diplomatischen Beziehungen wieder auf (**18.3.1946**).

Brasilien

Katastrophen/Eisenbahnkatastrophen

Im brasilianischen Bundesstaat Sergipe fordert die Entgleisung eines Zuges 185 Tote (**20.3.1946**).

Griechenland/Albanien/Jugoslawien/Grossbritannien/USA

In Griechenland finden Parlamentswahlen statt. Diese werden von der Kommunistischen Partei (KKE) boykottiert. 206 der 354 Sitze erobert das konservative Wahlbündnis der Nationalgesinnten (**31.3.1946**).

Gleichzeitig mit den Wahlen beginnt die dritte Phase des griechischen Bürgerkriegs mit dem Angriff kommunistischer Aufständischer auf eine Polizeistation in Litchoro. Im Bürgerkrieg stehen sich die von Kommunisten dominierte Volksfront (EAM) mit ihrer Demokratischen Armee (DSE) und die Konservativen und Monarchisten gegenüber. Die Kommunisten werden von Albanien und Jugoslawien (jedoch nicht von der

Sowjetunion); die Konservativen zunächst von Grossbritannien und ab 1947 von den USA im Rahmen der Truman-Doktrin unterstützt

British Malaya/Malaiische Union/Singapur/Grossbritannien

Aus British Malaya wird die britische Kolonie Malayan Union. Zur Malaiischen Union gehören neun auf der Malaiischen Hauptinsel gelegene Sultanate – Kedah, Kelantan, Negeri Sembilan, Pahang, Perak, Perlis, Selangor und Terengganu – sowie die zwei bisherigen Straits Settlements (Niederlassungen) Malakka und Penang. Singapur wird eine britische Kronkolonie (**1.4.1946**).

Der britische Plan, die Macht der Sultane zugunsten einer zentral verwalteten Union zu beschneiden und allen Einwohnern (Malaier, Chinesen, Inder) gleiche Rechte zu gewähren, löst heftigen Widerstand aus und führt zur Schaffung der United Malays National Organisation (UMNO). Rund 52 Prozent der Bevölkerung sind Malaier. Die Chinesen – rund 37 Prozent Bevölkerungsanteil – gelten als wirtschaftlich einflussreich. Die Privilegierung der malaiischen Bevölkerung bleibt eine konfliktreiche Dauerbelastung.

Japan

In Japan finden die ersten Parlamentswahlen nach Kriegsende statt. Stärkste Kraft wird die Liberale Partei. Sie gewinnt 148 der 464 Sitze im Unterhaus. Es folgt die Progressive Partei mit 110 Mandaten (**10.4.1946**).

Syrien/Frankreich

Frankreich entlässt Syrien in die Unabhängigkeit (**17.4.1946**). Erster Präsident der unabhängigen Republik Syrien ist Shukri al-Quwatli.

Deutschland

In der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (SBZ) werden Sozialdemokraten (SDP) und Kommunisten (KPD) zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) zwangsvereint (**21.4.1946**). Co-Vorsitzende sind der Kommunist Wilhelm Pieck und der Sozialdemokrat Otto Grotewohl.

Philippinen

Manuel Acuña Roxas geht als Sieger aus der Präsidentenwahl auf den Philippinen hervor (**23.4.1946**). Bei der Wahl des Repräsentantenhauses gewinnt der liberale Flügel der Nacionalista Party als stärkste Kraft 49 der 98 Mandate.

Laos/Frankreich

Nach Wiederherstellung der französischen Kolonialherrschaft wird der Monarch von Luang Prabang, Sisavang Vong, König von ganz Laos (**26.4.1946**). Laos erhält innere Autonomie (17.8.1946). Prinz Souphanouvong, einer der Anführer von Lao Issara (Freies Laos), organisiert den bewaffneten Widerstand gegen die Kolonialmacht.

Spanien/UNO

Der UNO-Sicherheitsrat verurteilt das Franco-Regime in Spanien (**29.4.1946**). Das Franco-Regime ist international isoliert.

Kolumbien

In Kolumbien wird Mariano Ospina Pérez vom Partido Conservador mit einem Stimmenanteil von 42 Prozent zum neuen Präsidenten gewählt (**4.5.1946**).

Italien

Der italienische König Vittorio Emanuele III. dankt zugunsten seines Sohnes Umberto II. ab (**9.5.1946**). Italien ist nur noch für kurze Zeit eine Monarchie.

Siam (Thailand)

Siam erhält eine demokratische Verfassung (**9.5.1946**).

Niederlande

In den Niederlanden finden die ersten Parlamentswahlen seit Kriegsende statt (**17.5.1946**). Stärkste Kraft wird die Katholische Volkspartei (Katholieke Volkspartij/KVP). Sie gewinnt 32 der 100 Mandate der Zweiten Kammer. Die sozialdemokratische Partei der Arbeit (Partij van de Arbeid/PvdA) entsendet 29 Abgeordnete. Es folgen die protestantische Anti-Revolutionäre Partei (Anti-Revolutionaire Partij/ARP) mit 13 und die Kommunistische Partei (Communistische Partij Nederland/CPN) mit 10 Mandaten.

Rumänien

Der 1944 entmachtete rumänische Staatsführer (Conducător) Marschall Ion Antonescu wird durch einen Volksgerichtshof wegen Kriegsverbrechen zum Tode verurteilt (**17.5.1946**). Am 1. Juni 1946 wird das Urteil vollstreckt.

Japan

Yoshida Shigeru von der Liberalen Partei wird neuer japanischer Ministerpräsident (**22.5.1946**). Erneut steht er in den Jahren 1948 bis 1954 an der Spitze der Regierung.

Schweiz/USA/Grossbritannien/Frankreich/Deutschland

Die Schweiz verpflichtet sich im sogenannten Washingtoner Abkommen gegenüber den USA, Großbritannien und Frankreich zur Liquidation der in der Schweiz vorhandenen Vermögenswerte von in Deutschland lebenden Deutschen. Die Hälfte des Erlöses soll für den Wiederaufbau Europas verwendet werden. Ausserdem zahlt die Schweiz den drei Alliierten 250 Millionen Franken. Im Gegenzug verzichten diese auf alle Ansprüche, die sich auf das von der Schweiz während des Krieges von Deutschland erworbene Gold beziehen (**25.5.1946**).

Transjordanien

Transjordanien, der 1923 abgetrennte östliche Teil des britischen Mandatsgebiets Palästina, wird unabhängig. Emir Abdullah nimmt den Königstitel an (**25.5.1946**).

Tschechoslowakei

Die Kommunisten gehen in der Tschechoslowakei als stärkste Partei aus den ersten Parlamentswahlen nach Kriegsende hervor. Tschechische und slowakische Kommunisten erhalten zusammen rund 38 Prozent (**26.5.1946**). Der Vorsitzende der Kommunistischen Partei, Klement Gottwald, wird neuer Ministerpräsident.

Frankreich/Französisch-Indochina

Vietnam/Cochinchine

Auf Veranlassung des Hochkommissars von Französisch-Indochina, Admiral Georges Thierry d'Argenlieu, wird Cochinchine, der Süden Vietnams, eine autonome Republik, präsiert von Nguyen Van Trinh (**1.6.1946**). Die Demokratische Republik Vietnam unter Führung von Ho Chi Minh wirft Frankreich vor, damit das Abkommen vom 6. März 1946 zu verletzen..

Italien

Abschaffung der Monarchie Italien wird eine Republik. Die Bevölkerung entscheidet sich mit 53,3 Prozent Ja-Stimmen für die Republik (**2.6.1946** und **3.6.1946**). Die Königsfamilie geht ins Exil. Neben der Abstimmung über die Staatsform finden Wahlen für eine Verfassungsgebende Versammlung statt. Stärkste Partei wird die Democrazia Cristiana (DC) mit 207 Sitzen. Es folgen die Sozialisten (Partito Socialista Italiano di Unità Proletaria/PSIUP) mit 115 und die Kommunisten (Partito Comunista Italiano/PCI) mit 104 Sitzen.

Siam (Thailand)

Der siamesische (thailändische) König Ananda Mahidol (Rama VIII.) stirbt im Alter von 20 Jahren an den Folgen einer Schussverletzung (**9.6.1946**). Neuer König wird sein Bruder Bhumibol Adulyadej (Rama IX.).

Italien

Der italienische Justizminister und Kommunistenführer Palmiro Togliatti erlässt eine Amnestie für alle politischen Verbrechen soweit es sich nicht zum besonders brutale „particolarmente efferate“ Gewalttaten handelt (**22.6.1946**). Etwa 220 000 Angeklagte, die meisten Ex-Faschisten, werden begnadigt.

t

Italien

Der Liberale Enrico De Nicola wird zum italienischen Staatspräsidenten gewählt (**28.6.1946**).

Polen

In Polen organisiert die kommunistisch dominierte Provisorische Regierung der Nationalen Einheit eine Volksabstimmung zu drei Themen: Abschaffung der Zweiten Kammer des Parlaments, Durchführung einer Landreform und Verstaatlichung der Industrie sowie Festlegung der Westgrenze Polens an Oder und Neisse. Die Kampagne des Regimes für „Dreimal Ja“ führt nach offizieller Darstellung zu Ja-Mehrheiten von rund 68, 77 und 91 Prozent. Die Ergebnisse gelten jedoch als manipuliert (**30.6.1946**).

Niederlande

Louis Beel von der Katholischen Volkspartei (Katholieke Volkspartij/KVP) wird neuer niederländischer Ministerpräsident (**3.7.1946**). Er bildet ein Regierungsbündnis mit der sozialdemokratischen Partei der Arbeit (Partij van de Arbeid/PvdA).

Polen

In der polnischen Stadt Kielce werden bei einem Pogrom 42 polnische Juden ermordet (**4.7.1946**). Ausgelöst werden die antijüdischen Ausschreitungen durch ein Gerücht, dass ein kleiner Junge von Juden entführt worden sei. Nach dem Pogrom kommt es zu einem Massensexodus polnischer Juden aus ihrer Heimat.

Philippinen/USA

Nach dem Ende der japanischen Besatzung und der Rückeroberung durch die USA werden die Philippinen in die staatliche Unabhängigkeit entlassen (**4.7.1946**). Ein Wirtschaftsabkommen – Bill Trade Act – setzt die wirtschaftliche Abhängigkeit der Philippinen von den USA fort. Der Vertrag garantiert unter anderem die zollfreie Einfuhr von US-Waren.

Mexiko

In Mexiko wird Miguel Alemán Valdés (*Aleman Valdes*) vom Partido Revolucionario Institucional (PRI) mit einem Stimmenanteil von 77,9 Prozent zum Staatschef gewählt. Er hat keinen militärischen Rang. Seine Vorgänger ab 1934,

Lázaro Cárdenas (*Cardenas*) und Manuel Ávila Camacho (*Avila Camacho*), waren Generäle. Im Parlament ist der PRI –, die Vorgängerpartei Partido Nacional Revolucionario wurde 1929 gegründet und 1938 in Partido de la Revolución umbenannt – dominierende Kraft mit 141 der 147 Mandate (**7.7.1946**). Der PRI bleibt über 70 Jahre an der Macht.

Jugoslawien

Der serbische Tschetnik-Anführer Dragoljub Draža Mihailović (*Mihailovic*), ehemaliger Kriegsminister der jugoslawischen Exilregierung, wird wegen Kollaboration mit den Besatzern und Kriegsverbrechen zum Tode verurteilt (15.7.1946) und zwei Tage später hingerichtet (**17.7.1946**).

China

Nach dem Bruch des antijapanischen Zweckbündnisses zwischen den Kommunisten von Mao Zedong und der nationalistischen Kuomintang von Chiang Kai-shek und nach dem Scheitern Washingtoner Vermittlungsversuche bricht der chinesische Bürgerkrieg wieder auf breiter Front aus (**20.7.1946**). In den von Kommunisten kontrollierten Gebieten leiten die Machthaber eine radikale Agrar- und Bodenreform ein.

Bolivien

Bolivians Staatspräsident Gualberto Villaroel wird während eines Aufstandes ermordet (**21.7.1946**). Bis zu Revolution von 1952 (Revolución Nacional) wechseln sich fünf Präsidenten im Amt ab.

Palästina/Grossbritannien

Die radikal-zionistische Organisation Irgun verübt einen Sprengstoffanschlag auf das King-David-Hotel in Jerusalem. Dabei kommen 91 Menschen ums Leben (**22.7.1946**). Das Hotel beherbergt Büros der britischen Mandatsverwaltung.

UNO/Weltgesundheitsorganisation (WHO)

Vertreter von 61 Staaten unterzeichnen in New York die Verfassung der Weltgesundheitsorganisation – WHO (**22.7.1946**). Die Satzung der UNO-Sonderorganisation tritt am 7. April 1948 in Kraft

Britisch Indien

Katastrophen/Eisenbahnkatastrophen

In Britisch-Indien, im Bahnhof von Bhatni Junction, fordert eine Eisenbahnkatastrophe 223 Tote (**28.7.1946**).

Pariser Friedenskonferenz

Bulgarien/Finnland/Italien/Rumänien/Ungarn

Die Alliierten des Zweiten Weltkrieges und die ehemaligen Kriegsverbündeten Deutschlands (Bulgarien, Finnland, Italien, Rumänien, Ungarn) treffen sich in Paris zu einer Friedenskonferenz (**29.7.1946**).

Griechenland

Die griechische Bevölkerung spricht sich mit 68,9 Prozent Ja-Stimmen für die Monarchie aus (**1.9.1946**). Kurz darauf kehrt König Georg II. nach Athen zurück.

Chile

Gabriel González Videla (*Gonzalez Videla*) vom Partido Radical geht mit einem Stimmenanteil von 40,23 Prozent als Sieger aus der Präsidentenwahl in Chile hervor (**4.9.1946**). Da keiner der Kandidaten das absolute Mehr erreicht, muss der Kongress entscheiden. Die Mehrheit der Mitglieder des Abgeordnetenhauses und des Senats stellt sich hinter González. (24.10.1946). Seiner Regierung gehören neben Radikalen und Liberalen auch Kommunisten an.

Italien/Österreich/Südtirol/Trient

Am Rande der Pariser Friedenskonferenz unterzeichnen der italienische Ministerpräsident Alcide De Gasperi und der österreichische Aussenminister Karl Gruber ein Abkommen über Südtirol und über die benachbarten zweisprachigen Gemeinden der Provinz Trient (**5.9.1946**). Bemühungen um eine Rückgliederung Südtirols an Österreich scheitern am Widerstand der Alliierten. Österreich gilt indessen als Schutzmacht Südtirols. Der deutschsprachigen Bevölkerung der Provinz Bozen und der benachbarten zweisprachigen Gemeinden der Provinz Trient wird volle Gleichberechtigung mit den italienisch sprechenden Einwohnern zugesichert.

Bulgarien

Bulgarien schafft die Monarchie ab. In einer Volksabstimmung wird die Abschaffung nach amtlichen Angaben mit 95 Prozent Ja-Stimmen gutgeheissen (**8.9.1946**). Der neunjährige Zar Simeon II. muss das Land verlassen

Dänemark/Färöer

Die Bevölkerung der Färöer spricht sich mit 48,7 Prozent Ja-Stimmen für die Loslösung von Dänemark aus (**14.9.1946**). Dänemark akzeptiert das Ergebnis des Referendums nicht, gewährt den Färöern aber nach Verhandlungen weitgehende Autonomie (**31.3.1948**),

Bulgarien

Bulgarien wird eine Volksrepublik (**15.9.1946**).

Europa/Europäische Integration

Der frühere britische Premierminister Winston Churchill ruft in einer Rede an der Universität Zürich zur europäischen Zusammenarbeit auf (**19.9.1946**): „Wir müssen so etwas wie die Vereinigten Staaten von Europa aufbauen.“ Der erste Schritt bei der Neubildung der europäischen Familie müsse ein Zusammengehen zwischen Frankreich und Deutschland sein. „Es gibt kein Wiedererstehen Europas ohne ein geistig grosses Frankreich und ein geistig grosses Deutschland.“

Nürnberger Prozess

Deutschland

Im Nürnberger Prozess gegen Hauptkriegsverbrecher des NS-Regimes (vgl. 20.11.1945) werden zwölf der 24 Angeklagten zum Tod durch den Strang verurteilt (**1.10.1946**): unter ihnen: Reichsmarschall Hermann Göring (Selbstmord vor der Hinrichtung), Aussenminister Joachim von Ribbentrop, Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel, General Alfred Jodel, Hans Frank (Generalgouverneur im besetzten Polen), Ernst Kaltenbrunner (Chef des Sicherheitsdienstes) und in Abwesenheit Martin Bormann (ehemaliger Leiter der Parteizentrale der NSDAP).

Schweden

Der schwedische Ministerpräsident und sozialdemokratische Parteichef Per Albin Hansson stirbt im Alter von 61 Jahren (**6.10.1946**). Per Albin Hansson gilt als Wegbereiter des schwedischen Wohlfahrtsstaates. 1928 formuliere er die Idee vom Volksheim, von einem Staat, in dem alle Gesellschaftsschichten gleichberechtigt und unabhängig von ihrem sozialen Status ohne materielle Sorgen leben können. Neuer Ministerpräsident wird Tage Erlander. Er setzt die Politik seines Vorgängers fort.

Frankreich

Die Bevölkerung Frankreichs stimmt einer neuen Verfassung – der Verfassung der Vierten Republik – mit einem Stimmenanteil von 53,5 Prozent zu (**13.10.1946**).

Gleichzeitig mit der Vierten Republik wird nach dem Vorbild des britischen Commonwealth die Union française (Mutterland, Überseedepartemente und Kolonien) gebildet (27.10.1946).

USA

Bei den Kongresswahlen in den USA (Midterm-Wahlen) verlieren die Demokraten die 1932 eroberte Mehrheit in beiden Kammern an die Republikaner (**5.11.1946**). Im Senat haben die Republikaner 51 Sitze (plus 12) und die Demokraten 45 (minus 11). Die Progressiven verlieren ihr Mandat. Im Repräsentantenhaus sind die Republikaner neu mit 246 Abgeordneten (plus 55) und die Demokraten mit 188 Abgeordneten (minus 54) vertreten.

Frankreich

Die Kommunistische Partei geht als stärkste Kraft aus der Wahl der ersten Nationalversammlung der Vierten Republik hervor (**10.11.1946**). Sie erhält 28,3 Prozent der Stimmen und 182 Mandate. Es folgen die christlichdemokratische Partei Mouvement républicain populaire (MRP) mit 25,9 und 173 Sitzen und die Sozialisten (Section française de l'Internationale ouvrière/SFIO) mit 17,8 Prozent und 102 Mandaten. Diese drei Parteien bilden seit der Wahl einer Verfassungsgebenden Versammlung im Oktober 1945 eine Allianz (Tripartisme).

Siam (Thailand)/Laos/Kambodscha/Frankreich

Siam (Thailand) muss die 1941 von der französischen Kolonialmacht eroberten Gebiete in Laos und Kambodscha zurückgeben (**17.11.1946**).

Rumänien

In Rumänien gehen die Kommunisten und ihre Verbündeten als Sieger aus der ersten Parlamentswahl nach Kriegsende hervor (**19.11.1946**).

Erster Indochinakrieg

Vietnam

Vietnam (Demokratische Republik Vietnam)

Frankreich/Französisch-Indochina

Der Konflikt zwischen der vietnamesischen Befreiungsbewegung Viet Minh und dem französischen Kolonialregime verschärft sich. Französische Kriegsschiffe beschiessen die vietnamesische Hafenstadt Haiphong, wobei nach Schätzungen rund 6000 Zivilisten getötet werden (**23.11.1946**). Truppen des Viet Minh unter dem Kommando ihres Oberbefehlshabers Vo Nguyen Giap greifen Hanoi an, werden aber zurückgeschlagen. Ho Chi Minh, der Führer der Demokratischen Republik Vietnam, ruft zum bewaffneten Widerstand gegen die französische Kolonialmacht auf (21.12.1946). Der erste Indochinakrieg beginnt.

Bulgarien

Der bulgarische Kommunistenführer Georgi Dimitrow wird Ministerpräsident (**23.11.1946**). Dimitrow war von 1935 bis 1943 Generalsekretär der Komintern. Bekannt wurde er auch als Angeklagter im Prozess um den Berliner Reichstagsbrand (Freispruch).

Uruguay

Tomás Berreta vom Partido Colorado wird mit einem Stimmenanteil von 46,33 Prozent zum neuen Präsidenten von Uruguay gewählt (**24.11.1946**). Er stirbt nach fünf Monaten im Amt (2.8.1947). Sein Nachfolger wird Vizepräsident Luis Battle Berres.

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten verwerfen die Volksinitiative „Recht auf Arbeit“ wuchtig mit 80,8 Prozent Nein-Stimmen (**8.12.1946**).

Friedensnobelpreis/USA

Literaturnobelpreis/Schweiz/Deutschland

Der Friedensnobelpreis wird der US-amerikanischen Pazifistin Emily Green Balch von der Women's International League for Peace and Freedom (WILPF) und dem Amerikaner John Raleigh Mott vom Christlichen Verein Junger Männer verliehen.

Mit dem Literaturnobelpreis wird der deutsch-schweizerische Schriftsteller Hermann Hesse ausgezeichnet (**10.12.1946**).

UNO/Unicef

Die UNO-Vollversammlung beschliesst die Gründung eines Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen – Unicef (**11.12.1946**).

UNO

USA/Schweiz

New York wird laut einem Beschluss der UNO-Vollversammlung Hauptsitz der Vereinten Nationen (**14.12.1946**). Der europäische Sitz der Vereinten Nationen befindet sich in Genf.

UNO/Internationale Arbeitsorganisation (ILO)

Die 1919 gegründete Internationale Arbeitsorganisation (ILO) wird eine UNO-Sonderorganisation (**14.12.1946**).

Frankreich

Der ehemalige französische sozialistische Premierminister Léon Blum wird nochmals Regierungschef, allerdings nur für einen Monat bis zur Wahl des ersten Staatspräsidenten der Vierten Republik (**16. 12.1946**). Dem Kabinett gehören nur Sozialisten an.

1947

Deutschland/USA/Grossbritannien

In Deutschland werden die amerikanische und die britische Besatzungszonen zur Bizone vereinigt (**1.1.1947**).

Italien

Die italienischen Sozialisten spalten sich (**9.1.1947**): Der von Giuseppe Saragat geführte sozialdemokratisch-reformistische Flügel des Partito Socialista Italiano di Unità Proletaria (PSIUP) gründet eine eigene Partei, den Partito Socialista dei Lavoratori Italiani (PSLI). Aus der PSLI wird 1952 der Partito Socialista Democratico Italiano (PSDI). Der von Pietro Nenni gelenkte PSIUP wird in Partito Socialista Italiano (PSI) umbenannt.

USA

George C. Marshall, während des Zweiten Weltkrieges General und Chief of Staff of the Army, wird neuer US-Aussenminister (**21.1.1947**). Berühmt wird er für sein im Juni 1947 vorgeschlagenes Wiederaufbauprogramm für das kriegsgeschädigte Europa

Frankreich

In Frankreich wird der Sozialist Vincent Auriol zum ersten Staatspräsidenten der Vierten Republik gewählt (**16.1.1947**). 51,19 Prozent der Abgeordneten stimmen für ihn. Auriol ernennt den Sozialisten Paul Ramadier zum Premierminister (22.1.1947). Ramadier bildet eine Regierung des Tripartisme – eine Allianz von Sozialisten (SFIO), Kommunisten sowie Christdemokraten (Mouvement républicain populaire/MRP).

Die Ära der Vierten Republik (bis Ende 1958) ist durch kurzlebige Regierungen gekennzeichnet. Über 20 Mal werden neue Regierungen eingesetzt. Die längste Regierungszeit dauert 16 Monate, die kürzeste einen Tag.

Polen

In Polen findet die erste Parlamentswahl nach Kriegsende statt. Sie zementiert die kommunistische Machtübernahme. Der von der Polnischen Arbeiterpartei (PPR) dominierte Demokratische Block gewinnt 394 der 444 Mandate (**19.1.1947**).

Burma/Grossbritannien

Der britische Premierminister Clement Attlee und Aung San, Kommandant der Burma National Army bzw. der Patriotic Burma Forces sowie Gründer der Anti-Fascist People's Freedom League (AFPFL) und stellvertretender Vorsitzender des Executive Council of Burma, verständigen sich in London auf die Unabhängigkeit von Burma innert eines Jahres (**27.1.1947**).

Nicaragua

Leonardo Argüello Barreto vom Partido Liberal Nacionalista (PLN) gewinnt die Präsidentenwahl in Nicaragua (**2.2.1947**). Sein Vorgänger, General Anastasio Somoza García, Patriarch des Somoza-Clans und Chef der Nationalgarde, hatte unter dem Druck der USA auf eine Kandidatur verzichtet, bleibt aber der eigentliche Machthaber des Landes. Der Partido Liberal Nacionalista ist sowohl im Parlament wie im Präsidentenamt bis zum Sturz des Somoza-Regime 1979 die dominierende politische Kraft.

Island

Mit Stefán Jóhann Stefánsson (Stefan Johann Stefansson) erhält Island erstmals einen sozialdemokratischen Regierungschef (**4.2.1947**).

Polen

Das polnische Parlament wählt den kommunistischen Hardliner Bolesław Bierut zum Staatspräsidenten (**5.2.1947**). Regierungschef wird Józef Cyrankiewicz.

Burma/Grossbritannien

Der burmesische Unabhängigkeitskämpfer Aung San sichert im Abkommen von Panglong Vertretern der Minderheiten der Shan, Kachin und Chin Autonomie zu als Gegenleistung für ihre Unterstützung bei der Bildung der unabhängigen Union von Burma (**12.2.1947**).

Pariser Friedenskonferenz

Zum Abschluss der Pariser Friedenskonferenz unterzeichnen die Alliierten des Zweiten Weltkrieges – USA, Sowjetunion, Grossbritannien Frankreich und andere Staaten – Verträge mit Bulgarien, Finnland, Italien, Rumänien und Ungarn über Gebietskorrekturen, Reparationszahlungen und Minderheitenrechte (**20.2.1947**).

- Italien muss Istrien, die Städte Fiume (Rijeka) und Zara (Zadar) sowie einige Inseln an Jugoslawien abtreten.
- Triest wird Freies Territorium. Die Zone A mit der Stadt ist unter britisch-amerikanischer, die Zone B mit dem Umland unter jugoslawischer Kontrolle.
- Italien muss im Rahmen von Grenzkorrekturen Tenda und Briga Marittima (Tande und La Brigue) an Frankreich abtreten
- Italien verliert seine Besitzansprüche auf Libyen, Eritrea, Somaliland

Eritrea wird britisches UNO-Treuhandgebiet, die libyschen Landesteile Tripolitanien und die Cyrenaika stehen unter britischer, der Fezzan unter französischer Verwaltung, Italienisch-Somaliland steht vorübergehend unter britischer Militärverwaltung und wird 1950 italienisches UNO-Treuhandgebiet.

- Griechenland erhält von Italien den Dodekanes (Rhodos, Kos etc.) zurück.
- Finnland bestätigt die im Waffenstillstandsabkommen mit der Sowjetunion am 19. September 1944 vereinbarte Abtretung der Provinz Petsamo (Petschenga) sowie die Gültigkeit des Friedensvertrages mit der UdSSR vom 12. März 1940 (Finnland verliert grosse Teile Kareliens und den Ostteil von Salla).
- Rumänien muss Bessarabien und die Nordbukowina an die Sowjetunion abtreten (Bestätigung des Grenzvertrags von 1940).
- Rumänien erhält von Ungarn Siebenbürgen zurück (Wiederherstellung des Grenzverlaufs von 1938).
- Bulgarien behält die Süddobrukscha (1940 von Rumänien zurückgegeben).

Ungarn

Schlag gegen die bürgerliche Kleinlandwirtpartei in Ungarn: Ihr Vorsitzender, Béla Kovács (*Kovacs*), wird von der sowjetischen Besatzungsmacht wegen angeblicher Verschwörung verhaftet (**25.2.1947**) und zu Zwangsarbeit nach Sibirien deportiert. Die Kleinlandwirtpartei war als Siegerin aus der Parlamentswahl im November 1945 hervorgegangen.

China (Republik China/Taiwan)

Auf Taiwan bricht ein Aufstand gegen den Militärgouverneur der nationalchinesischen Kuomintang aus (**28.2.1947**). Sie hatte nach Ende des Zweiten Weltkrieges und der Kapitulation Japans die Macht über die Insel übernommen (25.10.1945). Armeeeingehörige schlugen den „2-28-Aufstand“ nieder. Dabei kommen Tausende Menschen (zwischen 18 000 und 28 000) ums Leben. Das Kuomintang-Regime setzt die Verfolgung von Oppositionellen in den kommenden Jahren kompromisslos fort („Weisser Terror“).

Philippinen

Auf den Philippinen wird die 1942 von der Kommunistischen Partei (PKP-1930) organisierte antijapanische Widerstandsbewegung Hukbalahap (antijapanische Volksarmee) – auch Huk genannt – für illegal erklärt (**6.3.1947**). Nach Kriegsende kämpfen die kommunistischen Huk-Guerillas für Landreformen und finden im Kampf gegen Grossgrundbesitzer breite Unterstützung bei Landarbeitern. Weite Gebiete auf der Insel Luzon fallen unter ihre Kontrolle. 1954 ergibt sich der Huk-Anführer Luis Taruc.

Paraguay

In Paraguay bricht ein Bürgerkrieg aus (**7.3.1947**). Teile der Armee, Anhänger der Liberalen Partei, der Kommunisten und des Partido Revolucionario Febrerista rebellieren gegen Machthaber Higinio Morínigo (*Morinigo*). Der Aufstand wird niedergeschlagen. Er endet am 20.8.1947 und fordert laut Schätzungen zwischen 20 000 und 30 000 Tote.

Truman-Doktrin/Kalter Krieg

USA/Sowjetunion /Griechenland/Türkei

US-Präsident Harry S. Truman verkündet, dass die USA „allen Völkern, deren Freiheit von militanten Minderheiten oder durch äusseren Druck bedroht ist“, Beistand gewähren werden (Truman-Doktrin). Er bittet den Kongress um Unterstützung für Griechenland und die Türkei (**12.3.1947**). Mit der Truman-Doktrin zeigen sich die USA entschlossen, der internationalen Ausdehnung des kommunistischen Einflusses entgegenzuwirken (Eindämmungspolitik – containment). Zwischen den USA und der Sowjetunion, den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges, verschärfen sich die Differenzen zusehends. Der „Kalte Krieg“ wird weltweit zum festen Begriff.

Philippinen/USA

Die Philippinen und die USA unterzeichnen ein Stützpunktabkommen mit einer Laufzeit von 99 Jahren (**14.3.1947**). 1966 wird die Laufzeit auf 25 Jahre verkürzt. Das Military Bases Agreement von 1947 räumt den USA die Benutzung von 23 Stützpunkten ein. Am 30.8.1951 folgt ein Mutual Defense Treaty.

USA

US-Präsident Harry S. Truman ordnet eine Überprüfung der politischen Loyalität aller Bediensteten der Bundesbehörden an (**22.3.1947**). Betroffen sind 3 Millionen Angestellte.

Madagaskar/Frankreich

Auf der Insel Madagaskar bricht ein Aufstand gegen die französische Kolonialherrschaft aus (**29.3.1947**), der bis Ende 1948 dauert und Zehntausende Tote fordert.

Griechenland

Der griechische König Georg II. stirbt im Alter von 56 Jahren (**1.4.1947**). Sein Bruder (Paul I.) wird neuer Monarch.

Marokko/Französisch-Marokko/Frankeich

Der marokkanische Sultan Mohammed V. fordert in einer Rede in Tanger die Unabhängigkeit des französischen Protektorats Marokko (**10.4.1947**). Der Sultan reagiert damit auf schwere Unruhen in Casablanca (8.4.1947), die über 100 Tote forderten.

Frankreich

Charles de Gaulle gründet eine eigene politische Bewegung – den Rassemblement du peuple français/RPF (14.4.1947).

USA

Katastrophen/Explosionskatastrophen

Bei der Explosion auf einem mit Ammoniumnitrat beladenen Schiff im Hafen von Texas City kommen rund 580 Menschen ums Leben (16.4.1947). Mehr als 5000 Menschen werden verletzt.

Dänemark

Der dänische König Christian X. stirbt im Alter von 76 Jahren (20.4.1947). Sein ältester Sohn folgt ihm als Frederik IX. auf den Thron.

Japan

In Japan geht die Sozialistische Partei als Siegerin aus der Parlamentswahl hervor. Sie gewinnt 144 der 466 Mandate im Unterhaus. Die Demokratische Partei erhält 132 und die Liberale Partei 129 Mandate (25.4.1947).

Japan

Japan erhält eine neue Verfassung. Mit ihr wird das Land eine parlamentarische Demokratie (3.5.1947). In Artikel 9 verzichtet Japan auf die Androhung militärischer Gewalt und Kriegführung. Japan darf nur eine Streitmacht zur Selbstverteidigung unterhalten.

Frankreich

Der französische Premierminister Paul Ramadier schliesst die Kommunisten aus seiner Regierung aus (5.5.1947). Damit ist die Allianz von Sozialisten, Kommunisten und Christdemokraten (Mouvement républicain populaire/MRP) – Tripartisme – beendet.

Laos/Frankreich

Laos wird gemäss einer neuen Verfassung eine konstitutionelle Monarchie, bleibt aber unter französischer Kolonialverwaltung (11.5.1947).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der Schweizer Schriftsteller Charles Ferdinand Ramuz stirbt im Alter von 68 Jahren (23.5.1947).

Japan

Katayama Tetsu wird neuer japanischer Ministerpräsident (24.5.1947). Seine Sozialistische Partei war als Siegerin aus der Parlamentswahl hervorgegangen. Er bildet eine Koalitionsregierung mit der Demokratischen Partei.

Nicaragua

Nach nur 25 Tagen im Amt wird der nicaraguanische Staatschef Leonardo Argüello Barreto durch einen Putsch, angeführt vom Chef der Nationalgarde, General Anastasio Somoza García, entmachtet (26.5.1947). Der Präsident hatte versucht, sich von General Somoza, seit 1937 Machthaber des Landes, zu distanzieren. Die USA verurteilen den Putsch. Die am 3. August 1947 gewählte Verfassungsgebende Versammlung ernennt Víctor Román y Reyes (Roman y Reyes) zum neuen Staatsoberhaupt.

Ungarn

Der ungarische Ministerpräsident Ferenc Nagy wird während eines Ferienaufenthaltes in der Schweiz wegen angeblicher Verwicklung in eine Verschwörung zum Rücktritt gezwungen (30.5.1947) und durch Lajos Dinnyés (Dinnyes), einen Vertreter des linken Flügels der Kleinlandwirtpartei, ersetzt. Ferenc Nagy geht ins Exil in die USA.

Italien

Kommunisten und Nenni-Sozialisten werden von der weiteren Beteiligung an der italienischen Regierung ausgeschlossen (31.5.1947). Ministerpräsident Alcide De Gasperi bildet ein Kabinett aus Christlichdemokraten (DC), Liberalen, Republikanern und Vertretern der Sozialistischen Arbeiterpartei (Partito Socialista dei Lavoratori Italiani/PSLI).

Marshallplan

USA/Europa

US-Aussenminister George C. Marshall schlägt ein Wiederaufbauprogramm für das kriegsgeschädigte Europa (European Recovery Program - ERP) vor (5.6.1947).

Anglo-Ägyptischer Sudan/Grossbritannien

Der arabisch-muslimische Norden und der christianisierte schwarzafrikanische Süden des Sudans werden administrativ vereint. Dies beschliessen Vertreter des Nordens und der britischen Kolonialmacht an einer Konferenz in Juba (12./13.6.1947).

Spanien

Spanien wird wieder eine Demokratie. In einer Volksabstimmung wird das Nachfolgegesetz gutgeheissen, das Spanien zur Monarchie erklärt und den Machthaber Spaniens – General Francisco Franco – ermächtigt, seinen Nachfolger zu bestimmen (**6.7.1947**).

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten heissen das Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) mit 80 Prozent Ja-Stimmen gut (**6.7.1947**).

Marshall-Plan

USA/Europa

16 Staaten nehmen in Paris an der Eröffnung der Marshall-Plan-Konferenz (European Economic Cooperation (CEEC) teil (**12.7.1947**). Die Konferenz endet rund zwei Monate später (22.9.1947) mit der Unterzeichnung eines Abkommens über die Modalitäten des Wiederaufbauprogramms. Unter dem Druck Moskaus lehnen die osteuropäischen Länder ihre Teilnahme ab. US-Aussenminister George C. Marshall hatte am 5. Juni 1947 ein Wiederaufbauprogramm für das kriegsgeschädigte Europa (European Recovery Program – ERP) vorgeschlagen.

Burma

Der burmesische Unabhängigkeitskämpfer Aung San und weitere sechs Mitglieder des Executive Council of Burma werden ermordet (**14.7.1947**).

UNO/USA

Trust Territory of the Pacific Islands (TTPI)

Marianen/Marshallinseln/Karolinen/Nördliche Marianen/Palau

Die im Pazifik gelegenen Marianen, Karolinen und Marshallinseln werden ein von den USA verwaltetes UNO Treuhandgebiet mit der Bezeichnung Trust Territory of the Pacific Islands (**18.7.1947**). Dazu gehören Pohnpei, Chuuk (Truk), Yap und Kosrae (Kusaie), Palau, die Marshallinseln und die Nördlichen Marianen.

Jugoslawien/Bulgarien/Balkanföderation

Die Machthaber Jugoslawiens und Bulgariens, Josip Broz Tito und Georgi Dimitrow, unterzeichnen in Bled ein Abkommen, das den Weg zu einem Zusammenschluss beider Staaten zu einer Balkanföderation ebnen soll (**1.8.1947**). Der sowjetische Machthaber Josef Stalin stoppt jedoch Anfang 1948 die Fusionspläne.

Indien/Pakistan/Grossbritannien/Belutschistan

Britisch-Indien wird auf der Grundlage von Plänen des britischen Vizekönigs Louis Mountbatten (Earl Mountbatten of Burma) in zwei unabhängige Staaten aufgeteilt: Indien mit einer vorwiegend hinduistischen und Pakistan mit einer mehrheitlich muslimischen Bevölkerung. Damit endet die britische Kolonialherrschaft auf dem indischen Subkontinent. (**14. und 15.8.1947**).

- Mit der Integration der bisher autonomen Fürstentümer verlieren die Maharadschas ihre politische Macht. Die meisten Fürstentümer gehen in der Indischen Union auf. Unsicherheit und Spannung herrschen in den Fürstentümern Kaschmir und Hyderabad.
- Pakistan ist geteilt in West- und in das mehrheitlich von Bengalen bewohnte Ostpakistan. Die beiden Landesteile liegen über 1500 Kilometer auseinander.
- Belutschistan widersetzt sich der Fusion mit Pakistan. Der Khan von Kalat erklärt die Unabhängigkeit von Belutschistan (12.8.1947). 1948 muss sich Belutschistan unter massivem Druck dem Willen Pakistans fügen.
- Erster Premierminister Indiens wird Jawaharlal Nehru. Der britische König George VI. legt im folgenden Jahr den Kaisertitel von Indien ab (22.6.1948).
- Indien ist ein unabhängiges Dominion im British Commonwealth bis Ende Januar 1950. Louis Mountbatten (Earl Mountbatten of Burma) vertritt als Generalgouverneur die britische Krone.
- Erster Premierminister Pakistans wird Liaquat Ali Khan von der Muslim League. Er ist sowohl Aussen- als auch Verteidigungsminister. Als Vater der Nation und Staatsgründer gilt Muhammad Ali Jinnah.
- Pakistan ist ein unabhängiges Dominion im British Commonwealth und bleibt es bis 1956. Ein Generalgouverneur vertritt die britische Krone. Erster Generalgouverneur wird Staatsgründer Muhammad Ali Jinnah. Er präsidiert auch die Verfassungsgebende Versammlung, das Interimparlament.
- Über 10 Millionen Menschen werden nach der Aufteilung umgesiedelt und vertrieben. Bei Gewaltausbrüchen kommen Hunderttausende Menschen ums Leben.

Ecuador

Putsch in Ecuador (**23.8.1947**). Staatspräsident José María Velasco Ibarra wird von seinem Verteidigungsminister Carlos Mancheno Cajas entmachtet, aber bereits nach zehn Tagen abgesetzt. Zunächst übernimmt Vizepräsident Mariano Suárez Veintimilla das Amt des Staatsoberhauptes, danach – ab 17.9.1947 bis zu den nächsten Präsidentenwahlen im September 1948 – Carlos Julio Arosemena Tola.

Ungarn

Die Kommunistische Partei geht mit einem Stimmenanteil von 22,25 Prozent und mit dem Gewinn von 100 der 411 Mandate als stärkste Kraft aus der Parlamentswahl in Ungarn hervor (**31.8.1947**). Die 1945 siegreiche bürgerliche Kleinlandwirtpartei muss massive Verluste (minus 177 Sitze) in Kauf nehmen. Wahlmanipulationen überschatten den Urnengang. Kommunistische Aktivisten stimmten mit blauen Wahlzetteln mehrfach ab (Blauzettel-Wahlen).

British Ceylon (Sri Lanka)/Grossbritannien

In British Ceylon wird der Unabhängigkeitskämpfer Don Stephen Senanayake nach dem Sieg seiner United National Party (UNP) bei der Parlamentswahl erster ceylonesischer Premierminister (**24.9.1947**). Er führt die britische Kronkolonie im folgenden Jahr in die Unabhängigkeit.

Kominform/Komintern

Mehrere kommunistische Parteien gründen das Informationsbüro Kominform (**30.9.1947**). Es tritt an die Stelle des 1943 aufgelösten Komintern und soll auf internationaler Ebene die Zusammenarbeit kommunistischer Parteien koordinieren.

Dänemark

Der dänische Ministerpräsident Knud Kristensen von der liberalen Venstre verliert eine Vertrauensabstimmung im Parlament. Er war wegen der Südschleswig-Frage unter Druck geraten (4.10.1947). Neuer Regierungschef wird der Sozialdemokrat Hans Hedtoft.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der deutsche Physiker Max Planck, Physiknobelpreisträger und Begründer der Quantenphysik, stirbt im Alter von 89 Jahren (**4.10.1947**).

Indien/Pakistan

Kaschmir/Kaschmir-Konflikt/Erster indisch-pakistanischer Krieg

Indien/Jammu und Kaschmir

Pakistan/Azad Kashmir

Zwei Monate nach der Unabhängigkeit Indiens und Pakistans bricht ein bewaffneter Konflikt um das von beiden Staaten beanspruchte Fürstentum Kaschmir aus (**22.10.1947**).

- Das Fürstentum Kaschmir hat eine mehrheitlich muslimische Bevölkerung. Der hinduistische Maharadscha Hari Singh strebt nach der Teilung von Britisch-Indien in die unabhängigen Staaten Indien und Pakistan (vgl. 14.8. und 15.8.1947) die Unabhängigkeit seines Fürstentums an, gerät aber durch Machtansprüche Pakistans in Bedrängnis.
- Von Pakistan unterstützte Freischärler dringen in das Fürstentum ein (22.10.1947). Im Poonch-Tal wird von den propakistanischen Kräften das autonome Azad Kashmir aufgerufen (24.10.1947).
- Der Maharadscha ersucht Indien um militärische Hilfe und erklärt den Anschluss an die Indische Union (26.10.1947).
- Indische Truppen greifen in den Konflikt ein, der sich zu einer direkten militärischen Konfrontation zwischen Indien und Pakistan ausweit.
- Der erste indisch-pakistanische Krieg endet am 1.1.1949 mit einem von der UNO ausgehandelten Waffenstillstand

Schweiz

Hohe Mandatsverluste für die Sozialdemokraten (SP) bei den Nationalratswahlen in der Schweiz: Trotz eines höheren Stimmenanteils müssen sie die Rolle als stärkste Fraktion an die Freisinnigen (FDP) abgeben. Die FDP ist mit 52 Abgeordneten vertreten (plus 5). Es folgen die Sozialdemokraten (SP) mit 48 Mandaten (minus 8), die Katholisch-Konservativen (Konservative Volkspartei/KVP) mit 44 (plus 1) und die Bauern- Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB) mit 21 Sitzen (minus 1). Die 1944 gegründete kommunistische Partei der Arbeit (PdA) gewinnt auf Anhieb sieben Mandate. Auf die übrigen Parteien entfallen 22 Sitze (**28.10.1947**).

Die 44 Mandate im Ständerat verteilen sich wie folgt: Konservative Volkspartei (KVP): 18, Freisinnige (FDP): 11, Sozialdemokraten (SP): 5, Bauern- Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB): 4, Demokratische Partei: 2, Liberale Partei (LPS): 2, Parteilose: 2

Gatt

Vertreter von 23 Staaten unterzeichnen in Genf das General Agreement on Tariffs and Trade – Gatt (**30.10.1947**). Mit dem Gatt-Abkommen sollen Zölle und andere Handelshemmnisse weltweit abgebaut werden. Die Vereinbarung beruht auf dem Prinzip der Meistbegünstigung gegenüber allen Vertragsparteien.

Siam (Thailand)

In Siam (Thailand) entmachtet die Armee die zivile Regierung (**8.11.1947**). Feldmarschall Plaek Phibunsongkhram (Kurzform Phibun), Ministerpräsident von 1938 bis 1944, gelangt fünf Monate später (8.4.1948) wieder an die Schalthebel der Macht.

In Thailand (die Umbenennung von Siam in Thailand erfolgt 1949) ist die Armee ein permanenter Machtfaktor. Immer wieder greift die Armee in das politische Geschehen ein. Thailand erlebt zwischen September 1945 und 2015 über ein Dutzend Staatsstriche und viele instabile Regierungen. Innert 70 Jahren lösen sich über 30 Ministerpräsidenten ab; nur sechs von ihnen sind fünf Jahre oder mehr im Amt.

Korea

UNO

Die UNO-Vollversammlung beschliesst die Einsetzung einer Kommission (United Nations Temporary Commission on Korea/UNTCOK), die freie Wahlen auf der ganzen koreanischen Halbinsel überwachen, den Abzug aller ausländischen Truppen unterstützen und bei der Konstituierung eines vereinten Koreas helfen soll (**14.11.1947**). Sowjetischer Widerstand verunmöglicht gesamt-koreanische Wahlen und damit ein vereintes Korea.

Frankreich

Robert Schuman von der christlichdemokratischen Partei Mouvement républicain populaire (MRP) wird neuer französischer Premierminister (**24.11.1947**). Eine Allianz aus Christlichdemokraten (MRP), Sozialisten (SFIO), Radikalen und anderen Gruppierungen – Troisième Force – bildet das Rückgrat der Regierung. Robert Schuman tritt nach acht Monaten zurück und wird zwischen 1948 und 1952 Außenminister in mehreren Regierungen.

Neuseeland/Grossbritannien

Die frühere britische Kolonie Neuseeland erhält seine volle, mit der Mitgliedschaft im Commonwealth verbundene Souveränität (**25.11.1947**).

Nahost-Konflikt/jüdisch-palästinensischer Konflikt

UNO

Palästina/Grossbritannien

Die UNO-Vollversammlung spricht sich mit 33 zu 13 Stimmen und 10 Enthaltungen für die Teilung des britischen Mandatsgebiets Palästina (ohne das inzwischen unabhängige Transjordanien) in einen jüdischen und arabisch-palästinensischen Staat aus (**29.11.1947**). Der Grossraum Jerusalem soll unter internationale Verwaltung gestellt werden. Die arabischen UNO-Mitglieder lehnen den in der Resolution 181 verankerten Teilungsplan ab. Die Spannungen und gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen jüdischen Siedlern und Palästinensern nehmen zu.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der deutsch-US-amerikanische Regisseur und Schauspieler Ernst Lubitsch stirbt im Alter von 55 Jahren (**30.11.1947**).

Frankreich

Katastrophen/Eisenbahnkatastrophen

Verursacht durch Sabotage entgleist der Schnellzug Paris-Tourcoing bei Arras. 16 Menschen kommen ums Leben (**3.12.1947**).

Bulgarien

Bulgarien erhält eine neue Verfassung (**4.12.1947**). Sie räumt dem Staat das Recht auf die Verstaatlichung von Handel und Industrie ein. Die Enteignung der Landwirtschaftsbetriebe begann nach der kommunistischen Machtübernahme.

Friedensnobelpreis

Die beiden Quäker-Organisationen The Friends Service Council und American Friedens Service Committee werden mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet (**10.12.1947**).

Literaturnobelpreis

Frankreich

Der französische Schriftsteller André Gide wird mit dem Literaturnobelpreis ausgezeichnet (**10.12.1947**).

Schweiz

Der freisinnige Waadtländer Staatsrat Rodolphe Rubattel wird von der Vereinigten Bundesversammlung zum neuen Bundesrat gewählt (**11.12.1947**). Er ist Nachfolger von Bundesrat Walther Stampfli.

Venezuela

In Venezuela finden nach Inkrafttreten einer neuen Verfassung die ersten freien Wahlen statt (**14.12.1947**). Sieger der Präsidentenwahl ist der Schriftsteller Rómulo Gallegos mit einem Stimmenanteil von 74,35 Prozent. Seine Partei, die sozialdemokratische Acción Democrática, gewinnt 83 der 110 Sitze im Abgeordnetenhaus.

Deutschland/USA/Sowjetunion/Grossbritannien/Frankreich

Die Außenminister der USA, der Sowjetunion, Grossbritanniens und Frankreichs können sich bei ihren Gesprächen in London nicht auf eine gemeinsame Formel für Gesamtdeutschland einigen (**15.12.1947**). Die Spaltung Deutschlands beginnt sich abzuzeichnen.

Schweiz

Katastrophen/Explosionskatastrophen

In der Nacht vom **19.12.** auf den **20.12. 1947** explodiert ein unterirdisches Munitionslager der Schweizer Armee in Mitholz im Berner Oberland. Geschätzte 3000 der 7000 Tonnen Munition explodieren. Neun Menschen kommen ums Leben.

Rumänien

Der rumänische König Michael I. wird von den herrschenden Kommunisten zur Abdankung und zum Verlassen des Landes gezwungen. Rumänien wird eine Volksrepublik (**30.12.1947**). An der Spitze der Regierung der Volksrepublik Rumänien steht Petru Groza (30.12.1947). Er war im März 1945 von König Michael I. zum Ministerpräsidenten ernannt worden. In seine Amtszeit fallen eine Bodenreform, Enteignungen und Verstaatlichungen.

1948

Schweiz

Die Schweiz führt die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) ein (**1.1.1948**).

Benelux

Belgien/Niederlande/Luxemburg

Die 1944 von den Exilregierungen Belgiens, der Niederlande und Luxemburgs vereinbarte Zollunion tritt in Kraft (**1.1.1948**).

Burma/Grossbritannien

Die britische Kronkolonie Burma wird unabhängig (**4.1.1948**). Erster Premierminister ist U Nu von der Anti-Fascist People's Freedom League (AFPFL) und erster Staatspräsident wird Sao Shwe Thaik. Burma tritt dem Commonwealth nicht bei. Ethnische Konflikte belasten fortan die politische Entwicklung des Landes. Ab 1949 kämpft die Karen National Union für einen eigenen Staat der Volksgruppe der Karen. Aus den ersten Parlamentswahlen, die wegen der ethnischen Auseinandersetzungen verteilt auf mehrere Monate in den Jahren 1951 und 1952 stattfanden, ging die Anti-Fascist People's Freedom League (AFPFL) als klare Siegerin hervor. Sie gewann 199 der 250 Sitze.

Indien

Der indische Unabhängigkeits- und Menschenrechtskämpfer Mahatma Gandhi, eine Ikone des gewaltfreien Widerstandes, wird von einem Hindu-Nationalisten in Delhi erschossen (**30.1.1948**).

Schweiz

Olympische Spiele

In St. Moritz finden die V. Olympischen Winterspiele statt (**30.1.1948**).

Italien/Südtirol

Die Verfassungsgebende Versammlung Italiens beschliesst, die beiden Provinzen Bolzano-Alto Adige (Bozen-Südtirol) und Trento (Trient) durch ein Autonomiestatut zu einer gemeinsamen Region Trentino-Alto Adige (Trentino-Tiroler Etschland) zusammenzuschliessen (**31.1.1948**). Die deutschsprachigen Südtiroler erachten das sogenannte Erste Autonomiestatut als unzureichend, da vor allem die neugeschaffene Region Trentino-Alto Adige mit italienischer Bevölkerungsmehrheit von den Autonomierechten profitiert. Den deutschsprachigen Südtirolern bleibt die Selbstbestimmung weitgehend verwehrt.

Föderation Malaya/Malaiische Union/Grossbritannien

Aus der bisherigen Malaiischen Union (Malayan Union) wird die Föderation Malaya (Federation of Malaya). Die Sultane erhalten ihre Sonderrechte zurück (**1.2.1948**).

Italien/Südtirol

Die italienische Regierung verabschiedet das sogenannte Optantendekret. Jene Südtiroler, die sich im Rahmen des 1939 geschlossenen deutsch-italienischen Optionsvertrags für die deutsche Staatsbürgerschaft und zur Aussiedlung verpflichtet hatten, erhalten das Recht zur Rückkehr in ihre Heimat und Wiedererlangung der italienischen Staatsbürgerschaft (**2.2.1948**).

Irland

Bei der Parlamentswahl in Irland bleibt Fianna Fáil, die Partei von Regierungschef Éamon de Valera, stärkste Kraft, muss aber acht Mandatsverluste hinnehmen (**4.2.1948**). Neuer Regierungschef wird John A. Castle von der Partei Fine Gael. Er bildet eine Mehrparteienregierung.

Ceylon (Sri Lanka)/Grossbritannien

Grossbritannien entlässt seine Kronkolonie Ceylon in die Unabhängigkeit innerhalb des Commonwealth (**4.2.1948**). Staatsoberhaupt ist der britische König George VI. und an der Spitze der Regierung steht Don Stephen Senanayake.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der deutsche Komiker Karl Valentin stirbt im Alter von 66 Jahren (**6.2.1948**).

Costa Rica

In Costa geht der Oppositionskandidat Ottilio Ulate Blanco vom Mitte-rechts Partido Unión Nacional (PUN) mit einem Stimmenanteil von 53 Prozent als Sieger aus der Präsidentenwahl hervor. Der frühere Präsident und Sozialreformer Rafael Calderón Guardia (*Calderon*) vom Partido Republicano Nacional, der mit seinem Comeback rechnete aber nur 42,9 Prozent der Stimmen erhält, akzeptiert die Niederlage nicht und behauptet, er sei das Opfer von Wahlbetrug (**8.2.1948**).

Das Parlament annulliert mit der Mehrheit der Abgeordneten des Partido Republicano Nacional und des verbündeten marxistischen Partido Vanguardia Popular das Wahlergebnis (1.3.1948)

Japan

Regierungskrise in Japan: Nach Auseinandersetzungen mit dem linken Flügel seiner Sozialistischen Partei tritt Ministerpräsident Katayama Tetsu nach nur 9 Monaten Amtszeit zurück (**10.2.1948**). Sein Nachfolger wird Ashida Hitoshi von der Demokratischen Partei.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der sowjetische Regisseur Sergei Eisenstein stirbt im Alter von 50 Jahren (**11.2.1948**).

Paraguay

In Paraguay wird der Politiker und Schriftsteller Juan Natalicio González (*Gonzalez*) vom Partido Colorado zum neuen Staatspräsidenten gewählt (**14.2.1948**).

Ungarn/Sowjetunion

Die Sowjetunion und Ungarn beschliessen einen Freundschafts- und Beistandspakt (**18.2.1948**). Wie in allen unter sowjetischem Einfluss stehenden osteuropäischen Staaten kommt es auch in Ungarn zu Verstaatlichungen von Industriebetrieben, zur Zwangskollektivierung der Landwirtschaft, zur Zerschlagung oppositioneller Parteien und zur Verfolgung von Oppositionellen.

Schweiz

Katastrophen/Eisenbahnkatastrophen

Im Bahnhof Wädenswil (Kanton Zürich) fährt ein Skizug ungebremst in ein Gebäude der Obst- und Weinbaugenossenschaft. Dabei kommen 22 Menschen ums Leben (**22.2.1948**).

Jemen

Der jemenitische Herrscher Yahya Muhammad Hamid ad-Din, Imam der Zaiditen, wird bei einer Palastrevolte ermordet (**17.2.1948**). Er war über 29 Jahre an der Macht. Nachfolger wird sein Sohn Ahmad ibn Yahya.

Londoner Sechs-Mächte-Konferenz

Die USA, Frankreich, Grossbritannien sowie die Niederlande, Belgien und Luxemburg beraten in London über die politische Reorganisation der westlichen Besatzungszonen Deutschlands und ebnen den Weg zur Schaffung eines westdeutschen Teilstaates (**ab 23.2.1948**). Die Sowjetunion ist nicht eingeladen. Die „Londoner Empfehlungen“ der Sechs-Mächte-Konferenz werden als „Frankfurter Dokumente“ den elf deutschen Länder-Regierungschefs übergeben (1.7.1948). Die Ministerpräsidenten werden autorisiert, eine verfassungsgebende Versammlung einzuberufen. Dieses Gremium, der Parlamentarische Rat, wird von Konrad Adenauer geleitet.

Rumänien

In Rumänien schliessen sich Kommunisten und Sozialdemokraten zur Rumänischen Arbeiterpartei (PMR) zusammen (**23.2.1948**). Generalsekretär der PMR ist Gheorge Gheorghiu-Dej.

Tschechoslowakei

Kommunistische Machtübernahme in der Tschechoslowakei: Nach dem Rücktritt der bürgerlichen Minister – sie hatten aus Protest gegen zunehmende Eigenmächtigkeit der Kommunisten demissioniert und vergeblich Neuwahlen gefordert – beugt sich Staatspräsident Edvard Beneš (*Benes*) der Forderung nach Bildung einer neuen, kommunistisch dominierten Regierung (**25.2.1948**). Der nicht-kommunistische Aussenminister Jan Masaryk, Sohn des ersten tschechoslowakischen Staatspräsidenten Tomáš Masaryk, stürzt angeblich in selbstmörderischer Absicht aus dem Fenster seines Büros (Dritter Prager Fenstersturz) und kommt dabei ums Leben (10.3.1948).

Costa Rica

In Costa Rica bricht ein Bürgerkrieg aus (**12.3.1948**), der 44 Tage dauert und etwa 2000 Tote fordert. Ursache des bewaffneten Konflikts ist die Annullierung der Präsidentenwahl (vgl. 8.2.1948). Anführer der Aufständischen ist José Figueres Ferrer. Er geht mit der Ejercito Liberación Nacional (Nationale Befreiungsarmee) und der Legión Caribe (Karibische Legion) als Sieger aus dem Machtkampf hervor.

Brüsseler Pakt/Western Union Defence Organization

Frankreich, Grossbritannien sowie Belgien, die Niederlande und Luxemburg unterzeichnen ein politisches und militärisches Beistandsbündnis: den Brüsseler Pakt (Brussels Treaty Organisation/BTO), auch West-Union genannt (**17.3.1948**). Ein halbes Jahr später wird im Rahmen des Brüsseler Pakts die Western Union Defence Organization (Wudo) geschaffen: Vorläuferin der 1949 gegründeten Nato. Aus dem Brüsseler Pakt geht 1954 die Westeuropäische Union (WEU) hervor.

Alliierter Kontrollrat

Deutschland/Sowjetunion

Aus Protest gegen die Empfehlungen der Londoner Sechs-Mächte-Konferenz und der Gründung des Brüsseler Pakts verlässt der sowjetische Vertreter den Alliierten Kontrollrat (**20.3.1948**). Damit endet de facto die gemeinsame Verwaltung Deutschlands durch die vier Siegermächte.

Marshall-Plan

USA

Nach der Verabschiedung durch den Kongress unterzeichnet US-Präsident Harry S. Truman ein 12,4 Milliarden-Dollar-Wiederaufbauprogramm für Europa – European Recovery Program/ERP (**3.4.1948**). Der nach dem US-Aussenminister George Marshall benannte Plan umfasst Kredite sowie die Lieferung von Rohstoffen, Lebensmitteln und Waren. Zwischen 1948 und 1952 werden für den Marshall-Plan rund 13,3 Milliarden Dollar zur Verfügung gestellt.

Korea (Südkorea)

Auf der südkoreanischen Insel Jeju bricht ein Aufstand aus (**3.4.1948**). Der Unmut richtet sich gegen die von der US-Militärregierung eingesetzte zivile Behörde und gegen die Polizeirepression. Der als kommunistische Rebellion verunglimpfte Aufstand wird brutal niedergeschlagen. Bis 1949 kommen schätzungsweise 20 000 bis 30 000 Menschen ums Leben. Über 270 Dörfer werden zerstört.

Sowjetunion/Finnland

Die Sowjetunion und Finnland schliessen einen Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand (**6.4.1948**). Finnland darf sich laut dem Abkommen nicht an Bündnissen beteiligen, die gegen die Sowjetunion gerichtet sind. Die vom finnischen Staatspräsidenten Juho Kusti Paasikivi und seinem Nachfolger Urho Kekkonen verfolgte Aussen- und Neutralitätspolitik wird als „Paasikivi-Linie“ bzw. „Paasivi-Kekkonen-Linie“ bezeichnet. Der sowjetisch-finnische Vertrag bleibt durch mehrfache Verlängerung bis zum Ende der Sowjetunion in Kraft.

Nahost-Konflikt/jüdisch-palästinensischer Konflikt

Mitglieder jüdischer Untergrundorganisationen richten im arabischen Dorf Deir Yassin ein Massaker an. Über 100 Dorfbewohner, unter ihnen auch Frauen, Kinder und Alte, werden ermordet (**9.4.1948**). Wenige Tage darauf werden bei einem Überfall auf einen medizinischen Hilfskonvoi bei Jerusalem 70 jüdische Ärzte und Krankenschwestern ermordet.

Kolumbien

In der kolumbianischen Hauptstadt Bogotá wird der liberale Präsidentschaftskandidat Jorge Eliécer Gaitán (Gaitan), ein Hoffnungsträger für soziale Reformen, ermordet (**9.4.1948**). Das Attentat setzt eine Spirale von Gewalt und Gegengewalt in Gang und löst einen mehrjährigen als Violencia bezeichneten Bürgerkrieg aus, dem bis 1958 schätzungsweise 200 000 Menschen zum Opfer fallen.

Philippinen

Der philippinische Präsident Manuel Acuña Roxas stirbt an einem Herzinfarkt (**15.4.1948**). Sein Nachfolger wird Vizepräsident Elpidio Quirino von der Liberal Party.

OEEC

Gründung der Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit – Organization for European Economic Cooperation – OEEC (**16.4.1948**). Hauptziele der OEEC sind der gemeinsame Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft und die Ausweitung und Erleichterung des europäischen Handels- und Zahlungsverkehrs. Mitglieder sind: Belgien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Grossbritannien, Irland, Island, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, die Schweiz, die Türkei sowie Westdeutschland (zunächst vertreten von den Besatzungszonen) und das Freie Territorium Triest.

Italien

Mit einem Stimmenanteil von 48,5 Prozent gehen die Christlichdemokraten (Democrazia Cristiana/DC) als klare Sieger aus der ersten Parlamentswahl in Italien nach Kriegsende hervor. Sie gewinnen 305 der 574 Sitze im Abgeordnetenhaus und damit die absolute Mehrheit. Es folgen die aus Kommunisten (Partito Comunista Italiano/PCI) und Sozialisten (Partito Socialista Italiano/PSI) gebildete Frente Democratico Popolare (Demokratische Volksfront) mit 31,1 Prozent Stimmenanteil und 183 Mandaten und das Bündnis Unità Socialista (Sozialistische Einheit) mit 7,1 Prozent und 33 Sitzen (**18.4.1948**).

Luxemburg

Luxemburg streicht die „immerwährende Neutralität“ aus der Verfassung (**18.4.1948**).

China

Kuomintang-Führer Chiang Kai-shek lässt sich auf der Grundlage einer neuen Verfassung von der in Nanking (Nanjing) tagenden Nationalversammlung zum Präsidenten der Republik China wählen (**19.4.1948**).

Costa Rica

Ende des 44 Tage dauernden Bürgerkriegs in Costa Rica (**24.4.1948**). Der bisherige Staatschef Teodoro Picado Michalski gibt sein Amt ab und geht ins Exil nach Nicaragua. Auch der frühere Präsident Rafael Calderón Guardia (*Calderon*) lässt sich in Nicaragua nieder. Der neue Machthaber, José Figueres Ferrer, schliesst einen Pakt mit Ottilio Ulate Blanco, dem Wahlsieger vom 8. Februar. Figueres bildet eine Junta Fundadora de la Segunda República – Junta zur Gründung der Zweiten Republik (8.5.1948). Die Junta soll 18 Monate im Amt bleiben und den Weg für eine neue Verfassung ebnen.

Organisation Amerikanischer Staaten (OAS)

21 Staaten gründen in Bogotá (Kolumbien) die Organization of American States (OAS) – Organisation Amerikanischer Staaten (**30.4.1948**). Der OAS gehören alle Staaten des amerikanischen Kontinents an.

Tschechoslowakei

Die Tschechoslowakei erhält eine neue Verfassung (**9.5.1948**). Sie nennt sich eine volksdemokratische Republik. Bei den Parlamentswahlen erhält die von Kommunisten dominierte Einheitsliste der Nationalen Front nahezu 90 Prozent der Stimmen (30.5.1948). Staatspräsident Edvard Beneš (*Benes*) weigert sich die neue Verfassung zu unterschreiben und tritt zurück (7.6.1948). Sein Nachfolger wird der kommunistische Parteivorsitzende Klement Gottwald.

Korea (Südkorea)

Im amerikanisch-besetzten Südkorea finden unter Aufsicht der UNO Parlamentswahlen statt (**10.5.1948**). Es handelt sich um die ersten Parlamentswahlen in der Geschichte Koreas. Stärkste Partei ist die Nationale Gesellschaft zur Förderung der Koreanischen Unabhängigkeit. Sie gewinnt 55 der 200 Sitze der Nationalversammlung. 85 Mandate gehen an unabhängige Volksvertreter, 100 weitere Sitze sind für Abgeordnete aus dem Norden Koreas vorgesehen.

Italien

Der liberale Wirtschaftswissenschaftler Luigi Einaudi wird zum italienischen Staatsoberhaupt gewählt. Er ist der zweite Staatspräsident seit Einführung der Republik (**11.5.1948**).

Nahost-Konflikt

Palästina/Israel

Wenige Stunden vor Ablauf des britischen Mandats über Palästina proklamiert David Ben Gurion den Staat Israel (**14.5.1948**). David Ben Gurion von der sozialdemokratischen Mapai wird erster Regierungschef und Chaim Weizmann erster Staatspräsident Israels.

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Erster israelisch-arabischer Krieg

Israel/Ägypten/Syrien/Transjordanien/Libanon/Irak/Palästinenser

UNO

Unmittelbar nach der Unabhängigkeitsproklamation Israels erklären Ägypten, Syrien, Transjordanien, Libanon und der Irak dem jüdischen Staat den Krieg (**15.5.1948**). Dieser dauert bis 1949.

Die wichtigsten Fakten:

- Die israelischen Verteidiger schlagen die Angreifer zurück und erweitern das israelische Territorium im Vergleich zum UNO-Teilungsplan erheblich.
- Transjordanien besetzt das im Teilungsplan dem arabisch-palästinensischen Staat zugesprochene Westjordanland und Ost-Jerusalem.
- Der Gazastreifen fällt unter ägyptische Militärverwaltung.
- Der UNO-Vermittler Graf Folke Bernadotte wird von jüdischen Extremisten ermordet (17.9.1948).

• Die Gründung des Staates Israel und der erste israelisch-arabische Krieg sind für die palästinensische Bevölkerung eine Katastrophe (Nakba). Über 700 000 Menschen flüchten oder werden vertrieben und leben in Flüchtlingslagern in Syrien, Libanon, Jordanien und im Gazastreifen.

• Nach der Staatsgründung Israels und in Folge der israelisch-arabischen Kriege von 1948/1949, 1956 und 1967 werden Hunderttausende Jüdinnen und Juden aus arabischen Ländern vertrieben. Von den fast 900 000 vor 1948 in arabischen Ländern lebenden Jüdinnen und Juden sind nur wenige tausend übrig geblieben. In Ägypten lebten 1948 schätzungsweise 80 000, in Algerien 140 000, im Irak 130 000, in Jemen 150 000, in Libanon 10 000, in Libyen 35 000, in Marokko 238 000, in Syrien 15 000 und in Tunesien 71 000. Kleine jüdische Gemeinden mit 1000 bis 5000 Mitgliedern gab es im Jahr 2023 nur in Marokko (rund 5000) und in Tunesien (rund 1500).

• Jüdische Gemeinde in Iran: vgl. 1.4.1979

• Quellen: Bundeszentrale für politische Bildung/bpb 26.11.2020 und NZZ vom 30.11.2022 sowie Mena-Watch (2023)

Paraguay

In Paraguay endet die Ära des langjährigen Machthabers Higinio Morínigo (*Morinigo*). Er hatte nach der Wahl von Juan Natalicio González (Gonzalez) zum neuen Staatspräsidenten versucht, als Oberkommandierender der Streitkräfte weiterhin politischen Einfluss zu nehmen. General Morínigo war seit 1940 Machthaber. Er wird ins Exil nach Argentinien geschickt (**3.6.1948**).

Paraguay erlebt bis zur Machtübernahme durch General Alfredo Stroessner im Mai 1954 häufige Wechsel im Präsidentenamt.

Ecuador

Galo Plaza Lasso vom Movimiento Cívico Democrático Nacional geht mit einem Stimmenanteil von 41,07 Prozent als Sieger aus der Präsidentenwahl in Ecuador hervor (**6.6.1948**).

Ungarn

In Ungarn wird die Sozialdemokratische Partei mit der Kommunistischen Partei zur Partei der ungarischen Werktätigen (MDP) zwangsvereinigt (**12.6.1948**). Mátyás Rákosi (*Rakosi*) ist ihr Generalsekretär. Bürgerliche Parteien werden unter massivem Druck der kommunistischen Machthaber zerrieben.

Kuba

Carlos Prío Socarrás (*Prio Socarras*) vom Partido Auténtico geht als Sieger aus der Präsidentenwahl in Kuba hervor (**13.6.1948**). Seine Partei wird mit 29 von 70 Mandaten stärkste Kraft im Repräsentantenhaus.

Föderation Malaya/Grossbritannien

In der Föderation Malaya verhängen die britischen Kolonialbehörden nach einem Überfall auf britische Plantagenmanager (16.6.1948) den Notstand (**18.6.1948**). Die Malayan National Liberation Army (MNLA), der bewaffnete Arm der Malayan Communist Party (MCP), führt einen jahrelangen bewaffneten Aufstand gegen die Briten, der als Malayan Emergency bezeichnet wird. Anführer der MNLA ist der Gewerkschaftsaktivist Chin Peng. Der Guerillakrieg dauert bis 1960 und fordert Tausende von Toten.

Jugoslawien/Sowjetunion/Albanien/Balkanföderation

Der sowjetische Machthaber Josef Stalin bricht mit dem jugoslawischen Machthaber Josip Broz Tito. Die Kommunistische Partei Jugoslawiens wird aus dem Kominform, der Organisation kommunistischer Parteien, ausgeschlossen (**28.6.1948**). Moskau wirft der Führung der jugoslawischen Kommunisten unter anderem vor, vom Marxismus-Leninismus abzuweichen. Unmut erregen in Moskau auch Titos Pläne für eine Balkanföderation und Titos Streben nach einer Vereinigung mit Albanien. Auf den politischen Bruch folgt die wirtschaftliche Blockade des Ostblocks. Jugoslawien erhält westliche Finanzhilfe.

Deutschland/Berlin/Sowjetunion

Die Sowjetunion zieht aus der Alliierten Kommandantur in Berlin aus (**16.6.1948**) und erklärt die Viermächteverwaltung Berlins für beendet (1.7.1948).

Deutschland

In den westlichen Besatzungszonen Deutschland tritt eine Währungsreform in Kraft (**20.6.1948**). Die Deutsche Mark löst die alte inflationäre Reichsmark-Währung ab. Jeder Bürger erhält gegen Einzahlung von 60 Reichsmark zunächst 40 DM, weitere 20 DM zwei Monate später. Über Nacht füllten sich die Regale in den Geschäften mit Waren aus gehorteten Beständen. Die Währungsreform, der Übergang zur Marktwirtschaft und die Finanzmittel aus dem US-amerikanischen Marshallplan legen den Grundstein zum „Wirtschaftswunder“ der 50er Jahre.

In der sowjetischen Besatzungszone wird ebenfalls eine Währungsreform durchgeführt und die DM-Ost eingeführt (**23.6.1948**). Die Sowjetunion versucht, die von ihr durchgeführte Währungsreform auch auf West-Berlin auszudehnen. Dies scheitert am Widerstand der Westmächte.

Schweiz/Italien

Die Schweiz und Italien schliessen ein Abkommen über die Einwanderung italienischer Arbeitskräfte in die Schweiz (**22.6.1948**). Der Mangel an Arbeitskräften in der Schweiz und die weit verbreitete Armut nach den Kriegsjahren in Italien lösen eine Migrationswelle aus. 1947 und 1948 kommen jeweils rund 100 000 italienische Arbeitskräfte in die Schweiz.

Berlin-Blockade

Deutschland/Sowjetunion/USA/Grossbritannien

Berlin-Blockade: Als Reaktion auf die Währungsreform in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands blockiert die Sowjetunion alle Strassen-, Bahn- und Schiffsverbindungen zwischen den Westzonen und West-Berlin (**24.6.1948**). Die Stromversorgung aus dem Ostsektor und der sowjetischen Besatzungszone wird eingestellt. Der US-Militärgouverneur, General Cassius Clay, befiehlt, West-Berlin mit einer Luftbrücke zu versorgen. Mit amerikanischen und britischen Flugzeugen werden bis zum Ende der Berlin-Blockade im Mai 1949 rund 2,3 Millionen Tonnen Güter eingeflogen, vor allem Kohle und Lebensmittel.

Japan

Katastrophen/Erdbeben

Bei einem Erdbeben in der japanischen Stadt Fukui kommen über 5000 Menschen ums Leben (**28.6.1948**).

Albanien/Jugoslawien

Albanien bricht die Beziehungen zu Jugoslawien ab (**19.6.1948**).

Finnland

Bei der Parlamentswahl in Finnland erleidet das linke Parteienbündnis Demokratische Union des Finnischen Volkes (SKDL) hohe Verluste (1.7. und **2.7.1948**). Stärkste Kraft im neuen Parlament wird der bäuerlich-liberale Landbund (ML). Er gewinnt 56 der 200 Mandate. An zweiter Stelle folgt die Sozialdemokratische Partei (SDP) mit 54 Sitzen. Die Demokratische Union des Finnischen Volkes (bisher stärkste Fraktion) muss sich mit 38 (minus 11) Mandaten begnügen. Neuer Regierungschef wird der Sozialdemokrat Karl-August Fagerholm.

Korea (Südkorea)

Nach der Verabschiedung einer Verfassung wird Syngman Rhee vom südkoreanischen Parlament zum Staatsoberhaupt der künftigen Republik Korea gewählt (**20.7.1948**).

Kanada/Neufundland

Die Bevölkerung von Neufundland heisst mit 52,3 Prozent Ja-Stimmen den Anschluss an Kanada gut (**22.7.1948**). Der Vollzug findet am 31. März 1949 statt.

USA

US-Präsident Harry S. Truman ordnet die Gleichbehandlung aller Mitglieder der Streitkräfte ohne Rücksicht auf Rasse und Hautfarbe an (**26.7.1948**).

Deutschland

Katastrophen/Explosionskatastrophen

In Ludwigshafen (Rheinland-Pfalz) fordert ein Explosionsunglück auf dem Gelände des Chemiewerks BASF 207 Tote (**28.7.1948**).

Grossbritannien

Olympische Spiele

In London finden die XIV. Olympischen Sommerspiele statt (**29.7.1948**).

Ungarn

Der ungarische Staatspräsident Zoltan Tildy wird abgesetzt (**2.8.1948**) und durch Árpád Szakasits, den ehemaligen Generalsekretär der Sozialdemokratischen Partei, ersetzt.

Niederlande

Die Niederlande erhalten einen sozialdemokratischen Regierungschef (**7.8.1948**). Willem Drees von der Partei der Arbeit (Partij van de Arbeid/PvdA) leitet eine breite Koalitionsregierung aus Sozialdemokraten, der Katholischen Volkspartei (Katholieke Volkspartij/KVP), der rechtsliberalen Volkspartei für Freiheit und Demokratie (Volkspartij voor Vrijheid en Democratie/VVD) und der protestantischen Christlich-Historischen Union (Christlijk-Historische Unie (CHU).

Korea (Südkorea)/USA

Im Südteil Koreas wird die Republik Korea mit der Hauptstadt Seoul ausgerufen (**15.8.1948**). Damit endet das US-Militärregime. Die nach dem Ende der japanischen Herrschaft stationierten US-Streitkräfte ziehen sich schrittweise aus Südkorea zurück (bis Juni 1949). Staatspräsident Syngman Rhee verfolgt einen streng antikommunistischen Kurs.

Ceylon (Sri Lanka)

Das ceylonische Parlament beschliesst mit dem Ceylon Citizenship Act (**20.8.1948**), rund 700 000 indische Tamilen von der Staatsbürgerschaft auszuschliessen. Ein Grossteil wird in den 60er Jahren nach Indien ausgebürgert. Bei den indischen Tamilen handelt es sich um Arbeitsmigranten, die von der britischen Kolonialmacht vor allem im 19. Jahrhundert ins Land geholt wurden. Die einheimischen Tamilen werden als Sri Lanka Tamilen bezeichnet.

Ökumenischer Rat der Kirchen

In Amsterdam wird der Ökumenische Rat der Kirchen gegründet (**23.8.1948**). Er hat seinen Sitz in Genf. Ihm gehören protestantische, anglikanische, orthodoxe und altkatholische Kirchen an, jedoch nicht die römisch-katholische Kirche.

Korea (Nordkorea)

Als Vorbereitung für die geplante Unabhängigkeit des sowjetisch besetzten Nordteil Koreas finden Wahlen für eine Oberste Volksversammlung mit 572 Abgeordneten statt (**25.8.1948**). Auch Südkoreaner können sich indirekt an der Wahl beteiligen. Das Gremium verabschiedet nach sowjetischem Vorbild eine Verfassung für die unabhängige Demokratische Volksrepublik Korea (3.9.1948) und wählt Kim Il Sung zum Ministerpräsidenten.

Chile

In Chile wechselt die Regierung unter dem Einfluss der USA auf einen harten Rechtskurs. Mit dem Ley de Defensa Permanente de la Democracia – auch Ley Maldita (verdammtes Gesetz) genannt – wird die Kommunistische Partei verboten (**3.9.1948**). Parteimitglieder werden aus den Wahlregistern gestrichen, führende Kommunisten und Gewerkschafter nach Pisagua verbannt.

Niederlande

Die niederländische Königin Wilhelmina dankt zugunsten ihrer Tochter Juliana ab (**4.9.1948**).

Deutschland/Berlin

Nach der Teilung in zwei Währungszonen folgt die politische Spaltung Berlins:

- Kommunistische Störtrupps stürmen das im sowjetischen Sektor Berlins gelegene Neue Stadthaus, den Sitz der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrats, des Parlaments und der Stadtregierung Gesamtberlins (**6.9.1948**).
- Die nichtkommunistischen Stadtverordneten weichen in den Westteil der Stadt aus. Im Ostteil Berlins wird ein eigener Magistrat unter Führung von Friedrich Ebert eingesetzt (30.11.1948).

- Die Neuwahl der Stadtverordnetenversammlung (5.12.1948) kann nur in den Westsektoren stattfinden, da die sowjetische Besatzungsmacht den Wahlberechtigten im Ostteil der Stadt die Teilnahme untersagt.
- Der Sozialdemokrat Ernst Reuter (SPD) wird von der Stadtverordnetenversammlung zum Oberbürgermeister gewählt (7.12.1948). Ernst Reuter war bereits 1947 zum Oberbürgermeister gewählt worden, doch die Alliierte Hohe Kommandantur weigerte sich – auf Betreiben der Sowjetunion – die Wahl zu akzeptieren.

Berlin-Blockade

Deutschland

Über 300 000 Menschen nehmen vor dem Berliner Reichstagsgebäude an einer Protestkundgebung gegen die Berlin-Blockade teil (**9.9.1948**). Ernst Reuter, der gewählte, aber auf Betreiben der Sowjetunion nicht anerkannte Oberbürgermeister Berlins, appelliert an die Völker der Welt, Berlin nicht aufzugeben. „Ihr Völker der Welt, schaut auf diese Stadt und erkennt, dass ihr diese Stadt und dieses Volk nicht preisgeben dürft, nicht preisgeben könnt!“

Korea (Nordkorea)/Sowjetunion

Korea (Südkorea)

Im Nordteil Koreas wird die Demokratische Volksrepublik Korea unter Führung von Kim Il Sung ausgerufen (**9.9.1948**). Hauptstadt der Demokratischen Volksrepublik Korea ist Pyongyang. Die Sowjetunion zieht die nach dem Ende der japanischen Herrschaft stationierten Truppen aus Nordkorea ab.

Damit ist Korea endgültig geteilt – in zwei Staaten mit unterschiedlichen politischen Systemen. Sowohl Nord- wie Südkorea erheben den Alleinvertretungsanspruch für ganz Korea.

Bis zur Staatsgründung Nordkoreas migrieren schätzungsweise fünf Millionen Menschen in den Südkorea.

Pakistan

Pakistan trauert um seinen Staatsgründer und Quaid-i-Azam (Grosser Führer) Muhammad Ali Jinnah. Er stirbt 71-jährig (**11.9.1948**).

Indien

Indische Truppen beenden mit Gewalt die Unabhängigkeitsbestrebungen des Herrschers (Nizam) von Hyderabad und annektieren das einst mächtigste und reichste indische Fürstentum (**18.9.1948**).

Schweden

Die Sozialdemokraten gehen erneut als stärkste Partei aus der Reichstagswahl hervor. Seit 1914 bilden sie die stärkste Fraktion. Die Sozialdemokraten gewinnen 112 der 230 Sitze. Zweistärkste Kraft ist die Volkspartei mit 57 Mandaten (**19.9.1948**). An dritter Stelle folgt der Bauernbund mit 30 Mandaten. Ministerpräsident Tage Erlander erweitert seine sozialdemokratische Minderheitsregierung drei Jahre später (1.10.1951) um den Bauernbund.

Peru

In der peruanischen Hafenstadt Callao wird eine Revolte von Marineangehörigen niedergeschlagen (**3.10.1948**). Die Apristen gelten als Aufwiegler der Revolte. Die Alianza Popular Revolucionario Americana (Apra) wird verboten. 1947 war die Apra aus der Regierung ausgetreten.

Sowjetunion/Turkmenische Sowjetrepublik (Turkmenistan)

Katastrophen/Erdbeben

Ein Erdbeben verwüstet Ashgabat, die Hauptstadt der Turkmenischen Sowjetrepublik. Zehntausende Menschen – von über 100 000 ist inoffiziell die Rede – kommen ums Leben (**5.10.1948**).

Honduras

Juan Manuel Gálvez (*Galvez*) vom konservativen Partido Nacional de Honduras (PNH) wird fast einstimmig zum neuen Präsidenten von Honduras gewählt (**10.10.1948**). Der Partido Liberal hatte die Wahlen boykottiert. Im Parlament verfügt der Partido Nacional über alle 49 Mandate.

Mit dem Amtsantritt von Juan Manuel Gálvez am 1. Januar 1949 endet die Diktatur unter Präsident Tiburcio Carías Andino (*Carias Andino*), der seit 1933 mit dem Partido Nacional an der Macht war.

Japan

Nach Korruptionsvorwürfen gegen seine Regierung tritt der japanische Ministerpräsident Ashida Hitushi nach nur siebenmonatiger Amtszeit zurück (**15.10.1948**). Sein Nachfolger wird der ehemalige Regierungschef Yoshida Shigeru von der Demokratisch-Liberalen Partei.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der österreichische Komponist Franz Léhar stirbt im Alter von 78 Jahren (**24.10.1948**).

Peru

Militärrevolte in Peru (**27.10.1948**): In Arequipa beginnt ein Armeeaufstand unter Führung von General Manuel Ordria (*Ordria*). Zwei Tage später (29.10.1948) wird Staatspräsident José Luis Bustamante y Rivero abgesetzt. Eine Militärjunta unter Führung von General Manuel Ordria übernimmt die Macht. Das Parlament wird aufgelöst. Unter dem autoritären Militärregime werden Tausende Oppositionelle verhaftet.

USA

US-Präsident Harry S. Truman wird in seinem Amt bestätigt. Der Demokrat gewinnt die Präsidentenwahl mit 303 Elektorenstimmen und 49,4 Prozent der Wählerstimmen. Sein republikanischer Herausforderer Thomas E. Dewey muss sich mit 189 Elektorenstimmen begnügen. Alben Barkley wird Vizepräsident (**2.11.1948**).

Bei den Kongresswahlen verdrängen die Demokraten die Republikaner in die Opposition. Im Senat haben die Demokraten 54 Sitze (plus 9) und die Republikaner 42 (minus 9). Im Repräsentantenhaus sind die Demokraten mit 263 (plus 75) und die Republikaner mit 171 Abgeordneten (minus 75) vertreten. Ein Mandat erobert die American Labor Party.

Japan

Tokioter Kriegsverbrecherprozess: Ein internationaler Militärgerichtshof verurteilt den ehemaligen Ministerpräsidenten und Generalstabschef Tojo Hideki, den früheren Regierungschef Hirota Koki sowie fünf Generäle wegen Verschwörung gegen den Weltfrieden, Mord sowie Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zum Tode (**12.11.1948**).

Kanada

Der kanadische Premierminister William Lyon Mackenzie King tritt zurück. Der Politiker der Liberal Party war während über 21 Jahren Regierungschef. Sein Nachfolger wird Louis St. Laurent (**15.11.1948**).

Venezuela

Militärputsch in Venezuela (**24.11.1948**): Staatspräsident Rómulo Gallegos wird abgesetzt. Eine Militärjunta unter Führung von Oberst Carlos Delgado Chalbaud übernimmt die Macht. Das Parlament wird aufgelöst.

Costa Rica

In Costa Rica wird die Armee aufgelöst. Für die nationale Sicherheit sind die Guardia Civil und die Küstenwache zuständig (**1.12.1948**).

China

Katastrophen/Schiffskatastrophen

Das chinesische Küstenpassagierschiff „Kiangya“ sinkt nach einer Explosion nördlich von Shanghai (**3./4.12.1948**). Mindestens 2700 Menschen (nach unbestätigten Berichten bis zu 3900 Menschen), unter ihnen zahlreiche Bürgerkriegsflüchtlinge, kommen dabei ums Leben. Vermutlich wurde die Explosion durch eine Seemine ausgelöst.

UNO/UNO-Menschenrechtscharta

Die UNO-Vollversammlung verabschiedet die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (**10.12.1948**). „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geist der Brüderlichkeit begegnen.“, heisst in Artikel 1.

Ungarn

István Dobi von der kommunistischen Partei der Werktätigen (MDP) wird neuer ungarischer Ministerpräsident (**10.12.1948**).

Literaturnobelpreis

Grossbritannien

Der britische Lyriker T.S. Eliot wird mit dem Literaturnobelpreis ausgezeichnet (**10.12.1948**).

Deutschland

Mehrere liberale Parteien in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands schliessen sich zur Freien Demokratischen Partei (FDP) zusammen. Ihr erster Vorsitzender wird Theodor Heuss (**11.12.1948**).

El Salvador

In El Salvador wird Staatspräsident Salvador Castaneda Castro abgesetzt. Ein Revolutionsrat (Consejo de Gobierno Revolucionario) unter Führung von Major Óscar Osorio übernimmt die Macht (**14.12.1948**).

Indonesien/Niederlande

Rückschlag für die Unabhängigkeitskämpfer in Indonesien. Die Führung der Republik Indonesien wird von den Niederlanden zur Kapitulation gezwungen. Niederländische Truppen schliessen Jogjakara, die auf der Insel Java gelegene Hauptstadt der Republik Indonesien, ein und verhaften sowohl Präsident Sukarno als auch dessen Stellvertreter Mohammed Hatta (**19.12.1948**).

Polen

Die Polnische Arbeiterpartei (PPR) wird mit der Sozialistischen Partei (PPS) zur Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PZPR) zwangsvereinigt (**21.12.1948**). An der Spitze der Vereinigten Arbeiterpartei steht der kommunistische Hardliner Boleslaw Bierut, seit 1947 Staatspräsident. In Polen herrscht stalinistische Repression. Władysław Gomułka (*Gomułka*), bis zur Zwangsvereinigung Vorsitzender der Polnischen Arbeiterpartei, wird entmachtet und 1951 verhaftet. Ihm werden nationalistische Abweichungen vom kommunistischen Kurs vorgeworfen.

Ungarn

Der Primas der katholischen Kirche in Ungarn, József Kardinal Mindszenty, wird verhaftet (**26.12.1948**).

1949

Indien/Pakistan

Kaschmir/Kaschmir-Konflikt/Erster indisch-pakistanischer Krieg

Indien/Jammu und Kaschmir

Pakistan/Azad Kashmir

UNO

Der erste indisch-pakistanische Krieg endet mit einem von der UNO ausgehandelten Waffenstillstand (**1.1.1949**). Dieser führt zur De-facto Teilung Kaschmirs in das pakistanische Azad Kashmir und die pakistanischen Northern Areas (ab September 2009 Gilgit-Baltistan) sowie das indische Jammu und Kaschmir (Jammu, Kashmir-Valley und Ladakh). Die UNO sieht eine Volksabstimmung zur Zukunft von Kaschmir vor. Die Waffenstillstandslinien werden mit dem Karachi-Agreement (27.7.1949) gezogen.

Peru

Nach der Machtergreifung der Armee in Peru flüchtet der der Anführer der Alianza Popular Revolucionario Americana (Apra), Victor Raúl Haya de la Torre, in die kolumbianische Botschaft (3.1.1949). 1954 erhält er Exil in Mexiko.

China

China (Republik China/Taiwan)

Chinas Kommunisten gewinnen im Bürgerkrieg die Oberhand: Der sogenannte Huai-Hai-Feldzug der Volksbefreiungsarmee endet beim Eisenbahnknotenpunkt Xuzhou mit einer vernichtenden Niederlage der Kuomintang-Streitkräfte von General Chiang Kai-shek (**10.1.1949**). Eine Stadt nach der anderen wird von den Kommunisten erobert: auch Peking, Nanking (Nanjing), die bisherige Hauptstadt Chinas, und Shanghai. Angesichts der Niederlagen tritt Chiang Kai-shek von seinem Posten als Präsident der Republik China zurück (21.1.1949), übernimmt aber bereits im folgenden Jahr das Amt wieder (1.3.1950).

Nach der Niederlage der Nationalisten flüchten die geschlagenen Kuomintang-Truppen und etwa zwei Millionen Menschen vom Festland auf die Insel Taiwan. General Chiang Kai shek verlässt Festlandchina Ende Jahr (10.12.1949).

Comecon

Als Gegengewicht zum Marshall-Plan und zur Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECC) gründen sechs Ostblockstaaten – die Sowjetunion, Bulgarien, Polen, Rumänien, Ungarn und die Tschechoslowakei – den Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, auch Comecon genannt (**18.1.1949**). Albanien tritt einen Monat später dem Comecon bei.

USA

US-Präsident Harry S. Truman spricht sich in der Inaugurationsrede zu Beginn seiner zweiten Amtszeit dafür aus, dass die reichen Länder ihren Fortschritt nutzen müssten, um armen Ländern bei ihrer Entwicklung zu helfen (**20.1.1949**). Sein Point-four-Program gilt als Geburtsstunde der Entwicklungshilfe.

USA

Dean Acheson wird neuer US-Aussenminister (**21.1.1949**).

Japan

Die Demokratisch-Liberale Partei geht klar als stärkste Kraft aus den Parlamentswahlen in Japan hervor. Sie gewinnt 269 der 466 Sitze im Unterhaus (**23.1.1949**). An zweiter Stelle folgt die Demokratische Partei mit 70 Sitzen.

Israel

In Israel findet die erste Parlamentswahl statt (**25.1.1949**). Stärkste Partei wird die sozialdemokratische Mapai. Sie gewinnt 46 der 100 Sitze. Zweistärkste Kraft ist die linke Mapam mit 19 Mandaten.

Indonesien/Niederlande/UNO

Der UNO-Sicherheitsrat fordert die Konfliktparteien in Indonesien – die Niederlande und die Unabhängigkeitskämpfer – zur Einstellung aller Feindseligkeiten auf. Der Sicherheitsrat appelliert an die Niederlande, die inhaftierte Führung der Republik Indonesien auf freien Fuß zu setzen und spricht sich für die Wiederaufnahme von Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien aus. Als Ziel wird die Schaffung der Vereinigten Staaten von Indonesien genannt (**28.1.1949**).

Die Niederlande beugen sich dem internationalen Druck und willigen in Waffenstillstandsvereinbarungen sowie Verhandlungen ein, die am 23. August 1949 in Den Haag beginnen. An der Round Table Conference sind auch die von den Niederlanden unterstützten indonesischen Teilstaaten vertreten.

Ungarn

Der Primas der katholischen Kirche in Ungarn, József Kardinal Mindszenty, wird in einem Schauprozess wegen Hochverrats zu lebenslanger Haft verurteilt (**8.2.1949**).

Spanien

Katastrophen/Eisenbahnkatastrophen

Der Schnellzug Barcelona-Madrid entgleist in der Nähe von Mora la Nova. Dabei kommen 40 Menschen ums Leben. Die Regierung spricht von Sabotage kommunistischer Partisanen (**12.2.1949**).

Nahost-Konflikt

Erster israelisch-arabischer Krieg

Israel/Ägypten/Syrien/Transjordanien/Libanon

Israel schliesst Waffenstillstandsabkommen mit Ägypten (**24.2.1949**), Libanon (23.3.1949), Transjordanien (3.4.1949) und Syrien (20.7.1949).

Deutsche Demokratische Republik (DDR)

Der in der sowjetischen Besatzungszone gebildete Deutsche Volksrat billigt den Entwurf für eine „Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik“ (**19.3.1949**).

Papua-Neuguinea

Australien

Die beiden von Australien verwalteten UNO-Treuhandgebiete Papua und Neuguinea werden als Territory of Papua and New Guinea vereint (**25.3.1949**).

Nato

Vor dem Hintergrund des Kalten Krieg und als Antwort auf eine mögliche Bedrohung durch die Sowjetunion gründen die USA und Kanada sowie zehn europäische Staaten – Belgien, Dänemark, Frankreich, Grossbritannien, Island, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen und Portugal – ein Verteidigungsbündnis: die Nato – North Atlantic Treaty Organization (**4.4.1949**). Der britische General und Politiker Hastings Ismay wird erster Nato-Generalsekretär (ab 1952).

Irland/Grossbritannien

Commonwealth

Irland wird eine Republik und verlässt den britischen Commonwealth (**18.4.1949**).

Transjordanien/Jordanien

Transjordanien wird in Haschemitisches Königreich Jordanien umbenannt (25.4.1949).

Europarat

Zehn Staaten – Belgien, Dänemark, Frankreich, Grossbritannien, Irland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen und Schweden – gründen den Europarat, mit dem Ziel Einheit und Zusammenarbeit zu fördern (**5.5.1949**). Die Organisation hat ihren Sitz in Strassburg. Erster Generalsekretär wird der Franzose Jacques Camille Paris.

Monaco

Fürst Louis II. von Monaco stirbt im Alter von 78 Jahren (**9.5.1949**). Sein Nachfolger ist Fürst Rainier III.

Siam/Thailand

Siam erhält zum zweiten Mal innert zehn Jahren den Staatsnamen Thailand (**11.5.1949**). Schon 1939 wurde aus Siam Thailand. 1945 wurde das Land wieder als Siam bezeichnet.

Berlin-Blockade

Deutschland/Sowjetunion

Die Sowjetunion beendet nach 322 Tagen die Berlin-Blockade (**12.5.1949**).

Ungarn

In Ungarn zementieren die Kommunisten unter Führung von Mátyás Rákosi (*Rakosi*) ihre Machtübernahme: Die von der Partei der ungarischen Werktätigen (MDP) angeführte Volksfront-Liste gewinnt bei der Parlamentswahl 95,6 Prozent der Stimmen (**15.5.1949**).

Ungarn wird von einer drastischen Säuberungswelle heimgesucht. Abertausende Menschen werden von der Geheimpolizei AVO verhaftet. Zu den prominentesten Opfern gehört der frühere Innen- und Aussenminister László Rajk, der nach einem Schauprozess hingerichtet wird (15.10.1949).

Bundesrepublik Deutschland (BRD)

In Bonn wird feierlich das vom Parlamentarischen Rat im Auftrag der drei westlichen Besatzungsmächte erarbeitete Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland verkündet (**23.5.1949**). Bonn ist provisorische Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland. Seine Handlungsfähigkeit erlangt die Bundesrepublik Deutschland mit der Konstituierung der Verfassungsorgane (Bundestag, Bundesrat, Bundespräsident, Bundesregierung) im September 1949.

Rumänien

Die rumänische Führung beschliesst den Bau eines Donau-Schwarzmeer-Kanals (**25.5.1949**). Für den Bau werden Zehntausende politische Häftlinge und Angehörige von Minderheiten eingesetzt. Tausende kommen dabei ums Leben. 1955 werden die Bauarbeiten eingestellt. 1976 erlebt das Projekt einen Neubeginn und wird 1984 fertiggestellt.

Island/Nato

Das isländische Parlament (Althing) stimmt dem Beitritt zur Nato zu. Die Sozialistische Partei ist dagegen. Vor dem Parlamentsgebäude kommt es zu Zusammenstößen zwischen Nato-Gegnern und Sicherheitskräften (**30.5.1949**).

Belgien

In Belgien dürfen sich erstmals Frauen an der Parlamentswahl beteiligen (**26.6.1949**). Die Christdemokraten – Christelijke Volkspartij (CVP) bzw. Parti Social Chrétien (PSC) – bleiben stärkste Kraft mit 105 der 212 Mandate der Abgeordnetenkammer. Es folgen die Sozialisten – Belgische Socialistische Partij (BSP) bzw. Parti Socialiste Belge (PSB) – mit 66 Mandaten. An dritter Stelle liegen die Liberalen (Liberale Partij/Parti Libérale) mit 23 Abgeordneten.

Kanada

Zum vierten Mal in Folge geht die Liberal Party als Siegerin aus der Parlamentswahl in Kanada hervor. Die Partei von Premierminister Louis St. Laurent gewinnt 191 (plus 73) der 262 Mandate. Zweitstärkste Kraft die Progressive Conservative Party mit 41 Mandaten (**27.6.1949**).

Korea (Nordkorea)

Nach dem Muster der Kommunistischen Partei der Sowjetunion entsteht die Partei der Arbeit Koreas, die allein herrschende Einheitspartei Nordkoreas. An der Spitze der Partei steht Staatsgründer Kim Il Sung (**30.6.1949**).

Bulgarien

Nach dem Tod des bulgarischen Kommunistenführers und Regierungschefs Georgi Dimitrow (**2.7.1949**) übernimmt Walko Tschewtschew die Führung der Kommunistischen Partei. Ein halbes Jahr später (23.1.1950) wird Tschewtschew auch Ministerpräsident.

Vietnam (Staat Vietnam)

Vietnam (Demokratische Republik Vietnam)

Frankreich/Französisch-Indochina

Im Rahmen der Union française entsteht als Gegengewicht zu Ho Chi Minhs Demokratischer Republik Vietnam der État du Viet Nam – Staat Vietnam – unter Führung des früheren Kaisers Bao Dai (**2.7.1949**). Auch die 1946 gegründete Autonome Republik Cochinchine schliesst sich dem État du Viet Nam an. Der „Staat Vietnam“ mit der Hauptstadt Saigon soll alle Landesteile vereinen, ein Plan, der wegen des bewaffneten Widerstands des Viet Minh gegen die französische Kolonialmacht nicht aufgeht.

Laos/Frankreich

Das Königreich Laos wird unabhängig als assoziierter Staat innerhalb der Union française (**19.7.1949**).

Bhutan/Indien

Das Königreich Bhutan schliesst mit Indien einen Freundschaftsvertrag. Indien ist für die aussenpolitischen Beziehungen zuständig (**8.8.1949**).

Belgien

Belgien erhält mit Gaston Eyskens den ersten christdemokratischen Regierungschef seit Februar 1945 (**11.8.1949**). Er bildet eine Koalitionsregierung mit den Liberalen.

Humanitäres Völkerrecht/Internationales Komitee vom Roten Kreuz (IKRK)

Das humanitäre Völkerrecht wird unter dem Eindruck des Zweiten Weltkrieges erweitert (**12.8.1949**). Zum Abschluss einer diplomatischen Konferenz in Genf werden vier Konventionen verabschiedet:

- die Genfer Konvention zur Verbesserung des Loses der Verwundeten und Kranken der Streitkräfte im Felde,
- die Genfer Konvention zur Verbesserung des Loses der Verwundeten, Kranken und Schiffbrüchigen der Streitkräfte zur See,
- die Genfer Konvention über die Behandlung der Kriegsgefangenen und
- die Genfer Konvention zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten.

Die Genfer Konventionen werden 1977 und 2005 durch Zusatzprotokolle ergänzt und werden weltweit akzeptiert. Kontrollorgan ist das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK).

Bundesrepublik Deutschland (BRD)

Die Christlich Demokratische Union (CDU) und die Christlich-Soziale Union (CSU) gehen mit einem Stimmanteil von zusammen 31 Prozent als Sieger aus der ersten Bundestagswahl in der Bundesrepublik Deutschland hervor (**14.8.1949**). Die Sozialdemokratische Partei (SPD) kommt auf 29,2 Prozent. An dritter Position liegt die Freie Demokratische Partei (FDP) mit 11,9 Prozent. Auf die Unionsparteien CDU/CSU entfallen 139 der 402 Mandate, auf die Sozialdemokraten 131 und auf die Freien Demokraten 52. Die Deutsche Partei gewinnt 17 Sitze. Die Kommunisten erhalten 15 und die übrigen Parteien 48 Sitze.

Sowjetunion/Atomwaffen

Ende des Atomwaffenmonopols der USA: Die Sowjetunion führt auf dem Testgelände Semipalatinsk den ersten Atomwaffentest durch (**29.8.1949**).

Ungarn

Ungarn wird eine Volksrepublik (**29.8.1949**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der deutsche Komponist Richard Strauss stirbt im Alter von 85 Jahren (**8.9.1949**).

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten heissen die Volksinitiative „für die Rückkehr zur direkten Demokratie“ mit 50.7 Prozent Ja-Stimmen knapp gut (**11.9.1949**). Der Bundesrat erhielt bei Ausbruch des Zweiten Weltkrieges umfassende Vollmachten und regierte mit Dringlichkeitsbeschlüssen am Volk vorbei (Quelle NZZ).

Bundesrepublik Deutschland (BRD)

Theodor Heuss, Vorsitzender der Freien Demokratischen Partei (FDP), wird zum ersten Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt (**12.9.1949**).

Bundesrepublik Deutschland (BRD)

Der christlichdemokratische Politiker Konrad Adenauer wird vom Bundestag mit knappem Stimmenmehr zum ersten Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt (**15.9.1949**). Seiner Koalitionsregierung gehören Vertreter der Unionsparteien CDU/CSU – Christlich Demokratische Union und Christlich-Soziale Union –, der Freien Demokratischen Partei (FDP) und der Deutschen Partei (DP) an.

Alliierte Hohe Kommission

Bundesrepublik Deutschland (BRD)/USA/Grossbritannien/Frankreich

Die USA, Grossbritannien und Frankreich setzen die Alliierte Hohe Kommission als oberstes gemeinsames Kontrollorgan für die Bundesrepublik Deutschland ein (**21.9.1949**). Sie setzt sich aus drei Hohen Kommissaren zusammen und hat ihren Sitz auf dem Petersberg bei Bonn. Die Militärregierungen der westlichen Besatzungsmächte werden aufgelöst und durch Zivilverwaltungen ersetzt. Die Befugnisse der Militärgouverneure gehen an die Alliierte Hohe Kommission (AHK) über. Die Befugnisse der AHK sind in einem Besatzungsstatut geregelt: Das alliierte Vorbehaltsrecht schränkt die Souveränität der Bundesrepublik Deutschland ein. Ausländische diplomatische Vertretungen müssen bei der AHK akkreditiert werden.

China (Volksrepublik China)

China (Republik China/Taiwan)

Mao Zedong, Vorsitzender der Kommunistischen Partei Chinas, verkündet auf dem Tiananmen-Platz in Peking die Gründung der Volksrepublik China (**1.10.1949**). Maos Weggefährte Zhou Enlai (Tschou En-lai) wird Ministerpräsident und Aussenminister. In der Volksrepublik China beginnt ein radikaler Umbau von Staat und Gesellschaft. Im Zentrum steht eine grosse Bodenreform (Enteignung von Landbesitzern). Industrielle Grossbetriebe werden zwangsverstaatlicht.

Die Republik China existiert weiterhin. Ihr Machtbereich beschränkt sich nach der Niederlage der Kuomintang-Streitkräfte auf die Insel Taiwan.

Deutsche Demokratische Republik (DDR)/Sowjetunion

Auf dem Gebiet der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland einschliesslich des sowjetischen Sektors in Berlin wird die Deutsche Demokratische Republik (DDR) gegründet (**7.10.1949**). Erster Präsident der DDR wird Wilhelm Pieck, erster Regierungschef Otto Grotewohl. Hauptstadt der DDR ist Berlin (Ost-Berlin).

Österreich

Die konservative Österreichische Volkspartei (ÖVP) verliert bei der Parlamentswahl die absolute Mandatsmehrheit, bleibt aber mit einem Wähleranteil von 44,03 Prozent (minus 5,77 Prozentpunkte) und 77 von 165 Mandaten die stärkste politische Kraft vor den Sozialisten (SPÖ) und dem neu gegründeten Verband der Unabhängigen/VDU (**9.10.1949**). Die SPÖ erhält 38,71 Prozent der Stimmen (minus 5,89 Prozentpunkte) und 67 Mandate. Der neu gegründete Verband der Unabhängigen gewinnt 16 Mandate. Der neue Nationalrat setzt sich wie folgt zusammen: ÖVP: 77 (minus 8), SPÖ: 67 (minus 9), VDU: 16 (plus 16), Kommunisten: 5 (plus 1). Bundeskanzler Leopold Figl (ÖVP) setzt das Regierungsbündnis mit der SPÖ fort.

Griechenland

Die Führung der Kommunistischen Partei Griechenland (KKE) beschliesst nach verheerenden Niederlagen im Grammos-Gebirge den bewaffneten Kampf gegen die Regierungsarmee aufzugeben (**16.10.1949**). Damit endet die im März 1946 ausgebrochene dritte Phase des Bürgerkriegs in Griechenland. Die kommunistisch dominierte Nationale Befreiungsfront (EAM) und ihr militärischer Arm, die Demokratische Armee (DSE), hatten die anfängliche Unterstützung von Jugoslawien und Albanien verloren. Die Regierungsarmee war von den USA unterstützt worden. Der Krieg forderte Zehntausende von Toten (laut Schätzungen 50 000 bis über 150 000). Hunderttausende Menschen wurden vertrieben, Zehntausende emigrierten. Etwa 28 000 Kinder wurden auf Anweisung der kommunistischen Führung in benachbarte sozialistische Staaten evakuiert.

Die innenpolitische Lage in Griechenland ist den folgenden Jahren von häufigen Regierungswechseln gekennzeichnet.

Indien/Jammu und Kaschmir

Die indische Versassungsversammlung gewährt Jammu und Kaschmir mit Annahme des Artikels 370 weitgehende Autonomie. Ausgenommen sind die Aussen- und die Verteidigungspolitik (**17.10.1949**). Mit Inkrafttreten der indischen Verfassung am 26. Januar 1950 wird Jammu und Kaschmir ein Unionsstaat.

China (Volksrepublik China)

China (Republik China/Taiwan)

Chinesische Truppen scheitern beim Versuch, die von der Republik China (Taiwan) kontrollierte und wenige Kilometer vor dem chinesischen Festland liegende Kinmen-Inselgruppe (Quemoy) zu erobern (**27.10.1949**).

Polen/Sowjetunion

Der sowjetische Marschall Konstantin Rokossowski übernimmt die Führung des polnischen Verteidigungsministeriums (**7.11.1949**). Drei Jahre später wird er auch stellvertretender Regierungschef Polens.

Costa Rica

Costa Rica erhält eine neue Verfassung (**7.11.1949**). Die im Mai 1948 von José Figueres Ferrer nach einem Bürgerkrieg geschaffene Junta Fundadora de la Segunda República löst sich auf. Das Präsidentenamt wird Otilio Ulate Blanco übertragen (8.11.1949). Ulate Blanco vom Partido Unión Nacional (PUN) hatte die Präsidentenwahl vom 8. Februar 1948 gewonnen. Die Annullierung der Wahl durch seine Kontrahenten löste einen Bürgerkrieg aus.

Frankreich/Kambodscha

Kambodscha wird ein assoziierter Staat innerhalb der Union française. Ein entsprechendes Abkommen wird vom kambodschanischen König Norodom Sihanouk unterzeichnet (**8.11.1949**). Nach Beendigung der japanischen Besatzung hatte die Kolonialmacht Frankreich dem Protektorat innere Autonomie gewährt.

Philippinen

Die Liberal Party geht als stärkste Kraft aus den Parlamentswahlen auf den Philippinen hervor. Sie gewinnt 60 der 100 Sitze im Abgeordnetenhaus (**8.11.1949**).

Kolumbien

In einem angespannten politischen Klima finden in Kolumbien Präsidentenwahlen statt. Nach dem Rückzug des liberalen Kandidaten wird Laureano Gómez vom Partido Conservador ohne einen Konkurrenten zum neuen Staatschef gewählt (**27.11.1949**).

Neuseeland

Machtwechsel in Neuseeland. (**30.11.1949**). Die Labour Party von Premierminister Peter Fraser verliert die Parlamentswahl. Siegerin ist die National Party. Sie gewinnt 46 Sitze (plus 8) der 80 Mandate und stellt mit Sidney Holland erstmals den Regierungschef.

China (Republik China/Taiwan)

Taipeh wird zur provisorischen Hauptstadt der Republik China (Taiwan) erklärt (**7.12.1949**).

Australien

Die Liberal-Country-Coalition geht als Siegerin aus der Parlamentswahl in Australien hervor. Sie gewinnt 74 der 121 Sitze im Repräsentantenhaus. Die bisher regierende Labor Party erhält 47 Mandate (**10.12.1949**).

Friedensnobelpreis/Grossbritannien/FAO

Der britische Biologe und Politiker John Boyd Orr, Vorsitzender des National Peace Council und erster Generaldirektor der UNO-Sonderorganisation für Ernährung- und Landwirtschaft FAO, wird mit dem Friedensnobelpreis geehrt (**10.12.1949**).

Neuseeland

Sidney Holland wird neuer neuseeländischer Premierminister. Mit ihm stellt erstmals die National Party den Regierungschef (**13.12.1949**).

Australien

Wechsel an der Spitze der australischen Regierung (19.12.1949): Die Labor Party wird von der Macht verdrängt. Der ehemalige Premierminister Robert Menzies von der Liberal Party wird Regierungschef. Er war schon in den Jahren 1939 bis 1941 Premierminister.

Indonesien/Niederlande/Niederländisch-Indien

Niederländisch-Indonesische Union/Niederländisch-Neuguinea

Nach fast 350 Jahren Kolonialherrschaft entlassen die Niederlande Indonesien in die Unabhängigkeit und übertragen die Souveränität an die Vereinigten Staaten von Indonesien (**27.12.1949**). Die Vereinigten Staaten von Indonesien bestehen aus dem Territorium der Republik Indonesien (Sumatra und Teile von Java) sowie 16 Teilstaaten. Die

Führung der Vereinigten Staaten von Indonesien liegt in den Händen von Staatschef Sukarno und Ministerpräsident Mohammed Hatta. Zur Förderung der gemeinsamen Beziehungen wird gleichzeitig eine Niederländisch-Indonesische Union gebildet, die allerdings von kurzer Lebensdauer ist und 1956 zerbricht..
Niederländisch-Neuguinea, der westliche Teil der Insel Neuguinea, – bleibt unter niederländischer Verwaltung.

1950

Italienisch-Somalia

Das vorübergehend unter britischer Militärverwaltung stehende frühere Italienisch-Somalia wird italienisches UNO-Treuhandgebiet (**1.1.1950**).

UNO

Sowjetunion/China (Republik China/Taiwan)

Der UNO-Sicherheitsrat lehnt den sowjetischen Antrag auf Ausschluss der Republik China (Taiwan) ab (**13.1.1950**). Moskau reagiert mit dem Boykott des UNO-Sicherheitsrates. Der sowjetische Boykott endet Anfang August.

China (Volksrepublik China)/Schweiz

Als einer der ersten westlichen Staaten anerkennt die Schweiz die Volksrepublik China (**17.1.1950**). Acht Monate danach werden diplomatische Beziehungen aufgenommen.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der britische Schriftsteller George Orwell stirbt im Alter von 46 Jahren (**21.1.1950**).

Zypern/Grossbritannien/Griechenland

In einer von der orthodoxen Kirche organisierten Volksbefragung sprechen sich 95 Prozent für den Anschluss der britischen Kronkolonie Zypern an Griechenland (Enosis) aus (**25.1.1950**).

Indien/Grossbritannien/Commonwealth

Indien wird mit dem Inkrafttreten der ersten Verfassung seit Erlangung der Unabhängigkeit eine Republik, bleibt aber Mitglied des britischen Commonwealth (**26.1.1950**). Erster Staatspräsident wird Rajendra Prasad, bisher Vorsitzender der Verfassungsversammlung. Der Präsident hat vorwiegend repräsentative Aufgaben. Machthaber ist seit der Unabhängigkeit Premierminister Jawaharlal Nehru.

USA

Der republikanische Senator Joseph McCarthy lanciert eine Kampagne gegen eine angebliche kommunistische Unterwanderung in den USA (**9.2.1950**). Er leitet ab 1953 den Senatsausschuss „Committee on Government Operations“ und den Unterausschuss „Permanent Subcommittee on Investigations“. McCarthy führt über 500 Verhöre. Ein ganzer Zeitabschnitt ist nach ihm benannt. Die McCarthy-Ära dauert bis 1954.

„Unamerikanische Umtriebe“ untersucht das House Un-American Activities Committee (HUAC). Das 1938 gegen nazistische Umtriebe gegründete HUAC wurde am 3. Januar 1945 als ständiger Ausschuss des Repräsentantenhauses etabliert. Ins Visier gerieten, getrieben von einer antikommunistischen Stimmung, sowohl Politiker als auch Künstler und Intellektuelle und die angeblich kommunistische Propaganda aus Hollywood. 1947 wurde auch Bertold Brecht vorgeladen. 1969 wurde das HUAC in Committee on Internal Security umbenannt. Dieser Ausschuss existierte bis 1975.

China (Volksrepublik China)/Sowjetunion

Annäherung der kommunistischen Grossmächte: Die Volksrepublik China und die Sowjetunion schliessen einen Freundschafts-, Bündnis und Beistandsvertrag (**14.2.1950**).

Grossbritannien

Mit einer hauchdünnen Mehrheit bleibt die britische Labour Party an der Macht. Bei der Unterhauswahl verliert die Labour Party 78 Sitze und kommt neu 315 der 625 Sitze. Die Conservative Party gewinnt 85 Mandate hinzu und ist neu mit 282 Abgeordneten vertreten. Auf die mit den Tories verbündete National Liberal Party entfallen 16 und auf die übrigen Parteien 12 Sitze (**23.2.1950**).

China (Republik China/Taiwan)

Der nach Taiwan geflüchtete General Chiang Kai-shek übernimmt nach einem rund einjährigen Unterbruch wieder das Präsidentenamt der Republik China, die nur noch aus Taiwan besteht (**1.3.1950**). Chiang Kai-shek, Vorsitzender der Kuomintang, verspricht die Rückeroberung des chinesischen Festlandes.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der deutsche Schriftsteller Heinrich Mann stirbt im Alter von 78 Jahren (**11.3.1950**).

Belgien

Referendum zur „Königsfrage“ in Belgien (**12.3.1950**): Mit 57,68 Prozent Ja-Stimmen heisst die belgische Bevölkerung die Rückkehr von König Leopold III. gut. Die Mehrheit der Flamen ist dafür, die der Wallonen jedoch dagegen. Nach der Befreiung Belgiens wurde Leopold III. vom Parlament für regierungsunfähig erklärt und sein Bruder, Prinz Charles, zum Regenten bestimmt. Das Verhalten von Leopold III. während des Zweiten Weltkrieges und der deutschen Besatzung führt zu heftigen politischen Auseinandersetzungen.

Finnland

Der finnische Parlamentsvorsitzende Urho Kekkonen wird neuer finnischer Ministerpräsident (**17.3.1950**). Er bildet eine Koalition aus seinem bäuerlich-liberalen Landbund (ML), der konservativen Nationalen Sammlungspartei und der Schwedischen Volkspartei

El Salvador

Óscar Osorio geht mit einem Stimmenanteil von 56,45 Prozent als Sieger aus der Präsidentenwahl in El Salvador hervor (**29.3.1950**). Major Osorio, noch im selben Jahr zum Oberstleutnant befördert, war bisher Mitglied des seit 1948 regierenden Consejo de Gobierno Revolucionario. Sein Partido Revolucionario de Unificación Democrática (PRUD) gewinnt im Parlament 38 der 52 Sitze. Im Herbst 1950 erhält El Salvador eine neue Verfassung. Bis 1979 sind alle Staatspräsidenten hochrangige Offiziere.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der deutsch-US-amerikanische Komponist Kurt Weill stirbt im Alter von 50 Jahren (**3.4.1950**).

Indien/Pakistan

Der indische Premierminister Jawaharlal Nehru und der pakistanische Regierungschef Liaquat Ali Khan unterzeichnen ein Abkommen (Liaquat-Nehru-Pakt) über den Schutz der Minderheiten in beiden Ländern – Hindu-Minderheit in Pakistan und Muslim-Minderheit in Indien (**8.4.1950**).

Nahost-Konflikt

Jordanien/Westjordanland/Ostjerusalem

Jordanien annektiert das im ersten israelisch-arabischen Krieg besetzte Westjordanland sowie Ostjerusalem (**24.4.1950**).

Indonesien/Südmolukken/Niederlande/Molukker

Die Südmolukken wollen sich von Indonesien trennen. Sezessionisten rufen auf der Insel Ambon die Republik der Südmolukken (Republik Maluku Selatan/RMS) aus (**25.4.1950**). Die indonesische Armee schlägt den Aufstand nieder. Tausende ehemalige molukkische Soldaten der niederländischen Kolonialarmee emigrieren mit ihren Familien in die Niederlande. Die Hoffnung der Molukker auf eine Rückkehr in ihre Heimat zerschlägt sich. Ihre Integration in den Niederlanden erweist sich als schwierig.

Schuman-Plan

Frankreich

Der französische Außenminister (und ehemalige Premierminister) Robert Schuman verkündet in Paris den vom Unternehmer Jean Monnet entwickelten Plan zur Gründung einer deutsch-französischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (**9.5.1950**).

Haiti

Haitis Staatspräsident Dumarsais Estimé wird nach fast vierjähriger Amtszeit zum Rücktritt gezwungen (**10.5.1950**). Eine Armeejunta übernimmt bis zu den Wahlen im Oktober die Macht.

Türkei

Bei der ersten freien Parlamentswahl in der Türkei muss die bisher herrschende Cumhuriyet Halk Partisi/CHP (Republikanische Volkspartei) ihre Vormachtstellung abtreten. Die 1946 gegründete Demokratische Partei (DP) gewinnt 408 der 487 Mandate (**14.5.1950**). Die Republikanische Volkspartei verliert 326 Mandate und muss sich mit 69 Sitzen begnügen. Neuer Regierungschef wird der Vorsitzende der Demokratischen Partei, Adnan Menderes.

Nicaragua

In Nicaragua übernimmt Machthaber Anastasio Somoza García nach dem Tod von Staatschef Víctor Román y Reyes (Roman y Reyes) das Präsidentenamt (**21.5.1950**). Somoza war bereits von 1937 bis 1947 Staatsoberhaupt.

Türkei

Der türkische Staatspräsident İsmet İnönü (*Inönü*) tritt nach der Wahlniederlage seiner Republikanischen Volkspartei zurück. Sein Nachfolger wird Celâl Bayar von der Demokratischen Partei (**22.5.1950**).

Jugoslawien

Das jugoslawische Parlament beschließt die Einführung der Arbeiterselbstverwaltung (**1.6.1950**). Die staatlich gelenkte Wirtschaft wird dezentralisiert. Hauptinitiator der Arbeiterselbstverwaltung ist der Chefideologe Edvard Kardelj.

Belgien

Bei der Parlamentswahl in Belgien gewinnen die Christdemokraten – Christelijke Volkspartij (CVP) bzw. Parti Social Chrétien (PSC) – die absolute Mehrheit (**4.6.1950**). Sie erobern 108 der 212 Mandate der Abgeordnetenversammlung. Es folgen die Sozialisten – Belgische Socialistische Partij (BSP) bzw. Parti Socialiste Belge (PSB) – mit 73 Mandaten. An dritter Stelle liegen die Liberalen (Liberale Partij/Parti Libérale) mit 20 Abgeordneten. Der Christdemokrat Jean Duvieusart wird neuer Premierminister. Nach zwei Monaten (16.8.1950) folgt ihm Joseph Pholien und ab 15. Januar 1952 übernimmt Jean Van Houtte die Leitung der Regierung.

Koreakrieg

Korea (Nordkorea)/Korea (Südkorea)

USA/UNO

Nordkoreanische Truppen marschieren in Südkorea ein (**25.6.1950**), erobern die Hauptstadt Seoul (28.6.1950) und bringen innert weniger Wochen fast die gesamte koreanische Halbinsel unter ihre Kontrolle.

Der UNO-Sicherheitsrat – seit einigen Monaten von der Vetomacht Sowjetunion boykottiert – verurteilt den Angriff Nordkoreas (25.6.1950) und beschliesst mit weiteren Resolutionen ein militärisches Eingreifen auf Seiten Südkoreas (27.6.1950). Es handelt sich um den ersten Einsatz von UNO-Truppen. Die USA stellen das weitaus grösste Kontingent sowie den Oberbefehlshaber, General Douglas MacArthur.

Peru

In Peru wird der Machthaber, General Manuel Ordúa (*Ordria*), ohne Gegenkandidat zum Staatsoberhaupt gewählt (**2.7.1950**).

Südafrika

In Südafrika verordnet die Regierung im Rahmen ihrer Apartheidpolitik die Zuordnung aller Bewohner in Personengruppen: Weisse, Farbige (coloured) und Schwarze (natives). Die Verordnung trägt die Bezeichnung Population Registration Act (**7.7.1950**). Danach folgt der Group Areas Act: den ethnischen Gruppen werden eigene Wohngebiete zugewiesen.

Belgien

Das belgische Parlament hebt die nach Kriegsende erlassene Regierungsunfähigkeit von König Leopold III. und die Regentschaft von Prinz Charles auf (**20.7.1950**). Die Rückkehr von Leopold III. aus dem Exil (22.7.1950) wird von Unruhen und Streiks begleitet.

Deutsche Demokratische Republik (DDR)

Walter Ulbricht wird in das neu geschaffene Amt des Generalsekretärs der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) gewählt (**25.7.1950**).

Belgien

Der belgische König Leopold III. kündigt unter massivem Druck von Streiks und Demonstrationen an, er werde 1951 bei Volljährigkeit seines Sohnes Baudouin abdanken (**31.7.1950**). Baudouin wird zunächst „Prince royal“ (11.8.1950). Am Vortag der Abdankungsankündigung waren in Grâce-Berleur bei Lüttich vier Menschen bei Protesten gegen den Monarchen erschossen worden. Die Regierung verfügte den Einsatz der Armee.

Bulgarien

Auswanderungswelle türkischsprachiger Bulgaren: Zwischen **August 1950** und September 1951 verlassen rund 160 000 Menschen das Land in Richtung Türkei, unter ihnen auch Pomaken (muslimische Minderheit) und Roma.

Laos

Kampf gegen die französische Kolonialherrschaft in Laos: An einem Widerstandskongress gründen Prokommunisten eine provisorische Regierung unter Führung von Prinz Souphanouvong, bekannt als „Roter Prinz“ (**13.8.1950**). Er gehört auch zur Führung der Front für ein freies Laos (Neo Lao Issara). Pathet Lao (Land der Lao) wird zum Synonym für den prokommunistischen Widerstand.

Indonesien

Die föderalistischen Vereinigten Staaten von Indonesien werden aufgelöst; Indonesien wird ein Einheitsstaat (**17.8.1950**).

Schweiz

Der Walliser Josef Escher, Vorsitzender der Konservativen Volkspartei (KVP), wird von der Vereinigten Bundesversammlung zum neuen Bundesrat gewählt. Er ist Nachfolger von Enrico Celio (**14.9.1950**).

Koreakrieg

Korea (Nordkorea)/Korea (Südkorea)

USA

UNO

Knapp zwölf Wochen nach Beginn des nordkoreanischen Einmarsches in Südkorea starten UNO-Truppen eine Gegenoffensive in Inchon (**15.9.1950**). Die unter US-Kommando stehenden Streitkräfte erobern Seoul zurück (28.9.1950), stossen über den 38. Breitengrad hinaus auf nordkoreanisches Gebiet vor, nehmen die Hauptstadt Pjöngjang ein (20.10.1950) und drängen die nordkoreanischen Truppen bis zum Yalu-Fluss an der Grenze zur Volksrepublik zurück.

Brasilien

Comeback des früheren brasilianischen Machthabers Getúlio Vargas: Er gewinnt als Kandidat des Partido Trabalhista Brasileiro die Präsidentenwahl mit einem Stimmenanteil von 48,73 Prozent. Im Abgeordnetenhaus bleibt der Partido Social Democrático trotz Verlusten stärkste Kraft mit 112 der 304 Mandate (**3.10.1950**).

China (Volksrepublik China)/Tibet

UNO

Chinesische Truppen marschieren in den Osten Tibets ein (**7.10.1950**). Der 15jährige Dalai Lama übernimmt vorzeitig – drei Jahre früher als üblich – die Regierungsgeschäfte. Ein Hilfsappell an die UNO bleibt wirkungslos.

Haiti

Paul Magloire wird zum neuen Staatschef von Haiti gewählt. Es handelt sich um die erste Direktwahl des Staatsoberhauptes durch das Volk. Magloire ist der einzige Kandidat (**8.10.1950**).

Bundesrepublik Deutschland (BRD)

In Goslar findet der erste Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU) statt. Erster CDU-Parteivorsitzender wird Bundeskanzler Konrad Adenauer (**20.10.1950**).

Schweden

Schweden trauert um König Gustav V., der nach 43-jähriger Regentschaft im Alter von 92 Jahren stirbt (**29.10.1950**). Nachfolger wird sein Sohn Gustaf VI. Adolf.

Dänemark

Regierungswechsel in Dänemark: Erik Eriksen von der liberalen Venstre wird neuer Regierungschef (**30.10.1950**). Er löst den Sozialdemokraten Hans Hedtoft ab und bildet eine Minderheitsregierung mit der Konservativen Volkspartei.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der irische Schriftsteller George Bernard Shaw stirbt im Alter von 94 Jahren (**2.11.1950**).

Europarat

Menschenrechte/Europäische Menschenrechtskonvention

Zwölf Staaten – Belgien, Dänemark, die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Grossbritannien, Irland, Island, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen, und die Türkei – unterzeichnen in Rom im Rahmen des Europarats die Europäische Menschenrechtskonvention – Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten (**4.11.1950**).

USA

Bei den Kongresswahlen in den USA (Midtermwahlen) verteidigen die Demokraten ihre Mehrheit in beiden Kammern; im Senat allerdings nur knapp. Im Senat haben die Demokraten 49 Sitze (minus 5) und die Republikaner 47 (plus 5). Im Repräsentantenhaus sind die Demokraten mit 235 (minus 28) und die Republikaner mit 199 Abgeordneten (plus 28) vertreten. Ein Mandat erobern die Unabhängigen (**7.11.1950**).

Guatemala

In Guatemala wird der bisherige Verteidigungsminister Jacobo Árbenz (*Arbenz*) mit einem Stimmenanteil von 65,44 Prozent zum neuen Staatspräsidenten gewählt (**12.11.1950**). Árbenz – er hat Schweizer Wurzeln – setzt den Reformkurs seines Vorgängers Juan José Arévalo (*Arevalo*) fort. Arévalo hatte 1944 die erste demokratische Präsidentenwahl gewonnen und engagierte sich für soziale und politische Reformen.

Venezuela

Der Anführer der Militärjunta in Venezuela, Carlos Delgado Chalbaud, wird entführt und ermordet (**13.11.1950**). Sein Nachfolger wird Germán Suárez Flamerich. Aus der Militärjunta wird eine Regierungsjunta. Eine führende Rolle spielt der Verteidigungsminister, Oberstleutnant Marcos Pérez Jiménez (*Perez Jimenez*).

USA

Katastrophen/Eisenbahnkatastrophen

In New York, beim Bahnhof Kew Gardens Station, stossen zwei Züge zusammen. 79 Passagiere werden getötet und über 350 verletzt (**22.11.1950**).

Koreakrieg

Korea (Nordkorea)/Korea (Südkorea)

China (Volksrepublik China)

USA/UNO

Die Volksrepublik China greift mit „Freiwilligenverbänden“ (mindestens 200 000 Mann) in den Koreakrieg ein (**26.11.1950**). Mit massiver chinesischer Unterstützung werden die unter US-Kommando stehenden UNO-Truppen zum Rückzug aus Nordkorea gezwungen. Pyongyang wird zurückerobert (5.12.1950) und einen Monat später wird Seoul vorübergehend wieder von nordkoreanischen Truppen besetzt.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der rumänische Pianist Dinu Lipatti stirbt im Alter von 33 Jahren (**2.12.1950**).

Indien/Sikkim

Das Himalaya-Königreich Sikkim wird indisches Protektorat (**5.12.1950**).

Friedensnobelpreis/USA/UNO/Nahost-Konflikt

Der US-amerikanische Bürgerrechtler und Diplomat Ralph Bunche wird für seine Tätigkeit als UNO-Vermittler im Nahost-Konflikt mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet (**10.12.1950**).

Literaturnobelpreis/Grossbritannien/USA

Der britische Philosoph Arthur William Russell wird mit dem Literaturnobelpreis ausgezeichnet. Nachträglich für das Jahr 1949 erhält der US-amerikanische Schriftsteller William Faulkner den Literaturnobelpreis (**10.12.1950**).

UNO/UNO-Flüchtlingshochkommissariat/UNHCR

Die UNO gründet ein Hochkommissariat für Flüchtlinge - UNHCR (**14.12.1950**). Erster UNO-Flüchtlingshochkommissar wird der Niederländer Gerrit Jan van Heuven Goedhart.

Österreich

Der österreichische Politiker Karl Renner, Staatskanzler nach dem Ersten Weltkrieg und erster österreichischer Bundespräsident der Zweiten Republik, stirbt im Alter von 80 Jahren (**31.12.1950**).

1951

Papua-Neuguinea

Katastrophen/Vulkanausbruch

Auf Papua-Neuguinea bricht der Vulkan Lamington aus. Im Aschenregen kommen rund 3000 Menschen ums Leben. Mehrere Dörfer werden zerstört (**15.1.1951**).

Schweiz

Katastrophen/Lawinen

Lawinenwinter in den Schweizer Alpen: Bei mehreren Lawinenniedergängen zwischen dem **20. Januar und 12. Februar 1951** kommen 91 Menschen ums Leben. Betroffen sind vor allem Vals (Graubünden) mit 19, Andermatt (Uri) mit 9 und Airolo (Tessin) mit 10 Toten.

USA

Katastrophen/Eisenbahnkatastrophen

In Woodbridge, im US-Staat New Jersey, kommen bei einer Zugentgleisung 85 Menschen ums Leben und über 500 werden verletzt (**6.2.1951**).

Nepal/Indien

Mit indischer Unterstützung beendet der nepalesische König Tribhuvan die seit 1846 dauernde Herrschaft der Rana-Dynastie (**18.2.1951**). In dieser Epoche hatte der König nur repräsentative Aufgaben. Die Macht lag in den Händen der Rana-Dynastie. König Tribhuvan ging im November 1959 vorübergehend ins Exil nach Indien.

Bundesrepublik Deutschland (BRD)

Die Alliierte Hohe Kommission in Deutschland revidiert das Besatzungsstatut (**6.3.1951**). Der Bundesrepublik Deutschland werden erweiterte finanz- und wirtschaftspolitischen Rechte und eine grössere aussenpolitische Handlungsfreiheit eingeräumt. Kurz darauf wird das Auswärtige Amt gegründet (15.3.1951). Bundeskanzler Konrad Adenauer übernimmt das Amt des Aussenministers (bis 1955).

Iran/Grossbritannien

Abadan-Krise

Das iranische Parlament beschliesst die Verstaatlichung der Erdölindustrie und damit die Enteignung der Anglo-Iranian Oil Company/AIOC (**15.3.1951**). Die Ausführungsbestimmungen werden unter der Leitung von Premierminister Mohammed Mossadegh in Kraft gesetzt. Die Ölanlagen übernimmt die National Iranian Oil Company (NIOC). Vermittlungsbemühungen scheitern. Grossbritannien widersetzt sich mit Wirtschaftssanktionen sowie einer Seeblockade (Abadan-Krise). Der Ölverkauf kommt zum Erliegen, da Grossbritannien den Absatz von iranischem Erdöl verhindert. Eine schwere Wirtschaftskrise ist die Folge. Radikale Kräfte wie die kommunistische Tudeh-Partei bekommen immer mehr Zulauf.

Schweiz/Bundesrepublik Deutschland (BRD)

Die Schweiz nimmt diplomatische Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland auf (**16.3.1951**).

Koreakrieg

Korea (Nordkorea)/Korea (Südkorea)

USA/UNO/China (Volksrepublik China)

US-Präsident Harry S. Truman entlässt General MacArthur, den Oberkommandierenden der UNO-Streitkräfte im Koreakrieg, und ersetzt ihn durch General Matthew Ridgway (**11.4.1951**). General MacArthur hatte sich für eine Ausweitung des Koreakrieges auf China ausgesprochen. Nach wechselhaftem Kriegsverlauf stabilisiert sich die Front entlang des 38. Breitengrades.

EGKS (Montanunion)

Frankreich, die Bundesrepublik Deutschland, Italien sowie Belgien, die Niederlande und Luxemburg unterzeichnen in Paris den Vertrag über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl – EGKS (**18.4.1951**). Im Vordergrund steht die Sicherung des Friedens durch Kontrolle der Kohle- und Stahlindustrie sowie die Sicherstellung dieser für den Wiederaufbau wichtigen Industriezweige.

Portugal

Der portugiesische Staatspräsident António Óscar Carmona stirbt im Alter von 81 Jahren (**18.4.1951**). General Carmona war 1926 am militärischen Staatsstreich gegen die republikanische Regierung beteiligt und wurde am 25. März 1928 – als einziger Kandidat – zum Staatsschef gewählt. Machthaber war seit 1932 Ministerpräsident António de Oliveira Salazar. Neuer Staatspräsident wird General Francisco Craveiro Lopes (21.7.1951).

USA/Dänemark/Grönland

Die USA und Dänemark schliessen ein Verteidigungsabkommen, das die Militärpräsenz der USA auf Grönland regelt und die Souveränität Dänemarks über Grönland anerkennt (**27.4.1951**). Während des Zweiten Weltkrieges hatten die USA auf Grönland Stützpunkte errichtet.

Island/USA

Island und die USA schliessen einen Verteidigungspakt (**5.5.1951**). Die USA verpflichten sich zur Verteidigung Islands und unterhalten bis 2006 einen Marine- und Luftwaffenstützpunkt in Keflavik.

Bolivien

In Bolivien geht Víctor Paz Estenssoro vom Movimiento Nacionalista Revolucionario (MNR) mit einem Stimmenanteil von 42,92 Prozent als Sieger aus der Präsidentenwahl hervor (**6.5.1951**). Die Regierung weigert sich jedoch, das Wahlergebnis zu akzeptieren.

China (Volksrepublik China)/Tibet

Eine tibetische Regierungsdelegation unterzeichnet in Peking unter massivem Druck ein 17-Punkte-Abkommen, in dem der Status Tibets als Teil Chinas mit politischer Autonomie und kultureller sowie religiöser Freiheit vereinbart wird (**23.5.1951**). Die chinesische Armee verstärkt ihre Militärpräsenz in Tibet. Ende Oktober marschiert sie in der Hauptstadt Lhasa ein.

Österreich

Der Sozialist Theodor Körner wird zum neuen österreichischen Bundespräsidenten gewählt (**27.5.1951**). Theodor Körner ist der erste direkt vom Volk gewählte Bundespräsident Österreichs.

Frankreich

Frankreich wählt ein neues Parlament (**17.6.1951**): Der Rassemblement du peuple français (RPF) wird mit 121 Sitzen und einem Stimmenanteil von 21,7 Prozent stärkste Partei in der Nationalversammlung, erzielt aber nicht den von Parteigründer Charles de Gaulle erhofften Durchbruch, um an die Macht zu gelangen. Die Sozialisten (SFIO) gewinnen 107 Sitze (Stimmenanteil 14,5 Prozent) und die Kommunisten 103 Sitze (trotz des höchsten Stimmanteils von 25,9 Prozent). Die christlichdemokratische Partei Mouvement républicain populaire (MRP) muss hohe Verluste in Kauf nehmen und hat noch 95 Sitze.

Thailand

In Thailand fordert ein Putschversuch von Marineangehörigen (Manhattan-Putsch) Hunderte von Toten (**29.6.1951**). Der Ministerpräsident – Feldmarschall Plaek Phibunsongkhram (Phibun) – wird vorübergehend als Geisel genommen.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der deutsche Chirurg Ferdinand Sauerbruch stirbt im Alter von 74 Jahren (**2.7.1951**).

Finnland

Bei der Parlamentswahl in Finnland werden die Sozialdemokraten mit 53 der 200 Mandate stärkste Kraft vor dem bäuerlich-liberalen Landbund mit 51 und dem linken Parteienbündnis Demokratische Union des Finnischen Volkes (SKDL) mit 43 Sitzen (**2. und 3.7.1951**).

Korea (Nordkorea)/Korea (Südkorea)

Rund ein Jahr nach Ausbruch des Koreakrieges beginnen in der Stadt Kaesong Waffenstillstandsgespräche (**10.7.1951**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der österreichische Komponist Arnold Schönberg stirbt im Alter von 76 Jahren (**13.7.1951**).

Belgien

Der belgische König Leopold III. dankt formell zugunsten seines Sohns Baudouin ab (**16.7.1951**).

Jordanien

Der jordanische König Abdullah I. wird beim Betreten der Al-Aksa-Moschee in Jerusalem erschossen (**20.7.1951**). Sein Enkel Hussein entgeht knapp dem Anschlag. Er wird 1952 König von Jordanien.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der US-amerikanische Verleger und Medien-Tycoon William Randolph Hearst stirbt im Alter von 88 Jahren (**14.8.1951**).

Ungarn

Katastrophen/Eisenbahnkatastrophen

Eine Zugkollision bei der ungarischen Stadt Székesfehérvár fordert über 150 Tote (**18.8.1951**).

Japan/USA

Okinaawa

Japan schliesst mit 48 Staaten ein Friedensabkommen (**8.9.1951**). Die Sowjetunion und die Volksrepublik China stehen jedoch abseits. Im Friedensvertrag von San Francisco erhält Japan die volle Souveränität zurück. Japan gibt

seine Ansprüche auf Korea, Taiwan, die Kurilen, und Sachalin auf. Ausserdem unterzeichnen Japan und die USA einen Sicherheitsvertrag.

Mit dem Inkrafttreten des Friedensabkommens (28.4.1952) endet die siebenjährige Besatzung Japans durch US-Truppen. Die Ryukyu-Inselgruppe (zu ihnen gehören auch die Okinawa-Inseln) bleibt jedoch bis 1972 unter US-Militärverwaltung.

Organización de Estados Centroamericanos (Odeca)

Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras und Nicaragua gründen die Organisation Mittelamerikanischer Staaten: Organización de Estados Centroamericanos/Odeca (**14.10.1951**).

Pakistan

Der pakistanische Premierminister Liaquat Ali Khan wird bei einer Massenveranstaltung in Rawalpindi erschossen (**16.10.1951**). Er war der erste Regierungschef nach der Unabhängigkeit Pakistans.

Grossbritannien

In Grossbritannien kehrt die Conservative Party an die Macht zurück. Bei der vorgezogenen Unterhauswahl gewinnen die Tories 20 Mandate hinzu. Sie verfügen über 302 der 625 Sitze und mit Unterstützung der mit ihnen verbündeten National Liberal Party über die absolute Mehrheit. Die Labour Party verliert 20 Sitze und ist mit 295 Mandaten vertreten. Die mit den Tories verbündete National Liberal Party hat 19 Abgeordnete. Auf die übrigen Parteien entfallen 9 Mandate (**25.10.1951**).

Grossbritannien

Winston Churchill, britischer Premierminister während des Zweiten Weltkrieges, wird erneut Regierungschef (**27.10.1951**).

Schweiz

Bei den Nationalratswahlen in der Schweiz können die Katholisch-Konservativen (KVP) vier Sitze hinzugewinnen und sind damit die eigentlichen Wahlsieger. Die Freisinnigen (FDP) behaupten ihre Stellung als stärkste Fraktion und sind mit 51 Abgeordneten (minus 1) vertreten. Es folgen die Sozialdemokraten mit 49 Mandaten (plus 1), die Katholisch-Konservativen (Konservative Volkspartei/KVP) mit 48 (plus 4) und die Bauern- Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB) mit 23 Sitzen (plus 2). Der Landesring der Unabhängigen (LdU) entsendet 10 Vertreter in den Nationalrat. Auf die übrigen Parteien entfallen 15 Mandate (**28.10.1951**).

Die 44 Mandate im Ständerat verteilen sich wie folgt: Konservative Volkspartei (KVP): 18, Freisinnige (FDP): 12, Sozialdemokraten (SP): 4, Bauern- Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB): 3, Liberale Partei (LPS): 3, Demokratische Partei: 2, Sonstige: 2

Norwegen

Wechsel an der Spitze der von der Arbeiterpartei gebildeten norwegischen Regierung: Oscar Torp ersetzt den überraschend zurückgetretenen Ministerpräsidenten Einar Gerhardsen (**9.11.1951**). Gerhardsen kehrt im Januar 1955 in sein Amt zurück.

Laos

In Laos übernimmt der neutralistisch gesinnte Prinz Souvanna Phouma die Führung der Regierung (**21.11.1951**). Bis zur kommunistischen Machtübernahme 1975 hat Souvanna Phouma viermal das Amt des Premierministers inne.

Friedensnobelpreis/Frankreich

Der französische Gewerkschafter Léon Jouhaux, Mitbegründer der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), wird für sein Engagement in der gewerkschaftlichen Friedensbewegung mit dem Friedensnobelpreis geehrt (**10.12.1951**).

Literaturnobelpreis

Schweden

Der schwedische Schriftsteller Pär Lagerkvist wird mit dem Literaturnobelpreis ausgezeichnet (**10.12.1951**).

Schweiz

Die Vereinigte Bundesversammlung wählt zwei neue Bundesräte: den Berner Regierungsrat Markus Feldmann von der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB) als Nachfolger von Bundesrat Eduard von Steiger und den Zürcher Sozialdemokraten und Gewerkschafter Max Weber als Nachfolger von Bundesrat Ernst Nobs (**13.12.1951**).

Muscat und Oman

In einem Freundschaftsvertrag anerkennt Grossbritannien die Unabhängigkeit des Sultanats Muscat und Oman (**20.12.1951**). Seit 1892 war das Gebiet britisches Protektorat.

Libyen

Libyen, bestehend aus den Landesteilen Tripolitanien, Cyrenaika und Fezzan, wird ein unabhängiges Königreich unter Führung von König Idris, dem Emir der Cyrenaika (**24.12.1951**).

1952

Frankreich/Tunesien

Im französischen Protektorat Tunesien kommt es nach der Verhaftung von führenden Oppositionspolitikern (**18.1.1952**) zu Unruhen und bewaffneten Attacken. In Tunesien beginnt der bewaffnete Aufstand gegen die französische Vorherrschaft.

Uruguay

In Uruguay übernimmt auf der Grundlage einer Verfassungsänderung ein aus neun Mitgliedern bestehender Consejo Nacional de Gobierno die Führung des Landes (**25.1.1952**). Die Führung wechselt im Rotationsverfahren. Erster Vorsitzender des Gremiums wird der bisherige, 1950 gewählte Präsident Andrés Martínez Trueba (Martínez Trueba) vom liberalen Partido Colorado. 1967 wird der Consejo Nacional aufgelöst.

Mongolische Volksrepublik (Mongolei)

Der mongolische Machthaber Khorloogiin Choibalsan stirbt in Moskau im Alter von 56 Jahren an einer Krebserkrankung (**26.1.1952**). Khorloogiin Choibalsan war Innenminister, Regierungschef und Oberkommandierender der Armee. Ende der Dreissiger Jahre leitete er eine Säuberungswelle, der schätzungsweise zwischen 30 000 und 35 000 Menschen, unter ihnen Tausende buddhistische Mönche, zum Opfer fielen. Man nannte ihn auch den Stalin der Mongolei. Sein Nachfolger wird Yumjaagiin Tsedenbal, Vorsitzender der allein herrschenden Mongolischen Revolutionären Volkspartei.

Grossbritannien

Grossbritannien trauert um seinen König. George VI. stirbt im Alter von 56 Jahren (**6.2.1952**). Prinz Albert hatte im Dezember 1936 nach der Abdankung seines Bruders Edward VIII. als George VI. den Thron übernommen. Die Nachfolge des verstorbenen Königs tritt dessen Tochter Elizabeth an.

Norwegen

Olympische Spiele

In Oslo finden die VI. Olympischen Winterspiele statt (**14.2.1952**).

Cern

Elf Staaten, darunter die Schweiz, vereinbaren die Gründung des Europäischen Rates für Atomforschung – Cern (**15.2.1952**). Die Forschungsanlagen werden in Meyrin, im Kanton Genf errichtet. Es entsteht das weltgrösste Forschungszentrum für Teilchenphysik.

Nato

Türkei/Griechenland

Die Türkei und Griechenland treten der Nato bei (**18.2.1952**).

Indien

In Indien geht die Kongresspartei (Indian National Congress/INC) von Premierminister Jawaharlal Nehru als Siegerin aus den ersten Parlamentswahlen hervor (25.10.1951 bis **21.2.1952**). Sie gewinnt 364 der 489 Mandate.

Puerto Rico/USA

Die von den USA verwaltete Karibikinsel Puerto Rico erhält eine Verfassung als Estado Libre Asociado de Puerto Rico bzw. Commonwealth of Puerto Rico. Die Verfassung wird mit 81,9 Prozent Ja-Stimmen gutgeheissen (**3.3.1952**).

Bis 2017 scheitern fünf Unabhängigkeitsreferenden.

Kuba

Militärputsch in Kuba: Der frühere Staatspräsident Fulgencio Batista übernimmt die Macht (**10.3.1952**). Unter seinem von den USA unterstützten Regime herrschen Korruption, Misswirtschaft und politischer Terror, was den Nährboden für wachsende Unzufriedenheit und Widerstand bildet.

Nordischer Rat

Dänemark, Schweden, Norwegen und Island gründen den Nordischen Rat (**16.3.1952**). Finnland tritt 1955 dem Nordischen Rat bei.

Island/Grossbritannien

Island verkündet die Ausdehnung seiner nationalen Fischereizone auf vier Seemeilen (**19.3.1952**). Grossbritannien reagiert mit einem Importverbot für isländischen Fisch. Der Konflikt dauert bis 1956.

Ceylon (Sri Lanka)

Der ceylonische Premierminister Don Stephen Senanayake, der erste Regierungschef seit Erlangung der Selbstverwaltung und der Unabhängigkeit von Grossbritannien, kommt bei einem Reitunfall ums Leben (**22.3.1952**). Nachfolger wird sein Sohn Dudley Senanayake.

Bolivien

Revolución boliviana – Revolution in Bolivien (**9.4.1952**): Angeführt von der Partei Movimiento Nacionalista Revolucionario (MNR) und der Gewerkschaft der Bergleute wird das feudalistische Regime gestürzt. Bei den drei Tage dauernden Auseinandersetzungen kommen über 450 Menschen ums Leben. Die Armee ergibt sich den Aufständischen (12.4.1952). Víctor Paz Estenssoro übernimmt das Präsidentenamt. Er war im Vorjahr Sieger der Präsidentenwahl, was vom Regime aber nicht akzeptiert wurde. In Bolivien beginnt eine neue Ära. Die neuen Machthaber führen das allgemeine Wahlrecht ein, verstaatlichen die Zinnminen und leiten eine Agrar- und Bildungsreform ein.

Japan/USA

Ende der siebenjährigen Besatzung Japans durch Truppen der USA (**28.4.1952**). Die Ryukyu-Inselgruppe – zu ihnen gehören auch die Okinawa-Inseln – bleibt jedoch bis 1972 unter US-Militärverwaltung.

Spanien

In Spanien wird die 1939 eingeführte Lebensmittelrationierung aufgehoben (**16.5.1952**).

Dominikanische Republik

Ohne Gegenkandidat wird Héctor Bienvenido Trujillo, Bruder von Machthaber Rafael Trujillo, zum neuen Staatspräsidenten der Dominikanischen Republik gewählt (**16.5.1952**). Der neue Staatschef gilt als Marionette. Rafael Trujillo bleibt der autoritäre Herrscher des Landes.

Deutschland-Vertrag

Bundesrepublik Deutschland (BRD)/USA/Grossbritannien/Frankreich

In Bonn unterzeichnen die Aussenminister der USA, Grossbritanniens und Frankreichs sowie der deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer den sogenannten Deutschland-Vertrag (**26.5.1952**). Das Besatzungsstatut von 1949 und die Alliierte Hohe Kommission werden abgeschafft. Das Abkommen gibt der Bundesrepublik Deutschland weitgehende Souveränität. Allerdings haben die Westalliierten nach wie vor das Recht, über „Deutschland als Ganzes“ zu entscheiden und Truppen zu stationieren. Die Unterzeichner verpflichten sich auf die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit. Das Inkrafttreten des Deutschland-Vertrags ist gekoppelt an den Beitritt der Bundesrepublik zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG). Wegen des Scheiterns der EVG kann der Deutschland-Vertrag erst am 5. Mai 1955 in leicht veränderte Form als Bestandteil der Pariser Verträge von 1954 in Kraft treten.

Deutsche Demokratische Republik (DDR)/Bundesrepublik Deutschland (BRD)

Die DDR beschliesst die Abriegelung der rund 1400 Kilometer langen innerdeutschen Demarkationslinie (**26.5.1952**). Damit soll die Flucht von DDR-Bürgern über die „grüne Grenze“ in die Bundesrepublik Deutschland gestoppt werden. Die „Grüne Grenze“ wird zum „Eisernen Vorhang“. Berlin bleibt vorläufig ein Schlupfloch. Entlang der Demarkationslinie werden eine fünf Kilometer breite „Sperrzone“, ein 500 Meter breiter mit Stacheldraht gesicherter „Schutzstreifen“ und ein zehn Meter breiter „Kontrollstreifen“ errichtet. Zahlreiche Eisenbahnlinien und Strassen werden unterbrochen. „Unzuverlässige“ Bürger werden unter dem Deckmantel „Aktion Ungeziefer“ zwangsweise in das Hinterland umgesiedelt.

Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG)

Belgien, die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande gründen die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (**27.5.1952**). Das Inkrafttreten des Vertrags scheitert jedoch 1954 am Widerstand der französischen Nationalversammlung.

Ecuador

Zum dritten Mal nach 1934 und 1944 wird José María Velasco Ibarra Staatsoberhaupt von Ecuador. Er gewinnt die Präsidentenwahl mit einem Stimmenanteil von 43,01 Prozent. Unterstützt wird er von der konservativen Federación Nacional Velasquista (**1.6.1952**).

Rumänien

Der Vorsitzende der rumänischen Arbeiterpartei, Gheorge Gheorghiu-Dej, übernimmt auch das Amt des Regierungschefs (**2.6.1952**).

Guatemala/USA

In Guatemala stimmt das Parlament einer umfangreichen Agrarreform zu (**15.6.1952**). Nicht bewirtschaftete Ländereien der Grossgrundbesitzer werden verstaatlicht und an die indigene Landbevölkerung übergeben. Die Regierung verspricht Entschädigungszahlungen. Die Enteignungen sorgen vor allem beim US-Konzern United Fruit Company, der grosse Bananenplanten besetzt, für Unmut.

Niederlande

Bei der Parlamentswahl in den Niederlanden gewinnen die Katholischen Volkspartei (Katholieke Volkspartij/KVP) bzw. ihre Vorgängerparteien erstmals seit 1913 nicht die Stimmenmehrheit. Stärkste Kraft ist die sozialdemokratische Partei der Arbeit (Partij van de Arbeid/PvdA). Die Sozialdemokraten und die Katholische Volkspartei erhalten je 30 Mandate der 100 Sitze der Zweiten Kammer (**25.6.1952**).

Island

Zum ersten Mal wird in Island der Staatspräsident vom Volk gewählt (**29.6.1952**). Wahlsieger ist Ásgeir Ásgeirsson (*Ásgeirsson*). Er ist Nachfolger des verstorbenen ersten Präsidenten Svein Björnsson.

Mexiko

In Mexiko wird Adolfo Ruiz Cortines vom Partido Revolucionario Institucional (PRI) mit einem Stimmenanteil von 74,31 Prozent zum neuen Staatsoberhaupt gewählt (**7.7.1952**).

Überschattet wird die Wahl von der brutalen Niederschlagung einer Protestkundgebung von Anhängern des Oppositionskandidaten Miguel Henríquez Guzmán (*Henriquez Guzman*) in einem Parkgelände der Hauptstadt. Das Massaker von La Alameda fordert mindestens 200 Tote.

Finnland

Olympische Spiele

In Helsinki finden die XV. Olympischen Sommerspiele statt (**19.7.1952**).

Polen

Polen erhält eine neue Verfassung und wird eine Volksrepublik (**22.7.1952**). Das Amt des Staatspräsidenten wird abgeschafft und durch einen Staatsrat ersetzt. Erster Staatsratsvorsitzender wird Aleksandar Zawadzki. Der bisherige Staatspräsident Bolesław Bierut übernimmt die Leitung der Regierung (20.11.1952) und ist somit kommunistischer Parteichef und Ministerpräsident.

EGKS (Montanunion)

Europäischer Gerichtshof

Der Vertrag über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl: (EGKS) – auch Montanunion genannt – tritt in Kraft (**23.7.1952**). Erster Präsident der Hohen Behörde (Exekutive) wird Jean Monnet.

Als parlamentarische Kontrollinstanz der EGKS wird eine „Gemeinsame Versammlung“ eingesetzt (erste Tagung: 10.9.1952). Die 78 Abgeordneten werden von den Parlamenten der Mitgliedstaaten bestimmt.

Rechtssprechungsorgan der EGKS ist der mit dem Vertrag gegründete Europäische Gerichtshof. Der Zuständigkeitsbereich des Europäischen Gerichtshofs wird 1958 auf die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und die Europäische Atomgemeinschaft (Euratom) ausgeweitet.

Ägypten

Militärputsch in Ägypten: Die Bewegung der „freien Offiziere“ entmachtet den ägyptischen König Faruk (**23.7.1952**). General Ali Muhammed Nagib wird Oberbefehlshaber der Streitkräfte und später (9.9.1952) auch Ministerpräsident.

Argentinien

Die im Volk als „Engel der Armen“ verehrte argentinische Präsidentengattin Eva (Evita) Perón (Peron) stirbt im Alter von 33 Jahren (**26.7.1952**).

Ungarn

In Ungarn übernimmt Machthaber Mátyás Rákosi (*Rakosi*), Generalsekretär der Partei der Werktätigen (MDP), auch das Amt des Ministerpräsidenten (**14.8.1952**). Der bisherige Regierungschef István Dobi wird Vorsitzender des Präsidialrates.

Chile

In Chile wird der frühere Präsident Carlos Ibáñez de Campo (**Ibanez de Campo**) mit einem Stimmenanteil von 46,79 Prozent erneut zum Staatsoberhaupt gewählt (**4.9.1952**). Der unabhängige Senator war von 1927 bis 1931 Staatsoberhaupt.

Äthiopien/Eritrea

Eritrea wird eine autonome Provinz Äthiopiens (**11.9.1952**).

Schweden

Bei der Reichstagswahl in Schweden verteidigen die regierenden Sozialdemokraten und der verbündete Bauernbund die Mehrheit der Mandate (**21.9.1952**). Die Sozialdemokraten erhalten 110 Mandate (minus 2), der Bauernbund gewinnt 26 Sitze (minus 4). Zweistärkste Kraft ist die Volkspartei mit 58 Mandaten (plus 1). An dritter Stelle folgt die Högerpartiet (Rechtspartei) mit 31 Sitzen (plus 8).

Libanon

Camille Chamoun wird neuer libanesischer Staatspräsident (**23.9.1952**). Er tritt an die Stelle des unter massivem Druck zurückgetretenen Bechera Khoury. Gemäss dem Nationalen Pakt von 1943 ist das Staatsoberhaupt ein maronitischer Christ, der Ministerpräsident ein sunnitischer und der Parlamentsvorsitzende ein schiitischer Moslem.

Grossbritannien/Atomwaffen

Grossbritannien führt vor der Küste Australiens den ersten Atomwaffentest durch (**3.10.1952**).

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten lehnen den Bundesbeschluss über den Einbau von Luftschutzräumen in bestehenden Häusern wuchtig mit 84,5 Prozent Nein-Stimmen ab (**5.10.1952**).

Grossbritannien

Katastrophen/Eisenbahnkatastrophen

Eine Eisenbahnkatastrophe im Bahnhof von Harrow und Wealdstone (Grossbritannien) fordert 112 Tote. Drei Züge sind in den Unfall verwickelt (**8.10.1952**).

Kenia/Grossbritannien

In Kenia wächst der Widerstand gegen das britische Kolonialregime und die weissen Siedler. Über das Land wird der Ausnahmezustand verhängt (**20.10.1952**). Hochrangige Mitglieder der Kenyan African Union (KAU), unter ihnen Jomo Kenyatta, werden verhaftet. Der hauptsächlich von der Bevölkerungsgruppe der Kikuyu geführte Guerillakrieg – der sogenannte Mau-Mau-Aufstand – dauert bis 1956 und wird blutig niedergeschlagen. Zehntausende Verdächtige werden in Arbeitslagern interniert. Laut britischen Angaben wurden während des Mau-Mau-Aufstands rund 11 000 Kenianer getötet. Laut Schätzungen der kenianischen Menschenrechtskommission wurden rund 90 000 Menschen hingerichtet, gefoltert oder verstümmelt. Der Ausnahmezustand endet am 12. Januar 1960.

Bhutan

Jigme Dorji Wangchuck wird zum neuen König von Bhutan gekrönt (**27.10.1952**). Er tritt die Nachfolge seines verstorbenen Vaters Jigme Wangchuck an. Unter dem neuen König erhält Bhutan im folgenden Jahr erstmals ein beratendes Parlament.

USA/Marshallinseln/Wasserstoffbombe

Die USA testen auf einem Atoll der Marshallinseln im Pazifik die erste Wasserstoffbombe (**1.11.1952**).

USA

General Dwight D. Eisenhower, während des Zweiten Weltkrieges Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte in Europa, wird zum neuen US-Präsidenten gewählt (**4.11.1952**). Der Kandidat der Republikanischen Partei erhält 442 Elektorenstimmen und 55,1 Prozent der Wählerstimmen. Sein demokratischer Herausforderer Adlai Stevenson muss sich mit 89 Elektorenstimmen begnügen. Neuer Vizepräsident wird Richard Nixon.

Auch bei den Kongresswahlen sind die Republikaner erfolgreich. Sie erobern in beiden Kammern die Mehrheit. Im Senat haben die Republikaner 49 (plus 2) und die Demokraten 47 Sitze (minus 2). Nach den Wahlen beschliesst ein republikanischer Senator, als Unabhängiger sein Amt auszuüben. Im Repräsentantenhaus sind die Republikaner mit 221 (plus 22) und die Demokraten mit 213 Abgeordneten (minus 22) vertreten. Ein Mandat erobern die Unabhängigen

UNO

UNO-Generalsekretär Trygve Halvdan Lie tritt zurück (**10.11.1952**).

Tschechoslowakei

Rudolf Slánský (*Slansky*), ehemaliger Generalsekretär der tschechoslowakischen Kommunistischen Partei, wird in einem Schauprozess wegen Hochverrats zum Tod verurteilt und kurz danach hingerichtet (**27.11.1952**). Auch elf weitere hohe Funktionäre werden zum Tod verurteilt und hingerichtet.

Venezuela

In Venezuela wird eine Verfassungsgebende Versammlung gewählt (**30.11.1952**). Die Regierungsjunta weigert sich, den Sieg der Mitte-links orientierten Unión Republicana Democrática anzuerkennen und erklärt den rechtsradikalen Frente Electoral Independiente zum Wahlgewinner (60 der 106 Mandate). Die Armee übernimmt die Macht. Oberstleutnant Pérez Jiménez (*Perez Jimenez*) wird Übergangspräsident. Sein diktatorisches Regime dauert bis Januar 1958.

Frankreich/Tunesien

Im französischen Protektorat Tunesien verschärft sich die angespannte Lage nach der Ermordung des Gewerkschaftsführers Farhad Hached durch die Terrorgruppe Main Rouge (**5.12.1952**). Die französische Truppenpräsenz wird verstärkt.

Grossbritannien

Katastrophen/Umweltkatastrophen/Great Smog

Wegen extremer Luftverschmutzung bekommen in London Zehntausende Menschen Atemprobleme. Der „Great Smog“ dauert vom **5. bis 9. Dezember 1952**. Etwa 4000 Menschen kommen ums Leben, rund 8000 sterben an den Spätfolgen.

Israel

Yitzhak Ben Zvi wird zum Nachfolger des verstorbenen ersten israelischen Staatspräsidenten Chaim Weizmann gewählt (**8.12.1952**).

Literaturnobelpreis/Frankreich

Der französische Schriftsteller François Mauriac wird mit dem Literaturnobelpreis geehrt (**10.12.1952**).

1953

China (Volksrepublik China)

In der Volksrepublik China tritt der erste Fünfjahresplan in Kraft (**1.1.1953**). Im Zentrum des nach sowjetischem Vorbild beschlossenen Fünfjahresplans liegt die Entwicklung der Schwerindustrie.

Malediven/Grossbritannien

Auf den Malediven – eine Inselgruppe im Indischen Ozean unter britischem Protektorat – wird die Republik innerhalb des Commonwealth ausgerufen und das Sultanat abgeschafft. Das Präsidentenamt übernimmt Mohamed Amin Didi (**1.1.1953**). Nach wenigen Monaten (21.8.1953) wird der Schritt durch eine Volksabstimmung rückgängig gemacht. Ab März 1954 haben die Malediven mit Muhammad Fareed Didi wieder einen Sultan als Herrscher.

Jugoslawien

Nach der Verabschiedung einer neuen Verfassung wird der jugoslawische Regierungschef Josip Broz Tito zum Staatsoberhaupt gewählt (**14.1.1953**).

USA

John Forster Dulles wird neuer US-Aussenminister (**21.1.1953**).

Österreich

Die konservative Österreichische Volkspartei (ÖVP) kann bei der Parlamentswahl nur knapp ihre Führung behaupten (**22.1.1953**). Sie gewinnt 74 der 165 Mandate und liegt damit nur einen Sitz vor der Sozialistischen Volkspartei (SPÖ). Die Sozialisten haben aber mit 42,11 Prozent (plus 3,40 Prozentpunkte) den höchsten Stimmanteil vor den Konservativen mit 41,26 (minus 2,77). Der neue Nationalrat setzt sich wie folgt zusammen: ÖVP: 74 (minus 3), SPÖ: 73 (plus 6), Verband der Unabhängigen/VDU: 14 (minus 2), Österreichische Volksopposition (Kommunisten): 4 (minus 1).

Niederlande

Katastrophen/Unwetter/Sturmflut

Eine Sturmflut sucht in der Nacht auf den **1. Februar 1953** die Niederlande heim. An über 80 Stellen brechen die Deiche. Über 1800 Menschen kommen ums Leben.

Portugal/São Tomé und Príncipe

Bei einem Aufstand von Landarbeitern in der portugiesischen Überseeprovinz São Tomé und Príncipe kommen Hunderte Menschen ums Leben. Die Ereignisse gehen als Massaker von Batepá in die Geschichte der im Golf von Guinea gelegenen Überseeprovinz ein (**3.2.** und **4.2.1953**).

Anglo-Ägyptischer Sudan/Grossbritannien/Ägypten

Grossbritannien und Ägypten unterzeichnen ein Abkommen über die Selbstverwaltung und Selbstbestimmung des Sudan (**12.2.1953**). Das anglo-ägyptische Kondominium soll innerhalb von drei Jahren unabhängig werden.

Sowjetunion

Ende der Ära Stalin. Der sowjetische Machthaber Josef Stalin stirbt im Alter von 74 Jahren (**5.3.1953**). Stalin war seit 1922 Führer der Kommunistischen Partei und ab 1941 auch Ministerpräsident. Nach Stalins Tod übernimmt eine kollektive Führung die Macht. Zu diesem Gremium gehören Georgi Malenkow (Regierungschef und vorübergehend Parteichef), Lawrenti Beria (Geheimdienstchef und Innenminister), Wjatscheslaw Molotow (Aussenminister), Nikolai Bulganin (Verteidigungsminister) und Nikita Chruschtschow (ZK-Sekretär). Beginn der Entstalinisierung: Amnestie von Häftlingen, Freilassung von Gulag-Insassen, Rehabilitierung von Opfern der Repression, Milderung des Strafsystems.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der sowjetische Komponist Sergei Prokofjew stirbt im Alter von 61 Jahren (**5.3.1953**).

Tschechoslowakei

Der tschechoslowakische Staatspräsident und Parteivorsitzende Klement Gottwald stirbt 56jährig (**14.3.1953**). Säuberungen, Terror und Schauprozesse gegen Andersdenkende prägten die Ära Gottwald nach der Machtergreifung der Kommunisten im Februar 1948. Die Führung der Partei übernimmt Antonín Novotný (*Novotny*), der 1957 auch Staatspräsident wird.

Sowjetunion

Marschall Kliment Woroschilow wird anstelle von Nikolai Schwernik neuer Vorsitzender des Obersten Sowjets der Sowjetunion und damit Staatsoberhaupt (**15.3.1953**).

Österreich

Julius Raab von der konservativen Österreichischen Volkspartei (ÖVP) wird neuer Bundeskanzler (**2.4.1953**). Wie sein Vorgänger Leopold Figl steht er an der Spitze einer Koalitionsregierung aus der Volkspartei (ÖVP) und der Sozialistischen Partei (SPÖ).

UNO

Schweden

Der schwedische Diplomat und frühere stellvertretende Aussenminister Dag Hammarskjöld wird neuer UNO-Generalsekretär (**7.4.1953**).

Venezuela

In Venezuela wird der bisherige Übergangspräsident, Oberstleutnant Pérez Jiménez (Perez Jimenez), von der Verfassungsgebenden Versammlung zum Staatschef gewählt (**17.4.1953**). Pérez Jiménez, der 1957 zum General befördert wird, regiert mit eiserner Hand. Die Opposition gerät unter massiven Druck. Gleichzeitig erlebt das Land dank steigender Erdölpreise einen wirtschaftlichen Aufschwung.

Marokko/Französisch-Marokko

Frankreich

Der marokkanische Sultan Mohammed V. wird wegen Unterstützung des Unabhängigkeitskampfes von den Behörden des französischen Protektorats nach Madagaskar ins Exil verbannt (**20.4.1953**). Im November 1955 kehrt er nach Marokko zurück-

Dänemark

Der dänische Ministerpräsident Erik Eriksen erklärt seinen Rücktritt (**23.4.1953**). Seine liberale Venstre und die mitregierende Konservative Volkspartei waren bei der Parlamentswahl (21.4.1953) von den oppositionellen Sozialdemokraten knapp überholt worden. Der frühere sozialdemokratische Regierungschef Hans Hedtoft übernimmt erneut die Führung der Regierung (30.9.1953).

Frankreich

Das von Charles de Gaulle gegründete Rassemblement du peuple français (RPF) muss bei den Gemeindewahlen in Frankreich schwere Verluste in Kauf nehmen (**3.5.1953**). Die Partei löst sich schrittweise auf und Charles de Gaulle zieht sich aus der Politik zurück.

Bulgarien

In der bulgarischen Stadt Plowdiw kommt es zu Arbeiterunruhen (**3.5.1953**). Bei der Niederschlagung der Proteste gibt es Tote und Verletzte.

Dänemark

In einem Referendum billigt die dänische Bevölkerung die in der Verfassungsrevision vorgesehene neue Thronfolgeregelung (Einführung der weiblichen Erbfolge) sowie die Abschaffung der zweiten Parlamentskammer. Gutgeheissen wird auch die Senkung des Wahlrechtsalters von 25 auf 23 Jahre (**28.5.1953**).

Alpinismus/Mount Everest

Dem Neuseeländer Edmund Hillary und seinem nepalesisch-indischen Sherpa Tenzing Norgay gelingt die Erstbesteigung des 8843 Meter hohen Mount Everest, des höchsten Berges der Welt (**29.5.1953**).

British Guiana/Grossbritannien

Die Kronkolonie British Guiana erhält erstmals einen Chefminister (**30.5.1953**). Cheddi Jagan von der linken People's Progressive Party (PPP), klare Siegerin der Parlamentswahl, lehnt sich gegen die Kolonialmacht auf. Die britische Regierung entsendet Truppen und setzt bis 1957 eine Interimsverwaltung ein. Danach wird Cheddi Chagan – bis 1964 – wieder Regierungschef.

Grossbritannien

In der Londoner Westminster Abbey findet die feierliche Krönung der britischen Monarchin, Königin Elizabeth II., statt (**2.6.1953**).

Dänemark/Grönland

Dänemark erhält eine neue Verfassung. Grönland gilt als gleichberechtigter Teil des Königreichs (**5.6.1953**).

Italien

Bei den Parlamentswahlen in Italien verlieren die Christlichdemokraten (Democrazia Cristiana/DC) ihre absolute Mehrheit (**7.6.1953**). Von den 590 Sitzen des Abgeordnetenhauses gewinnen die Christlichdemokraten bei einem Stimmenanteil von 40,1 Prozent 263 Mandate. Es folgen die Kommunisten (Partito Comunista Italiano/PCI) mit 143 und die Sozialisten (Partito socialista italiano/PSI) mit 75 Mandaten. Die Monarchisten vom Partito Nazionale Monarchico (PNM) werden viertstärkste Kraft mit 40 Sitzen.

Kolumbien

In Kolumbien übernimmt die Armee unter Führung von General Gustavo Rojas Pinilla die Macht (**13.6.1953**). Die Verfassungsgebende Versammlung wählt ihn 1954 zum Staatspräsidenten.

Deutsche Demokratische Republik (DDR)/Sowjetunion

Sowjetische Truppen schlagen eine Volkserhebung in der DDR nieder (**17.6.1953**). Ausgelöst wurde der Aufstand am Vortag durch einen Bauarbeiterstreik in Ost-Berlin, der sich gegen die Erhöhung der Arbeitsnormen richtete. Vor dem Hintergrund der schwierigen wirtschaftlichen Situation hatte die DDR-Regierung beschlossen, die Arbeitsleistung in den volkseigenen Betrieben um zehn Prozent zu erhöhen, aber den Lohn konstant zu halten. Aus dem Streit entsteht ein Flächenbrand, der die gesamte DDR erfasst. Schätzungsweise mehr als eine Million Menschen beteiligen sich an Protestaktionen, fordern Demokratie, freie Wahlen und die Wiedervereinigung Deutschlands. Der Militärkommandant des sowjetischen Sektors von Berlin verhängt in 167 von 217 Stadt- und Landkreisen der Ausnahmezustand. Etwa 50 Menschen kommen bei der Niederschlagung des Aufstandes ums Leben. Im Gedenken an den Aufstand wird der 17. Juni in der Bundesrepublik Deutschland als „Tag der deutschen Einheit“ zum gesetzlichen Feiertag erklärt (bis 1990).

Ägypten

In Ägypten wird die Republik ausgerufen (**18.6.1953**).

Sowjetunion

Der sowjetische Geheimdienstchef Lawrenti Beria, Schlüsselperson des stalinistischen Terrors, wird verhaftet (**26.6.1953**). Er wird zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Ungarn

In Ungarn tritt Mátyás Rákosi (*Rakosi*) auf Geheiß des Kremls als Ministerpräsident zurück, bleibt aber an der Spitze der kommunistischen Partei der Werktätigen. Neuer Regierungschef wird Imre Nagy (**4.7.1953**). Imre Nagy unternimmt sozialistische Reformversuche, die jedoch von Rákosi torpediert werden.

Kuba

Eine Gruppe junger kubanischer Revolutionäre unter Führung von Fidel Castro greift die Moncada-Kaserne in Santiago de Cuba an. Die Rebellen wollen eine Revolution gegen das Regime von Präsident Fulgencio Batista auslösen, doch der Angriff scheitert (**26.7.1953**). Castro wird zu 15 Jahren Gefängnis (16.10.1953) verurteilt. 1955 wird er im Rahmen einer allgemeinen Amnestie für politische Häftlinge freigelassen. Castro gründet am 12. Juni 1955 nach seiner Amnestierung das Movimiento 26 de Julio – M-26-7 (Bewegung des 26. Juli). Sein Ziel ist der bewaffnete Umsturz in Kuba.

Costa Rica

In Costa Rica finden die ersten Wahlen seit dem Bürgerkrieg von 1948 statt (**26.7.1953**). José Figueres Ferrer, der nach Ende des Bürgerkrieges mit der Junta Fundadora de la Segunda República für 18 Monate die Führung des Landes übernahm, geht mit einem Stimmenanteil von 64,71 Prozent als Sieger aus der Präsidentenwahl hervor. Im Parlament gewinnt sein sozialdemokratischer Partido Liberación Nacional (PLN) 30 der 45 Sitze. José Figueres Ferrer regiert bis 1958 und erneut von 1970 bis 1974.

Koreakrieg

Korea (Nordkorea)/Korea (Südkorea)

USA/UNO/China

Schweiz

Nach 37 Monaten endet der Koreakrieg mit einem Waffenstillstand (**27.7.1953**). Das in Panmunjom von US-General William Harrison im Namen der UNO-Truppen und vom nordkoreanischen General Nam Il im Namen Nordkoreas und der chinesischen Freiwilligenarmee unterzeichnete Abkommen bestimmt den 38. Breitengrad als Grenze zwischen Nord- und Südkorea und legt eine 4 Kilometer breite entmilitarisierte Zone zu beiden Seiten der Grenze fest. Die Konfliktparteien beschließen die Schaffung einer Militärischen Überwachungskommission und einer Neutralen Waffenstillstands-Überwachungskommission, der auch die Schweiz angehört. Die in Aussicht gestellten Gespräche über eine friedliche Regelung des Koreakonflikts scheitern. Der Koreakrieg fordert zwischen drei und vier Millionen Tote, die meisten davon Zivilisten.

Italien

In Italien tritt nach verlorener Vertrauensabstimmung im Parlament der seit Ende 1945 regierende christlichdemokratische Ministerpräsident Alcide De Gasperi (Democrazia Cristiana/DC) zurück (**28.7.1953**). Es folgen zahlreiche kurzlebige Regierungen.

Föderation Rhodesien und Njassaland (Zentralafrikanische Föderation)

Grossbritannien/Südrhodesien/Nordrhodesien

Die britische Kolonie Südrhodesien sowie die britischen Protektorate Nordrhodesien und Njassaland schliessen sich zur Föderation von Rhodesien und Njassaland – auch Zentralafrikanische Föderation genannt – zusammen (**1.8.1953**).

Kanada

Zum fünften Mal in Folge nach 1935, 1940, 1945 und 1949 geht die Liberal Party als Siegerin aus der Parlamentswahl in Kanada hervor. Die Partei von Premierminister Louis St. Laurent gewinnt 169 (minus 22) der 265 Mandate. Zweitstärkste Kraft ist die Progressive Conservative Party mit 51 Mandaten (**10.8.1953**).

Sowjetunion/Wasserstoffbombe

Über dem Testgelände von Semipalatinsk wird die erste sowjetische Wasserstoffbombe gezündet (**12.8.1953**).

Iran/USA

Der iranische Ministerpräsident Mohammed Mossadegh wird mit Unterstützung des US-Geheimdienstes CIA durch einen Putsch entmachtet (**19.8.1953**).

Die von US-Präsident Dwight D. Eisenhower und vom britischen Premierminister Winston Churchill genehmigte „Operation Ajax“ (die USA und Grossbritannien befürchten ein Umschwenken Irans ins kommunistische Lager) beginnt mit der vom Schah verfügten Entlassung von Premierminister Mossadegh und der Ernennung von General Fazlollah Zahedi zum neuen Regierungschef (15.8.1953). Da sich Mossadegh seiner Entmachtung widersetzt, begibt sich Schah Mohammed Reza Pahlevi (vorübergehend) ins Ausland (16.8.1953). Die kommunistische Tudeh-Partei fordert die Ausrufung der Republik. US-amerikanische und britische Geheimagenten mobilisieren Pro-Schah-Anhänger. Die Massenkundgebungen werden von der Armee unterstützt. Die Stimmung kippt zugunsten des Schahs. Mossadegh gibt auf; General Zahedi übernimmt sein Amt (19.8.1953). Der Schah kehrt nach Teheran zurück (22.8.1953).

Europäische Menschenrechtskonvention/Europarat

Die Europäische Menschenrechtskonvention tritt in Kraft (**3.9.1953**). Mit dem Beitritt zum Europarat wird diese Konvention geltendes Recht in den Mitgliedstaaten.

Bundesrepublik Deutschland (BRD)

Bei der zweiten Bundestagswahl in der Bundesrepublik Deutschland können die Unionsparteien CDU/CSU – Christlich Demokratische Union und Christlich-Soziale Union – ihren Stimmenanteil um 14,2 Prozentpunkte auf 45,2 Prozent erhöhen und verfehlen nur knapp die absolute Mehrheit der Mandate. Die Sozialdemokraten (SPD) kommen auf 28,8 und die Freien Demokraten auf 9,5 Prozent Stimmanteil. Die Unionsparteien gewinnen 249 der 509 Mandate, die Sozialdemokraten 102, die Freien Demokraten 53 Sitze. Der Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) gewinnt 27 Mandate und auf die übrigen Parteien entfallen 18 Sitze (**6.9.1953**).

Sowjetunion

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion ernennt Nikita Chruschtschow zu seinem Ersten Sekretär und damit zum Parteivorsitzenden (**7.9.1953**).

Polen

Kardinal Stefan Wyszyński (*Wyszynski*), Primas der katholischen Kirche Polens, wird festgenommen und unter Hausarrest gestellt (**25.9.1953**).

Spanien/USA

Spanien und die USA schliessen ein Militärabkommen, das die Einrichtung von Luftwaffenstützpunkten bei Madrid, Zaragoza und Sevilla sowie einer Flottenbasis bei Rota vorsieht. Ausserdem leisten die USA Wirtschaftshilfe (**26.9.1953**).

Korea (Südkorea)/USA

Südkorea schliesst mit den USA einen Verteidigungspakt (**1.10.1953**). Die USA stationieren Truppen in Südkorea (United States Forces Korea/USFK).

Laos/Frankreich/Französisch-Indochina

Frankreich entlässt das bisher zu Französisch-Indochina gehörende Königreich Laos in die volle Unabhängigkeit (**22.10.1953**). Weite Teile des Landes werden mit Unterstützung des Vieth Minh von der kommunistischen Befreiungsbewegung Pathet Lao kontrolliert. Der Machtkampf zwischen dem neutralistischen Prinzen Souvanna

Phouma, der kommunistischen Pathet-Lao-Bewegung von Prinz Souvannavong sowie dem prowestlichen Prinzen Boun Oum beherrscht das politische Geschehen und mündet in kriegerische Auseinandersetzungen.

Friedensnobelpreis/Frankreich

Dem aus dem Elsass stammenden Tropenarzt, Theologen und Philosophen Albert Schweitzer, Gründer des Urwaldspitals Lambarene, wird der Friedensnobelpreis rückwirkend für das Jahr 1952 zuerkannt (**30.10.1953**). Er nimmt die Auszeichnung am 4. November 1954 in Oslo entgegen.

Kambodscha/Frankreich/Französisch-Indochina

Frankreich entlässt das bisher zu Französisch-Indochina gehörende Königreich Kambodscha in die Unabhängigkeit (**9.11.1953**). König Norodom Sihanouk verfolgt eine neutralistische Politik und kann sein Land lange Zeit aus kriegerischen Verwicklungen heraushalten. Norodom Sihanouk dankt 1955 zugunsten seines Vaters Norodom Suramarit ab.

Saudiarabien

Saudiarabien trauert um seinen Staatsgründer: König Abdelaziz ibn Saud stirbt im Alter von 77 Jahren (**9.11.1953**). Neuer Monarch wird sein zweiter Sohn Saud.

Philippinen

Der philippinische Staatspräsident Elpidio Quirino wird abgewählt. Sieger der Präsidentenwahl ist Ramon Magsaysay von der Nacionalista Party (**10.11.1953**). Die Nacionalista Party gewinnt auch die Parlamentswahl. Sie erhält 59 der 102 Mandate im Abgeordnetenhaus und verdrängt die Liberal Party in die Opposition.

Friedensnobelpreis/USA

George C. Marshall, Initiant des Marshallplans, erhält den Friedensnobelpreis (**10.12.1953**).

Literaturnobelpreis/Grossbritannien

Der britische Premierminister Winston Churchill wird für „seine Meisterschaft in der historischen und biographischen Darstellung sowie für die glänzende Redekunst, mit welcher er als Verteidiger von höchsten menschlichen Werten hervortritt“ mit dem Literaturnobelpreis geehrt (**10.12.1953**).

Iran

Der im August durch einen Putsch entmachtete iranische Ministerpräsident Mohammed Mossadegh wird von einem Militärgericht wegen Hochverrats und Verfassungsbruchs zu drei Jahren Gefängnis verurteilt (**21.12.1953**).

Schweiz

Der freisinnige Zürcher Regierungsrat Hans Streuli wird von der Vereinigten Bundesversammlung in den Bundesrat gewählt. Er tritt die Nachfolge des sozialdemokratischen Bundesrats Max Weber an. Die SP verzichtete auf den Sitz in der Landesregierung (**22.12.1953**).

Frankreich

Der liberal-konservative Politiker René Coty wird zum neuen französischen Staatspräsidenten gewählt (**23.12.1953**). Der Kandidat des Centre nationale des indépendants et paysans (CNIP) erhält in der 13. Wahlrunde 54,76 Prozent der Abgeordnetenstimmen.

Luxemburg

Joseph Bech von der Christlich Sozialen Volkspartei (CSV) wird neuer luxemburgischer Ministerpräsident (**23.12.1953**). Er ist Nachfolger des verstorbenen Regierungschefs Pierre Dupong. Joseph Bech war bereits in den Jahren 1926 bis 1937 an der Spitze der Regierung.

Tschechoslowakei

Katastrophen/Eisenbahnkatastrophen

Bei einer Zugkollision im Bahnhof der tschechoslowakischen Gemeinde Šakvice kommen 103 Menschen ums Leben (**24.12.1953**).

1954

Österreich

Katastrophen/Lawinen

Bei Lawinenniedergängen im österreichischen Bundesland Vorarlberg kommen 125 Menschen ums Leben (**10. bis 12. Januar 1954**). Am schwersten betroffen ist die Gemeinde Blons im Grossen Walsertal.

Jugoslawien

Der jugoslawische Vizepräsident Milovan Djilas, ein Weggefährte von Machthaber Josip Broz Tito, wird nach der Publikation kritischer Artikel über den Zustand der Partei und den Machtmissbrauch ihrer Führer aller Partei- und Regierungsämter enthoben (**17.1.1954**). Djilas wird wegen „staatsfeindlicher Propaganda“ mehrmals zu Gefängnisstrafen verurteilt. Für Aufsehen sorgt vor allem sein Buch «Die neue Klasse».

Italien

Der christlichdemokratische Politiker Amintore Fanfani wird neuer italienischer Ministerpräsident (**18.1.1954**). Er demissioniert bereits nach 12 Tagen, kehrt aber im Juli 1958 an die Spitze der Regierung zurück.

Israel

Der israelische Ministerpräsident David Ben Gurion tritt zurück (**26.1.1954**). Sein Nachfolger wird Moshe Sharett, ebenfalls von der sozialdemokratischen Partei Mapai.

Bulgarien

Wechsel an der Spitze der Kommunistischen Partei Bulgariens: Todor Schiwkow wird neuer Parteichef anstelle von Walko Tschernenkow (**5.3.1954**).

Finnland

Nur geringe Verschiebungen bei der Parlamentswahl in Finnland: Die Sozialdemokraten bleiben stärkste Kraft mit 54 der 200 Sitze vor dem bauerlich-liberalen Landbund mit 53 und dem linken Parteienbündnis Demokratische Union des Finnischen Volkes (SKDL) mit 43 Mandaten (**7.3. und 8.3.1954**).

Polen

Józef Cyrankiewicz wird erneut polnischer Ministerpräsident (**18.3.1954**). Er hatte das Amt bereits zwischen 1947 und 1952 inne

USA

US-Präsident Dwight D. Eisenhower verkündet die sogenannte Domino-Theorie: Fällt ein Land in kommunistische Hände, dann werden die Nachbarstaaten bald folgen und umfallen wie Dominosteine (**7.4.1954**).

Belgien

Bei den Parlamentswahlen in Belgien verlieren die Christdemokraten – Christelijke Volkspartij (CVP) bzw. Parti Social Chrétien (PSC) – ihre bisherige absolute Mehrheit. Sie erhalten 95 (minus 13) der 212 Mandate der Abgeordnetenkammer. Zweitstärkste Kraft sind die Sozialisten – Belgische Socialistische Partij (BSP) bzw. Parti Socialiste Belge (PSB) – mit 82 (plus 9) Mandaten. Die Liberalen – Liberale Partij/Parti Libérale – gewinnen 24 (plus 4) Mandate (**11.4.1954**).

Belgien

Belgien erhält nach knapp fünfjährigem Unterbruch wieder einen sozialistischen Regierungschef. Neuer Premierminister wird der frühere Ministerpräsident Achille Van Acker (**23.4.1954**). Er bildet eine Koalition mit den Liberalen.

China (Volksrepublik China)/Indien

Der chinesische Ministerpräsident Zhou Enlai und der indische Premierminister Jawaharlal Nehru unterzeichnen in Peking ein Abkommen über fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz – Panchsheel (**29.4.1954**). Die Grundsätze lauten:

- Gegenseitiger Respekt für territoriale Integrität und Souveränität,
- Nichteinmischung in innere Angelegenheiten,
- gegenseitige Gewaltlosigkeit,
- Gleichheit und gegenseitiger Nutzen in den Beziehungen,
- friedliche Koexistenz.

Paraguay

Militärputsch in Paraguay (**4.5.1954**). Der Oberbefehlshaber der Armee, General Alfredo Stroessner, übernimmt die Macht.

Italien

Katastrophen/Bergbau-, Bergwerkkatastrophen

Eine Gasexplosion in der Braunkohlemine in Ribolla, in der Toskana, fordert 43 Tote (**4.5.1954**).

Erster Indochinakrieg

Vietnam

Frankreich/Französisch-Indochina

Die vietnamesische Befreiungsbewegung Viet Minh unter Führung von General Vo Nguyen Giap besiegt die französischen Kolonialtruppen in der Schlacht um die Festung Dien Bien Phu (**7.5.1954**). Mit der Niederlage von Dien Bien Phu wird der Erste Indochinakrieg beendet. Er hinterlässt schätzungsweise 300 000 Gefallene auf vietnamesischer und rund 92 000 Gefallene auf französischer Seite.

USA

Der Oberste Gerichtshof der USA erklärt die Rassentrennung an Schulen für verfassungswidrig (**17.5.1954**).

China (Volksrepublik China)

Katastrophen/Unwetter/Überschwemmungen

Überschwemmungen am Jangtse, dem längsten Fluss der Volksrepublik China, fordern über 30 000 Tote (**Juni bis September 1954**).

Frankreich

Der radikal-sozialistische Politiker Pierre Mendès France (Mendes France) wird neuer französischer Premierminister (**18.6.1954**). In seine kurze Amtszeit (7 Monate und 17 Tage) fällt die Entkolonisierung Französisch-Indochinas.

Guatemala/USA

In Guatemala wird Staatspräsident Jacobo Árbenz (*Arbenz*) mit Unterstützung des US-Geheimdienstes CIA gestürzt (**27.6.1954**). Árbenz hatte umfangreiche Landreformen mit Enteignungen in die Wege geleitet und damit den US-Konzern United Fruit Company provoziert. Mit dem Putsch gegen Árbenz endet eine zehnjährige Reformphase. Nachfolger von Árbenz wird Oberst Carlos Castillo. Er macht die Agrarreform rückgängig.

Paraguay

Der neue Machthaber in Paraguay, General Alfredo Stroessner, wird ohne Gegenkandidat zum neuen Staatschef gewählt (**11.7.1954**). Stroessners Partei, Asociación Nacional Republicana – Partido Colorado, ist sein dominierendes Machtinstrument.

Bis zu seinem Sturz – nach fast 35 Jahren – wird der autoritär herrschende Stroessner weitere sieben Mal zum Staatsoberhaupt gewählt.

Genfer Indochina-Konferenz

Vietnam (Demokratische Republik Vietnam/Nordvietnam)

Vietnam (Staat Vietnam/Südvietnam)

Frankreich/Französisch-Indochina

Laos/Kambodscha

Ende der französischen Kolonialherrschaft in Indochina (Französisch-Indochina): Auf der Genfer Indochina-Konferenz werden Waffenstillstandsabkommen für Vietnam, Laos und Kambodscha geschlossen (**20.7./21.7.1954**).

Vietnam wird provisorisch am 17. Breitengrad geteilt. Im Norden liegt die von Ho Chi Minh gegründete, von der Kommunistischen Partei gelenkte Demokratische Republik Vietnam (umgangssprachlich Nordvietnam), im Süden der 1949 im Rahmen der Union française gegründete État du Viet Nam – Staat Vietnam (umgangssprachlich Südvietnam) unter Führung des früheren Kaisers Bao Dai. Innerhalb von zwei Jahren sollen freie Wahlen zur Wiedervereinigung stattfinden, was nicht zustande kommt.

Die Konferenzteilnehmer bestätigen die Unabhängigkeit von Laos und Kambodscha

Nach der Teilung Vietnams kommt es zu einem Massensexodus von etwa einer Million Nordvietnamesen (vor allem Katholiken) in den Süden.

Iran/Grossbritannien

Der Erdölkonflikt zwischen Grossbritannien und Iran wird beigelegt und der Boykott iranischen Erdöls aufgehoben. Ein internationales Konsortium übernimmt die Förderung und Vermarktung des iranischen Erdöls (**5.8.1954**).

Brasilien

Der brasilianische Staatschef Getúlio Vargas begeht Suizid (**25.8.1954**). Am Vortag war er von der Armee zum Rücktritt aufgefordert worden. Vargas war insgesamt 18 Jahre an der Macht, von 1930 bis 1945 und erneut ab 1950. Sein Nachfolger wird der bisherige Vizepräsident João Café Filho. Aus gesundheitlichen Gründen muss João Café Filho im November 1955 sein Amt abgeben.

Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG)

Frankreich

Das französische Parlament lehnt die Ratifizierung des Vertrags über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft ab (**30.8.1954**). Damit ist das Projekt gescheitert.

China (Volksrepublik China)

China (Republik China/Taiwan)

Truppen der Volksrepublik China beginnen mit einem Monate dauernden Beschuss der von der Republik China (Taiwan) beanspruchten Kinmen-Inselgruppe/Quemoy (**3.9.1954**). Wenige Wochen zuvor (11. 8.1954) hatte der

chinesische Ministerpräsident Zhou Enlai zur „Befreiung“ Taiwans aufgerufen. Während der bis Mai 1955 dauernden Ersten Quemoy-Krise (First Taiwan Strait Crisis) geraten auch die Matsu-Inseln unter Beschuss der chinesischen Volksarmee. Die Yiyiangshen- und die Dachen-Inseln muss Taiwan aufgeben.

Seato

Australien, Frankreich, Grossbritannien, Neuseeland, Pakistan, die Philippinen, Thailand und die USA gründen die südostasiatische Verteidigungsgemeinschaft: South East Asia Treaty Organization – Seato (**8.9.1954**).

Japan

Katastrophen/Schiffskatastrophen

Die japanische Eisenbahnfähre „Toya Maru“, welche die Inseln Hokkaido und Honshu verbindet, sinkt während eines Taifuns. Dabei kommen über 1100 Menschen ums Leben (**26.9.1954**).

Honduras

Bei der Präsidentenwahl in Honduras (**10.10.1954**) erzielt Ramón Villeda Morales vom Partido Liberal mit 48 Prozent die meisten Stimmen, doch seine Wahl durch das Parlament scheitert am Widerstand der Opposition, da seine Partei keine Mehrheit in der Volksvertretung hat. Der amtierende Präsident Juan Manuel Gálvez (*Galvez*) übergibt aus gesundheitlichen Gründen sein Amt an seinen Stellvertreter Julio Lozano Díaz (*Lozano Diaz*) vom konservativen Partido Nacional de Honduras (PNH), der die Macht an sich reißt und das Parlament auflöst (5.12.1954).

Pariser Verträge/Deutschland-Vertrag

Bundesrepublik Deutschland (BRD)/USA/Frankreich/Grossbritannien

Nato/WEU

Unterzeichnung der Pariser Verträge (**23.10.1954**): Das Vertragspaket umfasst:

- den leicht veränderten Deutschland-Vertrag aus dem Jahr 1952, der wegen des Scheiterns der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft nicht in Kraft treten konnte. Im Deutschland-Vertrag heben die USA, Frankreich und Grossbritannien das Besatzungsstatut von 1949 auf und die Bundesrepublik Deutschland erhält weitgehende Souveränität. Vorbehaltsrechte der Alliierten in Bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes bleiben gültig.
- den Vertrag über den Aufenthalt fremder Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland, mit dem das Stationierungsrecht der Westmächte geregelt wird. Die Stationierung ausländischer Streitkräfte im Bundesgebiet beruht somit nicht mehr auf Besatzungsrecht.

Vereinbart wird ausserdem der Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur Nato und zur Westeuropäischen Union (WEU).

WEU/Brüsseler Pakt

Nach dem Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) gründen Belgien, die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Grossbritannien, Italien, Luxemburg und die Niederlande die Westeuropäische Union (**23.10.1954**). Die WEU geht aus dem 1948 gegründeten Brüsseler Pakt hervor.

Triest/Italien/Jugoslawien

Das Freie Territorium Triest wird aufgelöst. Die Zivilverwaltung in der Zone A (Stadtgebiet) wird an Italien und in der Zone B (Hinterland) an Jugoslawien übergeben (**26.10.1954**). Endgültig bereinigen Italien und Jugoslawien das Triest-Problem durch den Vertrag von Osimo (10.11.1975).

Algerien/Frankreich

In Algerien beginnt der Kampf gegen die französische Kolonialmacht und für die Unabhängigkeit, angeführt vom Front de Libération Nationale – FLN – und der Armée de Libération Nationale – ALN (**1.11.1954**).

Frankreich/Indien

Ende der französischen Niederlassungen in Indien: Pondichéry und andere Gebiete werden Indien übergeben (**1.11.1954**).

USA

Bei den Kongresswahlen in den USA (Midtermwahlen) erobern die Demokraten sowohl im Senat als auch im Repräsentantenhaus die Mehrheit zurück (**2.11.1954**). Im Senat haben die Demokraten 48 (plus 1) und die Republikaner 47 Sitze (minus 1). Ein Mandat hat ein Unabhängiger. Der unabhängige Senator wechselt 1955 zu den Demokraten. Danach lautet die Sitzverteilung 49:47 zugunsten der Demokraten. Im Repräsentantenhaus sind die Demokraten mit 232 (plus 19) und die Republikaner mit 203 Abgeordneten (minus 18) vertreten. Ein Mandat erobern die Unabhängigen. Im Repräsentantenhaus behaupten die Demokraten ihre Mehrheit ununterbrochen vierzig Jahre lang bis zu den Wahlen von 1994.

Friedensnobelpreis

Der Tropenarzt, Theologe und Philosoph Albert Schweitzer nimmt in Oslo den Friedensnobelpreis entgegen, der ihm 1953 zuerkannt worden war (**4.11.1954**).

Ägypten

In Ägypten übernimmt General Gamal Abdel Nasser die Macht (**14.11.1954**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)
Der deutsche Dirigent Wilhelm Furtwängler stirbt im Alter von 68 Jahren (**30.11.1954**)

USA

Politischer Abstieg des „Kommunistenjägers“ Joseph McCarthy: Mit 65 gegen 22 Stimmen erteilt der US-Senat seinem Ratsmitglied eine Rüge. Er habe sein Amt missbraucht (**2.12.1954**).

USA/China (Republik China/Taiwan)

Die USA und Taiwan schliessen ein Verteidigungsabkommen (**2.12.1954**). Die Verteidigungsverpflichtungen der USA beschränken sich auf Taiwan und die Penghu-Inseln (Pescadores). Die wenige Seemeilen vom chinesischen Festland entfernten Kinmen-Inseln (Quemoy) und die Matsu-Inseln (vgl. 3.9.1954) sind vom Schutz der USA ausgeschlossen.

Japan

Der japanische Ministerpräsident Yoshida Shigeru tritt unter Androhung eines Misstrauensvotums zurück. Sein Nachfolger wird Hatoyama Ichiro von der Demokratischen Partei (**10.12.1954**).

Literaturnobelpreis/USA

Der US-amerikanische Schriftsteller Ernest Hemingway wird mit dem Literaturnobelpreis geehrt (**10.12.1954**).

Niederlande

Suriname (Niederländisch Guyana)/Niederländische Antillen

Suriname (inoffiziell auch Niederländisch Guyana genannt) und die Niederländischen Antillen erhalten den Status eines gleichberechtigten und sich selbst verwaltenden Teils des Königreichs der Niederlande (**15.12.1954**).

Schweiz

Die Vereinigte Bundesversammlung wählt drei neue Bundesräte (**16.12.1954**): den St. Galler Nationalrat Thomas Holenstein von der Konservativen Volkspartei (KVP) als Nachfolger des kurz zuvor verstorbenen Bundesrats Josef Escher, den freisinnigen Waadtländer Staatsrat Paul Chaudet als Nachfolger von Bundesrat Rodolphe Rubattel (Chaudet leitet bis zu seinem Rücktritt im November 1966 des Militärdepartement) und den Tessiner Staatsrat Giuseppe Lepori von der Konservativen Volkspartei (KVP) als Nachfolger des freisinnigen Bundesrats Karl Kobelt. Die FDP verliert damit einen Sitz in der Landesregierung.

1955

Panama

Der Staatspräsident von Panama, José Antonio Remón (*Remon*) wird ermordet (**2.1.1955**). Remón war der erste Militär an der Spitze des Staates. Er militarisierte die Polizei (Policía Nacional) und schuf die Guardia Nacional.

USA/China (Republik China/Taiwan)

Mit der Formosa-Resolution ermächtigt der USA-Kongress Präsident Dwight D. Eisenhower, US-Streitkräfte zur Verteidigung von Taiwan einzusetzen (**28.1.1955**).

Dänemark

Der dänische Ministerpräsident Hans Hedtoft stirbt während einer Sitzung des Nordischen Rates in Stockholm (**29.1.1955**). Sein Nachfolger wird Hans Christian Hansen, ein Sozialdemokrat wie sein Vorgänger.

Sowjetunion

Der sowjetische Verteidigungsminister, Marschall Nikolai Bulganin, wird neuer Regierungschef anstelle von Georgi Malenkov (**8.2.1955**). Neuer Verteidigungsminister wird Marschall Georgi Schukow, während des Zweiten Weltkrieges Oberkommandierender an verschiedenen Frontabschnitten und Eroberer Berlins.

Schweiz/Rumänien

Exilrumänen überfallen die rumänische Gesandtschaft in Bern und fordern die Freilassung politischer Häftlinge in Rumänien. Ausserdem wollen sie das Archiv der diplomatischen Vertretung westlichen Geheimdiensten übergeben (**14.2.1955**). Die Besetzer geben nach 48stündiger Belagerung durch die Polizei auf. Der Chauffeur der Gesandtschaft, der beim Überfall angeschossen worden war, stirbt an den Folgen der Verletzungen.

Bagdad-Pakt/Cento

Irak/Türkei/Grossbritannien/Iran/Pakistan

Der Irak und die Türkei schliessen ein Beistandsbündnis, den Bagdad-Pakt (**24.2.1955**). Dem Bagdad-Pakt schliessen sich Grossbritannien, Iran und Pakistan an. 1959 wird der Bagdad-Pakt umbenannt: Central Treaty Organization (Cento).

Kambodscha

Der kambodschanische König Norodom Sihanouk dankt zugunsten seines Vaters Norodom Suramarit ab (**3.3.1955**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der britische Mediziner und Bakteriologe Alexander Fleming stirbt im Alter von 73 Jahren (**11.3.1955**).

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten heissen die Volksinitiative „zum Schutz der Mieter und Konsumenten“ mit 50,2 Prozent Ja-Stimmen gut, doch scheitert die Vorlage am Ständemehr (**13.3.1955**).

Nepal

Neuer König in Nepal: Nach dem Tod von König Tribhuvan übernimmt sein Sohn Mahendra die Nachfolge (**14.3.1955**).

Zypern/Zypern-Konflikt/Grossbritannien

In Zypern beginnt unter Führung der Widerstandsorganisation Eoka der bewaffnete Kampf von Griechisch-Zypern gegen die britische Herrschaft (**1.4.1955**). Ihr Anführer ist Georgios Grivas. Türkisch-Zyprer bilden später ebenfalls eine Widerstandsorganisation (TMT), um die Eoka und die griechisch-zyprischen Bestrebungen nach einem Anschluss Zyperns an Griechenland (Enosis) zu bekämpfen. Ihr Anführer ist Rauf Denктаş (Denktas). Die Führung der türkischen Minderheit strebt eine Teilung der Insel (Taksim) an.

Frankreich/Algerien

Wegen des Aufstands in Algerien verabschiedet das französische Parlament ein Gesetz über den Ausnahmezustand (**3.4.1955**).

Mexiko

Katastrophen/Eisenbahnkatastrophen

In der Nähe der mexikanischen Stadt Guadalajara entgleist ein Zug und stürzt in eine Schlucht. Etwa 300 Menschen sollen dabei ums Leben gekommen sein (**3.4.1955**).

Grossbritannien

Der britische Premierminister Winston Churchill (Conservative Party) tritt aus gesundheitlichen Gründen zurück (**5.4.1955**). Sein Nachfolger wird der bisherige Aussenminister Anthony Eden.

Ungarn

In Ungarn wird Ministerpräsident Imre Nagy von der Führung der Partei der ungarischen Werktätigen abgesetzt und aller Ämter enthoben (**14.4.1955**). Ihm werden „antimarxistische, rechtsgerichtete Tendenzen“ vorgeworfen. Neuer Regierungschef wird András Hegedüs, ein Vertrauter von Machthaber von Mátyás Rákosi (*Rakosi*).

Bandung-Konferenz

Indien/China (Volksrepublik China)/Indonesien/Ägypten

Die Dritte Welt betritt die politische Weltbühne. In Bandung (Indonesien) treffen sich Regierungsvertreter von 23 asiatischen und 6 afrikanischen Staaten (**18.4. bis 24.4.1955**), unter ihnen der indische Premierminister Jawaharlal Nehru, der chinesische Ministerpräsident Zhou Enlai, der indonesische Präsident Sukarno und der ägyptische Machthaber Gamal Abdel Nasser. Sie verurteilen jede Form von Kolonialismus und Rassendiskriminierung. Hervorgehoben wird die unabhängige Stellung zwischen den von den USA und der Sowjetunion dominierten Blöcken.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der Physiker Albert Einstein, Schweizer und US-Staatsbürger, weltberühmt für seine Relativitätstheorie, stirbt im Alter von 70 Jahren (**18.4.1955**).

Italien

Der christlichdemokratische Politiker Giovanni Gronchi wird zum neuen italienischen Staatsoberhaupt gewählt (**29.4.1955**).

Deutschland-Vertrag

Bundesrepublik Deutschland (BRD)/USA/Frankreich/Grossbritannien

Erste grosse Zäsur in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland: Mit dem Inkrafttreten des Deutschland-Vertrags endet das Besatzungsregime. Aus den bisherigen Besatzungsmächten werden Schutzmächte. Die Bundesrepublik Deutschland wird ein souveräner Staat (**5.5.1955**). Allerdings haben die Westalliierten nach wie vor das Recht, über „Deutschland als Ganzes“ zu entscheiden und Truppen zu stationieren.

Nato

Bundesrepublik Deutschland (BRD)

Die Bundesrepublik Deutschland tritt der Nato bei (**6.5.1955**).

Warschauer Pakt

Auch die Ostblockstaaten gründen einen militärischen Beistandspakt: In Warschau unterzeichnen Albanien, Bulgarien, die Deutsche Demokratische Republik (DDR), Polen, Rumänien, die Sowjetunion, die Tschechoslowakei und Ungarn den Vertrag über „Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand“, den sogenannten Warschauer Pakt (**14.5.1955**).

Österreich

Im Wiener Schloss Belvedere unterzeichnen die Aussenminister der USA, der Sowjetunion, Grossbritanniens, Frankreichs sowie Österreichs den Staatsvertrag über die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich (**15.5.1955**). Die vier Besatzungsmächte verpflichten sich, binnen 90 Tagen nach Inkrafttreten des Abkommens ihre Streitkräfte aus Österreich abziehen. Der österreichische Aussenminister Leopold Figl verkündet nach der Vertragsunterzeichnung: „Mit Freude rufen wir aus: Österreich ist frei.“

Grossbritannien

Bei der Unterhauswahl in Grossbritannien erobert die Conservative Party dank 22 Sitzgewinnen die absolute Mehrheit. Die Tories stellen 324 der 630 Abgeordneten. Die Labour Party erhält 277 Sitze (minus 18). Auf die mit den Tories verbündete National Liberal Party entfallen 21 und auf die übrigen Parteien 8 Sitze (**26.5.1955**).

Frankreich/Tunesien

Das bisherige französische Protektorat Tunesien erhält innere Autonomie (**3.6.1955**). Neun Monate später (2.3.56) wird Tunesien in die Unabhängigkeit entlassen.

Kambodcha

In Kambodscha finden die ersten Parlamentswahlen seit Erlangung der Unabhängigkeit statt. Die Sangkum-Partei von Prinz Norodom Sihanouk gewinnt alle 91 Sitze (**9.6.1955**). Die Ein-Partei-Dominanz bleibt bis zum Putsch 1970 bestehen.

Frankreich

Katastrophen/Automobilsport

Bei einem Unfall während des 24-Stunden-Autorennens von Le Mans (Frankreich) kommen 84 Menschen ums Leben. Es handelt sich um den folgenschwersten Unfall der Motorsportgeschichte (**11.6.1955**).

Argentinien

Kampfflugzeuge der argentinischen Luftwaffe und Marine bombardieren in Buenos Aires auf der Plaza de Mayo Teilnehmer einer Kundgebung von Anhängern von Staatspräsident Juan Domingo Perón (Peron). Dabei kommen

über 300 Menschen ums Leben (**16.6.1955**). Perón steht unter massivem Druck der Oberschicht, der Grossgrundbesitzer und der katholischen Kirche.

Italien

Der christlichdemokratische Politiker Antonio Segni wird neuer italienischer Ministerpräsident (**6.7.1955**). Er bildet eine Regierung aus Christlichdemokraten (Democrazia Cristiana/DC), Sozialdemokraten (Partito Socialista Democratico Italiano/PSDI) und Liberalen (Partito Liberale Italiano (PLI)).

Genfer Viermächtekonferenz

Erstmals treffen sich die vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges – USA, Sowjetunion, Grossbritannien und Frankreich – zu einer Gipfelkonferenz in Genf (an der Potsdamer Konferenz – ein Drei-Mächte-Treffen – war Frankreich nicht vertreten). Zu den Teilnehmern gehören US-Präsident Dwight D. Eisenhower, der sowjetische Ministerpräsident Nikolai Bulganin und der sowjetische Parteichef Nikita Chruschtschow, der französische Premierminister Edgar Faure und der britische Premierminister Anthony Eden. Die Bundesrepublik Deutschland und die DDR sind als Beobachter vertreten. Im Mittelpunkt der Gespräche steht die Zukunft Deutschlands. Eine Einigung kommt nicht zustande (**17.7. bis 23.7.1955**).

Bulgarien/Israel

Katastrophen/Flugzeugkatastrophen

Die bulgarische Luftwaffe schießt ein israelisches Passagierflugzeug ab, das auf dem Flug zwischen Wien und Tel Aviv nach einem Navigationsfehler den bulgarischen Luftraum verletzt hatte (**27.7.1955**). Dabei kommen 58 Menschen ums Leben.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der deutsche Schriftsteller Thomas Mann stirbt im Alter von 80 Jahren (**12.8.1955**).

Sudan

Wenige Wochen vor der Unabhängigkeit des Sudan meutern im Süden des Landes Soldaten des Equatorial Corps (**18.8.1955**). Die Rebellion breitet sich rasch aus und mündet in einen jahrelangen bewaffneten Widerstand des Südsudan (Any-Nya-Rebellen) gegen die Vorherrschaft des Nordens. Der erste sudanesischer Bürgerkrieg endet 1972 mit dem Abkommen von Addis Abeba. Der Südsudan erhält regionale Autonomie.

Schweiz

Die Schweiz trauert um den ehemaligen Bundesrat Rudolf Minger. Der in der Bevölkerung beliebte ehemalige Vorsitzende des Eidgenössischen Militärdepartements stirbt im Alter von 73 Jahren (**23.8.1955**). Er war der erste Bundesrat der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB).

Türkei/Griechenland

In Istanbul und anderen türkischen Städten kommt es zu Ausschreitungen gegen Angehörige nicht-muslimischer Minderheiten (**6.9. und 7.9.1955**). Betroffen sind vor allem Griechen. Während des Istanbuler Pogroms werden Tausende Wohnungen und Geschäfte verwüstet sowie Kirchen zerstört. In den folgenden Jahren verlassen die meisten Griechen die Türkei.

Nahost-Konflikt

Ägypten/Israel

Ägypten blockiert die Strasse von Tiran am Ausgang des Golfs von Akaba zum Roten Meer für die israelische Schifffahrt (**12.9.1955**). Der Suezkanal ist seit 1950 für israelische Schiffe gesperrt.

Bundesrepublik Deutschland (BRD)/Sowjetunion

Die Sowjetunion und die Bundesrepublik Deutschland vereinbaren während eines Besuchs von Bundeskanzler Konrad Adenauer in Moskau die Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Adenauer erreicht die Entlassung der letzten rund 10 000 deutschen Kriegsgefangenen in ihre Heimat (**14.9.1955**).

Argentinien

Der argentinische Staatspräsident Juan Domingo Perón (Peron) wird nach neunjähriger Amtszeit von der Armee unter Führung von Eduardo Lonardi gestürzt (Revolución libertadora) und ins Exil gezwungen (**19.9.1955**). Neuer Machthaber wird General Pedro Eugenio Aramburu. Er löst die peronistische Partei auf.

Bundesrepublik Deutschland (BRD)/Deutsche Demokratische Republik (DDR)

Hallstein-Doktrin

Die westdeutsche Regierung betrachtet die völkerrechtliche Anerkennung der DDR und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur DDR als einen „unfreundlichen Akt“. Dies erklärt Bundeskanzler Konrad Adenauer vor dem Deutschen Bundestag (**22.9.1955**). Davon ausgenommen ist die Sowjetunion. Benannt wird die Doktrin nach Staatssekretär Werner Hallstein.

Indonesien

In Indonesien finden die ersten Parlamentswahlen seit der Unabhängigkeit statt (**29.9.1955**). 28 Parteien sind im 257 Sitze umfassenden Parlament vertreten. Den höchsten Stimmenanteil erzielt die Indonesian National Party (INP).

Rund zwei Monate später wird eine Verfassungsversammlung gewählt. Es handelt sich um die letzten freien Parlamentswahlen bis 1999.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der US-amerikanische Schauspieler James Dean stirbt im Alter von 24 Jahren (**30.9.1955**).

Brasilien

Juscelino Kubitschek vom Partido Social Democrático geht mit einem Stimmenanteil von 36,68 Prozent als Sieger aus der Präsidentenwahl in Brasilien hervor (**3.10.1955**). In seine Amtszeit fällt der Bau einer neuen Hauptstadt im Landesinnern: Brasília.

Griechenland

In Griechenland wird der konservative Politiker Konstantinos Karamanlis, Gründer der Nationalradikalen Union (ERE), neuer Ministerpräsident (**6.10.1955**). Seine Partei gewinnt bei den Parlamentswahlen 1956, 1958 und 1961 die absolute Mehrheit.

Bundesrepublik Deutschland (BRD)/Frankreich/Saarland

Mit 67,7 Prozent Nein-Stimmen lehnt die Bevölkerung des Saarlandes das von Bundeskanzler Konrad Adenauer und dem französischen Premierminister Pierre Mendès France (Pierre Mendes France) ausgehandelte Saar-Statut ab und spricht sich für die Angliederung an die Bundesrepublik Deutschland aus (**23.10.1955**). Das Statut sah die Europäisierung des Saarlandes unter Beibehaltung der nach Ende des Zweiten Weltkrieges geschaffenen französisch-saarländischen Wirtschafts- und Währungsunion vor. Die Aufgaben, die bis dahin der französische Hohe Kommissar ausübte, sollten auf einen von der Westeuropäischen Union (WEU) zu ernennenden europäischen Kommissar übertragen werden.

Schweiz

Bei den Nationalratswahlen in der Schweiz gewinnen die Sozialdemokraten (SP) vier Sitze hinzu und bilden mit 53 Abgeordneten neu die stärkste Fraktion in der Grossen Kammer des Parlaments. Es folgen die Freisinnigen mit 50 Sitzen (minus 1), die Katholisch-Konservativen (Konservative Volkspartei/KVP) mit 47 (minus 1) und die Bauern-Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB) mit 22 Sitzen (minus 1). Auf die übrigen Parteien entfallen 24 Mandate (**23.10.1955**).

Die 44 Mandate im Ständerat verteilen sich wie folgt: Konservative Volkspartei (KVP): 17, Freisinnige (FDP): 12, Sozialdemokraten (SP): 5, Bauern- Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB): 3, Liberale Partei (LPS): 3, Demokratische Partei: 2, Sonstige: 2

Österreich

Nach dem Abzug der US-amerikanischen, sowjetischen, britischen und französischen Besatzungstruppen verpflichtet sich Österreich zu immerwährender Neutralität. Das österreichische Parlament beschliesst ein entsprechendes Verfassungsgesetz (**26.10.1955**).

Vietnam (Republik Vietnam/Südvietnam)

USA

Vietnamkrieg /Zweiter Indochinakrieg

Machtwechsel in Saigon: Der bisherige südvietnamesische Premierminister, der katholische Nationalist Ngo Dinh Diem, lässt sich in einem umstrittenen Referendum zum Staatspräsidenten anstelle von Bao Dai, dem früheren vietnamesischen Kaiser, wählen (23.10.1955) und ruft die Republik Vietnam (Südvietnam) aus (**26.10.1955**). Der neue Machthaber lehnt die auf der Genfer Indochina-Konferenz (1954) vorgesehenen gesamtvietnamesischen Wahlen ab.

Die USA lösen Frankreich als Schutzmacht ab. Südvietnam erhält sowohl umfangreiche finanzielle wie militärische Unterstützung durch die USA. US-Präsident Dwight Eisenhower entsendet im Rahmen der Military Assistance Adviser Group (MAAG) Militärberater nach Südvietnam. Zur Begründung des militärischen Engagements dient die 1954 von Eisenhower verkündete Domino-Theorie.

Vietnam steht vor einem neuen kriegesischen Konflikt, dem Zweiten Indochinakrieg.

Israel

David Ben Gurion kehrt nach fast zwei jährigem Unterbruch zurück an Spitze der israelischen Regierung (**3.11.1955**).

Schweden

In Schweden wird die Einführung des Rechtsverkehrs in einer Volksabstimmung klar abgelehnt. Nur 15,5 Prozent stimmen dafür (**15.11.1955**). Acht Jahre später beschliesst der Reichstag die Umstellung vom Links- auf den Rechtsverkehr. Am 3. September 1967 wird der Entscheid umgesetzt.

Japan

In Japan schliessen sich die Demokratische Partei und die Liberale Partei zusammen (**15.11.1955**). Ministerpräsident Hatoyama Ichiro ist ihr erster Vorsitzender. Die Liberaldemokratische Partei bleibt während Jahrzehnten die dominierende politische Kraft in Japan. Erst 1993 kommt es zu einem Unterbruch.

USA

Montgomery im US-Staat Alabama: Die Weigerung der schwarzen Näherin Rosa Parks, ihren Sitzplatz im Bus für einen Weissen zu räumen, hat weitreichende Folgen (**1.12.1955**). Ihre Verhaftung löst einen 13 Monate dauernden Busboykott der afro-amerikanischen Bevölkerung aus. Die Protestaktion markiert den Beginn der Bürgerrechtsbewegung gegen die Rassentrennung in den USA; Martin Luther King wird ihr bedeutendster Anführer.

Friedensnobelpreis

UNO-Flüchtlingshochkommissariat (UNHCR)

Das UNO-Flüchtlingshochkommissariat (UNHCR) wird mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet (**10.12.1955**). Der Preis war dem UNHCR im Vorjahr zuerkannt worden.

Literaturnobelpreis

Island

Der isländische Schriftsteller Halldór Laxness wird mit dem Literaturnobelpreis geehrt (**10.12.1955**).

Spanien/UNO

Spanien wird in die UNO aufgenommen (**14.12.1955**). Damit endet die internationale Isolierung des Franco-Regimes.

1956

Sudan/Anglo-Ägyptischer Sudan/Grossbritannien

Der Sudan, bisher ein anglo-ägyptisches Kondominium, wird unabhängig (**1.1.1956**). Die kollektive Staatführung übernimmt ein aus fünf Mitgliedern bestehender Souveränitätsrat (sovereignty council).

Frankreich

Aus den Parlamentswahlen in Frankreich (**2.1.1956**) gehen die Kommunisten mit einem Stimmenanteil von rund 25 Prozent und 150 Mandaten als stärkste Gruppe hervor. An zweiter und dritter Stelle folgen das Centre national des indépendants et paysans (CNIP) mit 95 und die Sozialisten (SFIO) mit 94 Sitzen (**2.1.1956**). Die von Pierre Poujade gegründete rechtspopulistische Union de défense des commerçants et artisans (UDCA) kommt auf einen Stimmenanteil von rund 12 Prozent. Unter den 52 Abgeordneten der Poujadisten befindet sich auch Jean-Marie Le Pen, Gründer des rechtsradikalen Front national im Jahr 1972.

Nach den Wahlen übernimmt der sozialistische Politiker Guy Mollet als Nachfolger von Edgar Faure die Führung der Regierung.

Sowjetunion/Finnland

Die Sowjetunion gibt den Militärstützpunkt Porkkala an Finnland zurück (**26.1.1956**). Porkkala war 1944 an die Sowjetunion verpachtet worden.

Italien

Olympische Spiele

In Cortina d'Ampezzo (Italien) finden die VII. Olympischen Winterspiele statt (**26.1.1956**).

Grossbritannien/Malta

Die Bevölkerung der britischen Kronkolonie Malta spricht sich in einem Referendum mit rund 67 600 Ja-Stimmen gegen 20 100 Nein-Stimmen für die Eingliederung in Grossbritannien aus, doch rund 40 Prozent der Stimmberechtigten folgen einem Boykottaufruf (11. und **12.2.1956**). Die Integrationsbemühungen geraten ins Stocken und scheitern schliesslich.

Indonesien/Niederlande

Niederländisch-Indonesische Union

Die 1949 gebildete Niederländisch-Indonesische Union zerbricht (**13.2.1956**).

Finnland

Der finnische Regierungschef Urho Kekkonen wird zum neuen Staatspräsidenten gewählt (**15.2.1956**). Das Wahlmännergremium entscheidet sich mit 151 zu 149 Stimmen knapp für den Kandidaten des Landbunds (ML). Wahlverlierer ist der ehemalige sozialdemokratische Ministerpräsident Karl-August Fagerholm. Er wird Kekkonens Nachfolger und damit zum zweiten Mal (nach 1948 bis 1950) Regierungschef.

Sowjetunion

Der sowjetische Parteivorsitzende Nikita Chruschtschow prangert auf dem XX. Parteitag an einer Sondersitzung unter Ausschluss der Öffentlichkeit die Auswüchse des stalinistischen Terrors und den Personenkult um Stalin an (**25.2.1956**). Stalin habe gegen den Geist des Marxismus-Leninismus verstossen, indem er Unfehlbarkeit beansprucht habe. Chruschtschows „Geheimrede“ schürt im Ostblock Hoffnung auf Reformen, vor allem in Polen und Ungarn.

Deutsche Demokratische Republik (DDR)

Katastrophen/Eisenbahnkatastrophen

Ein Zusammenstoss zwischen einem Güter- und Personenzug im Bahnhof von Bornitz (DDR) fordert 48 Tote (**25.2.1956**).

Marokko/Französisch-Marokko/Spanisch-Marokko/Spanisch-Sahara/Tanger

Frankreich/Spanien/Ceuta und Melilla

Französisch-Marokko wird in die Unabhängigkeit entlassen (**2.3.1956**). Auch Spanien verzichtet auf die Protektoratsgebiete im Norden des Landes mit Ausnahme von Ceuta und Melilla (7.4.1956). Spanisch-Sahara bleibt unter der Kontrolle von Madrid. Die internationale Zone von Tanger wird Anfang 1957 Teil von Marokko. Marokko wird eine unabhängige Monarchie unter Sultan Mohammed V., der im folgenden Jahr (16.8.1957) zum König proklamiert wird. Premierminister ist Mbarek Bekkaï (Bekkai).

Tunesien/Frankreich

Frankreich entlässt Tunesien in die Unabhängigkeit (**20.3.1956**). Habib Bourguiba wird Premierminister. Im Parlament hat die Neo-Destour-Partei das Sagen. 1964 wird sie in Sozialistische Destour-Partei (Parti socialiste destourien (PSD) umbenannt und bleibt bis 1988 an der Macht.

Pakistan

In Karachi wird mit Inkrafttreten der ersten Verfassung Pakistans die Islamische Republik Pakistans ausgerufen (**23.3.1956**). Bisher war Pakistan ein unabhängiges Dominion im British Commonwealth. Erster pakistanischer Staatspräsident wird Iskander Mirza.

Österreich

In Wien findet der Gründungsparteitag der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) statt (**7.4.1956**). Die FPÖ ist Nachfolgerin des wegen Streitigkeiten aufgelösten Verbandes der Unabhängigen (VDU), ein 1949 gegründetes Sammelbecken von ehemaligen Nationalsozialisten und Deutschnationalen. Erster FPÖ-Vorsitzender wird Anton Reinthaller, ein ehemaliger SS-Brigadeführer.

Ceylon (Sri Lanka)

Machtwechsel in Ceylon: Aus den Parlamentswahlen geht die linksorientierte, singhalesisch-nationalistische People's United Front als Siegerin hervor. Sie gewinnt 51 der 95 Sitze. Die bisher regierende United National Party (UNP) verliert 46 Mandate und ist nur noch mit 8 Abgeordneten vertreten (**10.4.1956**). Neuer Premierminister wird Solomon West Ridgeway Dias (S.W.R.D.) Bandaranaike, Vorsitzender der zur People's United Front gehörenden Sri Lanka Freedom Party (SLFP). Der neue Regierungschef drängt auf die Schliessung der britischen Stützpunkte, verfolgt einen blockfreien aussenpolitischen Kurs und forciert Verstaatlichungen.

Bulgarien

Der bulgarische Ministerpräsident Walko Tschewtschew muss als Folge des Entstalinisierungskurses zurücktreten und sein Amt an seinen Stellvertreter Anton Jugow abtreten (**17.4.1956**).

China (Volksrepublik China)

Der Vorsitzende der Kommunistischen Partei Chinas, Mao Zedong, fordert das Volk zu konstruktiver Kritik am System und an der Partei auf (**2.5.1956**). Mit der Kampagne „Lasst hundert Blumen blühen, lasst hundert Schulen miteinander wetteifern“ sollen die Intellektuellen mit der Aussicht auf mehr Freiheit aus der Reserve gelockt werden. Nach der Zuspitzung von Kritik an der Parteimacht wird die Kampagne im Juni 1957 gestoppt. Alle politischen Gegner, Zweifler und Kritiker des Staatssystems gelten als Rechtsabweichler. Hunderttausende von Intellektuellen werden verbannt oder in Arbeitslager geschickt.

Britisch-Togoland/Goldküste/Grossbritannien

Die Bevölkerung des Protektorats Britisch-Togoland (British Togoland) entscheidet sich für den Anschluss an die britische Kronkolonie Goldküste – Gold Coast (**9.5.1956**). 1957 erlangt die Goldküste ihre Unabhängigkeit und nennt sich Ghana.

Österreich

Die konservative Österreichische Volkspartei (ÖVP) geht mit einem Stimmenanteil von 45,96 Prozent (plus 4,70 Prozentpunkte) als klare Siegerin aus der Parlamentswahl hervor (**13.5.1956**). Sie gewinnt 8 Mandate hinzu und ist neu mit 82 Abgeordneten vertreten. Die absolute Mehrheit verpasst die ÖVP knapp. Die Sozialistische Volkspartei (SPÖ) erreicht einen Stimmenanteil von 43,05 Prozent (plus 0,94 Prozentpunkte) und hat 74 Mandate. Die aus dem Verband der Unabhängigen (VDU) entstandene Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) gewinnt 6 Sitze. Der neue Nationalrat setzt sich wie folgt zusammen: ÖVP: 82 (plus 8), SPÖ: 74 (plus 1), FPÖ: 6 (-8), Kommunisten: 3 (minus 1).

Sowjetunion

Der sowjetische Aussenminister Wjatscheslaw Molotow wird entlassen (**1.6.1956**). Molotow war von Ende 1930 bis zum 6. Mai 1941 Vorsitzender des Rates der Volkskommissare (Regierungschef) und zwei Mal Aussenminister (1939/1949 und ab 5. März 1953). Neuer Aussenminister wird Dmitri Schepilow.

Ecuador

In Ecuador gewinnt Camilo Ponce Enríquez vom konservativen Bündnis Alianza Popular (Movimiento Social Cristiano, Partido Conservador, Acción Revolucionaria Nacionalista) knapp mit 29,02 Prozent Stimmenanteil die Präsidentenwahl (**3.6.1956**).

Niederlande

Die sozialdemokratische Partei der Arbeit (Partij van de Arbeid/PvdA) geht als stärkste Kraft aus der Parlamentswahl in den Niederlanden hervor. Sie gewinnt 50 der 150 Sitze der Zweiten Kammer (die Zahl der Mandate wurde von 100 auf 150 erhöht). Zweitstärkste Kraft ist die Katholische Volkspartei (Katholieke Volkspartij/KVP) mit 49 Sitzen (**13.6.1956**).

Ungarn

Wechsel an der Spitze der ungarischen Kommunisten aufgrund wachsender Unzufriedenheit in der Bevölkerung: Mátyás Rákosi (Rakosi), Generalsekretär der Partei der Werktätigen (MDP), muss sein Amt auf Druck aus Moskau an seinen Stellvertreter Ernő Gerő abtreten (**17.6.1956**).

Bolivien

Hernán Siles Zuazo vom Movimiento Nacionalista Revolucionario (MNR) geht als Sieger aus der Präsidentenwahl in Bolivien hervor (**17.6.1956**). Er erhält 84,43 Prozent der Stimmen. Sein Vorgänger Víctor Paz Estenssoro durfte nicht für eine weitere Amtszeit kandidieren. Das MNR ist mit 61 von insgesamt 68 Sitzen stärkste Partei im Abgeordnetenhaus. Es handelt sich um die ersten Wahlen seit der Revolution von 1952 und der damit verbundenen Einführung des allgemeinen Wahlrechts.

Peru

Manuel Prado Ugarteche, Vorsitzender des konservativen Movimiento Democrático Pradista (MDP), wird neuer peruanischer Staatsoberhaupt. Er gewinnt die Wahl mit einem Stimmenanteil von 45,48 Prozent (**17.6.1956**). Der bisherige Machthaber Manuel Ordria (*Ordria*) kandidierte nicht mehr. Im Abgeordnetenhaus verfügt das Movimiento Democrático Pradista als stärkste Kraft über 64 der 182 Mandate.

Ägypten

Das ägyptische Volk wählt General Gamal Abdel Nasser mit 99,95 Prozent der Stimmen zum Staatsoberhaupt (**23.6.1956**).

Polen

In der polnischen Industriestadt Posen wird ein Aufstand von Arbeitern, die bessere Lebensbedingungen fordern, von Sicherheitskräften niedergeschlagen. Dabei kommen über 50 Menschen ums Leben (**28.6.1956**).

Ceylon (Sri Lanka)

In Ceylon wird Singhalesisch mit dem Sinhala Only Act anstelle von Englisch zur einzigen offiziellen Sprache erklärt (**7.7.1956**). Die Ausgrenzung der tamilischen Minderheit löst Spannungen und Unruhen aus.

Kolumbien

Die beiden mächtigsten Parteien Kolumbiens, die Konservativen und die Liberalen, einigen sich in Benidorm (Spanien) auf die Bildung einer Nationalen Front, um das Land aus dem Bürgerkrieg zu führen (**24.7.1956**).

Italien/Schweden

Katastrophen/Schiffskatastrophen

Das italienische Passagierschiff „Andrea Doria“ kollidiert auf dem Weg nach New York mit dem schwedischen Linienschiff „Stockholm“ (**25.7.1956**). An Bord der „Andrea Doria“ befinden sich 1134 Passagiere und 572 Besatzungsmitglieder, an Bord der „Stockholm“ 534 Passagiere und 213 Besatzungsmitglieder. Elf Stunden nach dem nächtlichen Zusammenstoß sinkt die „Andrea Doria“. 48 Passagiere der „Andrea Doria“ und 5 der „Stockholm“ kommen ums Leben. Das schwedische Schiff kann aus eigener Kraft nach New York zurückkehren.

Suezkrise

Ägypten/Grossbritannien/Frankreich/USA

Der ägyptische Staatschef Gamal Abdel Nasser verstaatlicht die Suezkanal-Gesellschaft (**26.7.1956**), um den Bau des Assuan-Staudamms zu finanzieren, nachdem die USA ihre Kreditzusagen zurückgezogen hatten. Hauptteilhaber der Suezkanal-Gesellschaft sind Grossbritannien und Frankreich.

Kolumbien

Explosionskatastrophen

In der kolumbianischen Stadt Cali explodieren über tausend mit Dynamit gefüllte Kisten. Die Katastrophe fordert rund 1300 Tote. Tausende Menschen werden verletzt. Der Sprengstoff war für den Strassenbau bestimmt (**7.8.1956**).

Belgien

Katastrophen/Bergbau-, Bergwerkkatastrophen

262 Tote fordert eine Brandkatastrophe im belgischen Kohlebergwerk Bois du Cazier (**8.8.1956**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der deutsche Dramatiker und Lyriker Bertold Brecht stirbt im Alter von 58 Jahren (**14.8.1956**).

Französisch-Togoland/Togo français/Frankreich

Das UNO-Treuhandgebiet Togo français (Französisch-Togoland) erhält von Frankreich das Autonomiestatut und die Bezeichnung République Autonome du Togo (**30.8.1956**). Das Autonomiestatut wird in einer Volksabstimmung (28.10.1956) gutgeheissen.

Schweden

Bei der Reichstagswahl in Schweden behaupten die regierenden Sozialdemokraten und der verbündete Bauernbund trotz Verlusten die Mehrheit der Mandate (**16.9.1956**). Die Sozialdemokraten erhalten 106 Mandate (minus 4), der Bauernbund entsendet 19 Abgeordnete (minus 7). Zweitstärkste Kraft ist die Volkspartei mit 58 Mandaten (unverändert). An dritter Stelle folgt die Högerpartiet (Rechtspartei) mit 42 Sitzen (plus 11).

Nicaragua

Der nicaraguanische Machthaber Anastasio Somoza García stirbt an den Folgen eines Attentats (**29.9.1956**). Der Dichter Rigoberto López Pérez (*Lopez Perez*) hatte am 21. September in León auf den Präsidenten geschossen. Die Macht übernimmt der Präsidentensohn Luis Somoza Debayle.

Honduras

In Honduras wird Staatspräsident Julio Lozano Díaz (*Lozano Diaz*) von der Armee entmachtet (**20.10.1956**).

Polen/Sowjetunion

Politisches Tauwetter in Polen: Władysław Gomułka (*Gomulka*), der 1948 in Ungnade gefallene kommunistische Parteiführer, wird zum Ersten Sekretär der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PZPR) gewählt (**21.10.1956**). Er tritt an die Stelle von Edward Ożarowski, der am 20. März 1956 den überraschend verstorbenen Parteivorsitzenden Bolesław Bierut ersetzte. Gomułka kann der Sowjetunion Zugeständnisse abringen – der sowjetische Marschall Konstantin Rokossowski, 1949 als polnischer Verteidigungsminister eingesetzt, wird nach Moskau zurückbeordert – und eine drohende militärische Intervention der Sowjetunion wegen der angespannten politischen Lage in Polen abwenden. Gomułka schlägt einen moderaten Reformkurs ein: Lockerung der Zwangskollektivierung, Rehabilitierung politischer Häftlinge, Freilassung von Kardinal Stefan Wyszyński (*Wyszynski*). Das politische Tauwetter hält allerdings nicht lange an.

Ungarn/Sowjetunion

Volksaufstand in Ungarn: Eine Studentenkundgebung in Budapest, an der drastische Reformen gefordert werden (**22.10.1956**), weitet sich am Tag darauf (23.10.1956) zu einer Massendemonstration und zum Volksaufstand aus. Gefordert werden unter anderem: die Wiedereinsetzung des 1955 entlassenen Ministerpräsidenten Imre Nagy, freie Wahlen, ein Mehrparteiensystem, Pressefreiheit und der Abzug aller sowjetischen Truppen aus Ungarn.

Ein kurzer Überblick des Volksaufstands:

- 23. Oktober: Über 200 000 Menschen demonstrieren in Budapest für eine tiefgreifende politische Umgestaltung. Angehörige des Staatssicherheitsdienstes erschossen mehrere Demonstranten. Die Lage eskaliert. In der Nacht zum 24. Oktober ernennt die kommunistische Parteiführung Imre Nagy zum Regierungschef.
- 24. Oktober: Die in Ungarn stationierten sowjetischen Truppen greifen ein. Die sowjetischen Einheiten stossen in Budapest auf heftigen Widerstand. Der Aufstand weitet sich über das ganze Land aus. Der Ausnahmezustand wird verhängt.
- 25. Oktober: Der kommunistische Parteichef Ernő Gerő wird abgesetzt und durch János Kádár (*Kadar*) ersetzt. Vor dem Parlament in Budapest werden Dutzende Demonstranten von Angehörigen des Staatssicherheitsdienstes erschossen.
- 28. Oktober: Ungarn erhält eine neue Regierung. Ministerpräsident Imre Nagy nimmt zahlreiche Reformpolitiker in sein Kabinett auf. Nagy verkündet einen Waffenstillstand.
- 29. Oktober: Auf Bitten der ungarischen Regierung ziehen sich die sowjetischen Truppen aus Budapest zurück.
- 30. Oktober: Die Partei der ungarischen Werktätigen (MDP), die bisherige kommunistische Staatspartei, wird aufgelöst. Nachfolgerin ist die Sozialistische Arbeiterpartei (MSZMP), angeführt von János Kádár (*Kadar*). Ministerpräsident Nagy verkündet die Wiedereinführung eines Mehrparteiensystems. Politische Häftlinge werden freigelassen, unter ihnen auch der inhaftierte Primas der katholischen Kirche in Ungarn, József Kardinal Mindszenty.
- 1. November: Die sowjetischen Truppen, die Budapest vor kurzem verlassen hatten kehren wieder um. Ministerpräsident Imre Nagy verkündet den Rücktritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt und bittet die UNO um Anerkennung der ungarischen Neutralität. János Kádár (*Kadar*) wird nach Moskau ausgeflogen und vereinbart mit der sowjetischen Führung die Bildung einer Gegenregierung.
- 4. November: Beginn der zweiten sowjetischen Militärintervention. Der Volksaufstand wird trotz heftigen Widerstandes in wenigen Tagen niedergeschlagen. Eine Gegenregierung unter Führung von János Kádár (*Kadar*) wird eingesetzt. Imre Nagy sucht Zuflucht in der jugoslawischen Botschaft. Kardinal Mindszenty flüchtet in die US-Botschaft.
- 11. November: János Kádár (*Kadar*), der neue ungarische Machthaber, erklärt den Aufstand für niedergeschlagen.
- 22. November: Der gestürzte Ministerpräsident Imre Nagy verlässt seinen Zufluchtsort, die jugoslawische Botschaft, und wird trotz Zusagen auf Straffreiheit verhaftet und deportiert.

Laut Schätzungen kommen während des Volksaufstandes über 2600 Ungarn ums Leben. Die sowjetischen Verluste werden auf rund 700 Tote geschätzt. Rund 200 000 Ungarn fliehen in den Westen. Die Schweiz nimmt etwa 13 000 Flüchtlinge aus Ungarn auf.

Auf die Niederschlagung des Volksaufstandes folgen Massenverhaftungen, Schauprozesse, Internierungen und Hinrichtungen. Über 10 000 Menschen werden zu Haftstrafen verteilt, Zehntausende kommen in Internierungslager und über 200 Todesurteile werden vollstreckt.

Internationale Atomenergieagentur (IAEA)

Delegierte aus über 80 Staaten beschliessen in New York die Gründung der Internationalen Atomenergieagentur (International Atomic Energy Agency – IAEA (23.10.1956). Die IAEA mit Sitz in Wien erhält den Status einer „autonomen Organisation“ innerhalb des Systems der Vereinten Nationen. Sie soll die sichere und friedliche Nutzung der Atomenergie fördern. Ab März 1970 übernimmt sie die Überwachung des Atomwaffensperrvertrags und soll damit den Missbrauch von Atomanlagen und radioaktiven Substanzen für militärische Zwecke verhindern.

Nahost-Konflikt

Suezkrise/Suezkrieg

Zweiter israelisch-arabischer Krieg

Israel/Ägypten/Grossbritannien/Frankreich/USA/Sowjetunion

UNO

Der Suezkrise eskaliert zum Suezkrieg und zum zweiten israelisch-arabischen Krieg (**29.10.1956**).

Ein kurzer Überblick:

- Nach geheimen Absprachen mit Grossbritannien und Frankreich rücken israelische Truppen durch die Sinai-Halbinsel in Richtung Suezkanal vor (29.10.1956).
- Nach Ablehnung eines an Ägypten gerichteten Ultimatums bombardieren britische und französische Flugzeuge ägyptische Flughäfen (31.10.1956).
- Die UNO-Vollversammlung fordert mit einer Uniting-for-peace-Resolution die Einstellung der Feindseligkeiten (2.11.1956).
- Britische Bodentruppen landen in Port Said (5.11.1956) und besetzen Schlüsselstellungen in der Kanalzone. Ägypten versenkt 47 Schiffe im Suezkanal, der unpassierbar wird.
- Der sowjetische Ministerpräsident Nikolai Bulganin droht Frankreich und Grossbritannien unverhohlen mit Raketenriffen, falls sich Briten und Franzosen nicht aus Ägypten zurückziehen (5.11.1956).
- Israel, Grossbritannien und Frankreich brechen die Kampfhandlungen ab (6.11.1956).
- Die UNO-Vollversammlung beschliesst die Entsendung einer Emergency Force – Unef (7.11.1956).
- Die britischen und französischen Truppen werden abgezogen (22.12.1956). Israel zieht sich im März 1957 aus dem Sinai zurück.

USA

US-Präsident Dwight D. Eisenhower wird in seinem Amt bestätigt (**6.11.1956**). Er erhält 457 Elektorenstimmen und 57,4 Prozent der Wählerstimmen. Sein erneut kandidierender demokratischer Herausforderer Adlai Stevenson muss sich mit 73 Elektorenstimmen begnügen. Richard Nixon bleibt Vizepräsident.

Bei den Kongresswahlen verteidigen die Demokraten in beiden Häusern ihre Mehrheit. Im Senat bleibt die Sitzverteilung unverändert: 49 Demokraten und 47 Republikaner. Im Repräsentantenhaus gibt es nur eine kleine Sitzverschiebung: Die Demokraten haben 234 (plus 2) und die Republikaner 201 Sitze (minus 2).

USA

Der Oberste Gerichtshof der USA erklärt die Rassensegregation in öffentlichen Verkehrsmitteln für verfassungswidrig (**13.11.1956**).

Australien

Olympische Spiele

In Melbourne finden die XVI. Olympischen Sommerspiele statt (**22.11.1956**). Einige Länder – unter ihnen die Schweiz – boykottieren die Spiele wegen des Ungarn-Aufstands.

Kuba

In Kuba beginnt unter Führung von Fidel Castro der bewaffnete Widerstand gegen das Regime von Machthaber Fulgencio Batista (**2.12.1956**). Die ersten Gefechte nach der Landung der Revolutionäre fordern hohe Verluste. Die Überlebenden, unter ihnen neben Fidel Castro auch dessen Bruder Raúl Castro (Raul Castro) und Ernesto Che Guevara, ziehen sich in unwegsame Gebiete der Sierra Maestra zurück und führen von dort aus einen Guerillakrieg. Immer mehr Freiwillige schliessen sich den Rebellen an.

Literaturnobelpreis

Spanien

Der spanische Dichter Juan Ramón Jiménez wird mit dem Literaturnobelpreis geehrt (**10.12.1956**).

Haiti

In Haiti herrscht nach Ablauf der sechsjährigen Amtszeit von Staatspräsident Paul Magloire (**12.12.1956**) politische Instabilität. Bis zu den Wahlen im September 1957 lösen sich fünf provisorische Regierungen ab.

Japan

Wechsel an der Spitze der japanischen Regierung: Ministerpräsident Hatoyama Ichiro, Vorsitzender der im Vorjahr gegründeten Liberaldemokratischen Partei, tritt zurück (**23.12.1956**). Er erreichte in seiner zweijährigen Amtszeit die Wiederherstellung der Beziehungen zur Sowjetunion. Nachfolger wird Ishibashi Tanzam, der bereits nach zwei Monaten (25.2.1957) aus gesundheitlichen Gründen zurücktritt und die Führung der Regierung und der regierenden Liberaldemokratischen Partei an Kishi Nobusuke übergibt.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der Schweizer Schriftsteller Robert Walser stirbt im Alter von 78 Jahren (**25.12.1956**).

1957

Bundesrepublik Deutschland (BRD)/Saarland

Das Saarland wird als zehntes Bundesland in die Bundesrepublik Deutschland eingegliedert (**1.1.1957**).

Marokko/Tanger

Die internationale Zone von Tanger wird Teil des unabhängigen Königreichs Marokko (**1.1.1957**).

Vietnamkrieg /Zweiter Indochinakrieg

Vietnam (Republik Vietnam/Südvietnam)/USA

1957 beginnt in Südvietnam der bewaffnete Widerstand gegen das autoritäre Regime von Machthaber Ngo Dinh Diem: Die als Vietcong bezeichneten Guerillakämpfer richten ihre Angriffe zunächst vor allem gegen Regierungsbeamte. Hunderte kommen dabei ums Leben. Die USA erhöhen die Zahl ihrer Militärberater in Südvietnam auf über 700. Der Vietnamkrieg bzw. der Zweite Indochinakrieg befindet sich in seiner Anfangsphase.

Eisenhower-Doktrin/Naher Osten

USA

US-Präsident Dwight Eisenhower sichert den Staaten des Nahen Ostens Schutz vor kommunistischer Bedrohung zu (**5.1.1957**). Mit der Eisenhower-Doktrin soll der Einfluss der Sowjetunion in Schach gehalten werden.

Grossbritannien

Der britische Premierminister Anthony Eden (Conservative Party) tritt aus gesundheitlichen Gründen zurück (**9.1.1957**). Sein Nachfolger wird der bisherige Schatzkanzler Harold Macmillan.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der US-amerikanische Schauspieler Humphrey Bogart stirbt im Alter von 57 Jahren (**14.1.1957**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der italienische Dirigent Arturo Toscanini stirbt im Alter von 68 Jahren (**16.1.1957**).

Sowjetunion

Andrei Gromyko wird neuer sowjetischer Aussenminister anstelle von Dmitri Schepilow (**14.2.1957**).

Indonesien

Der indonesische Machthaber Sukarno verkündet die Einführung einer „gelenkten Demokratie“ (**21.2.1957**).

Thailand

Erstmals dürfen in Thailand auch Parteien an der Wahl des Abgeordnetenhauses teilnehmen (**26.2.1957**). Stärkste Partei ist die von Feldmarschall Plaek Phibunsongkhram (Phibun) gegründete Seri Manangkhasila Party mit 86 Sitzen. 123 der 283 Abgeordneten sind ernannt.

Goldküste (Gold Coast)/Ghana/Grossbritannien

Die britische Kronkolonie Goldküste (Gold Coast) wird unabhängig und nennt sich Ghana (**6.3.1957**). An der Spitze der Regierung steht Premierminister Kwame Nkrumah. Ghana gehört den ersten Kolonien Afrikas, die ihre Unabhängigkeit erlangen.

Indien

Bei der Parlamentswahl in Indien (24.2.1957 bis **14.3.1957**) behauptet die regierende Kongresspartei (Indian National Congress/INC) von Premierminister Jawaharlal Nehru ihre Vormachtstellung. Sie gewinnt 371 der 491 Mandate.

Indonesien

Wegen Rebellionen wird über Indonesien das Kriegsrecht verhängt (**14.3.1957**).

Philippinen

Der philippinische Staatspräsident Ramon Magaaysay kommt bei einem Flugzeugabsturz ums Leben (**17.3.1957**). Sein Nachfolger wird Vizepräsident Carlos Garcia. Acht Monate später (12.11.1957) geht Carlos Garcia von der Nacionalista Party als klarer Sieger aus der Präsidentenwahl hervor. Seine Partei bleibt stärkste Kraft im Abgeordnetenhaus.

EWG/Euratom/Römer Verträge

Frankreich, die Bundesrepublik Deutschland, Italien sowie Belgien, die Niederlande und Luxemburg unterzeichnen in Rom die Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft EWG und der Europäischen Atomgemeinschaft Euratom (**25.3.1957**).

Die Gründerstaaten der EWG streben vor allem eine Zollunion an, die Handelshemmnisse abbauen soll. Der Vertrag über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft strebt „die Errichtung eines Gemeinsamen Marktes und die schrittweise Annäherung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten, eine harmonische Entwicklung des Wirtschaftslebens innerhalb der Gemeinschaft, eine beständige und ausgewogene Wirtschaftsausweitung, eine

grössere Stabilität, eine beschleunigte Hebung der Lebenshaltung und engere Beziehungen zwischen den Staaten“ an. Angestrebt wird unter anderem:

- die Abschaffung der Zölle und der mengenmässigen Beschränkungen bei der Ein- und Ausfuhr von Waren,
- die Einführung eines Gemeinsamen Zolltarifs und einer gemeinsamen Handelspolitik gegenüber dritten Ländern,
- die Beseitigung der Hindernisse für den freien Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr zwischen den Mitgliedstaaten.

Österreich

Adolf Schärf wird zum neuen österreichischen Bundespräsidenten gewählt (**5.5.1957**). Der sozialistische Kandidat erhält 51,12 Prozent der Stimmen

Kolumbien

In Kolumbien wird der Machthaber, General Gustavo Rojas Pinilla, abgesetzt. Eine Militärjunta übernimmt die Führung des Landes (**10.5.1957**).

Nato

Belgien

Der ehemalige belgische Premierminister Paul-Henri Spaak, einer der Gründerväter der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), wird neuer Nato-Generalsekretär (**16.5.1957**).

Kanada

Politische Wende in Kanada: Nach 22 Jahren muss die Liberal Party in die Opposition. Bei der Parlamentswahl gewinnt die bisher oppositionelle Progressive Conservative Party 112 (plus 61) von 265 Mandaten. Die Liberal Party ist mit 105 (minus 64) Abgeordneten vertreten. John Diefenbaker wird neuer Premierminister. Er steht an der Spitze einer Minderheitsregierung, da seine Progressive Conservative Party über keine absolute Mehrheit im Parlament verfügt (**10.6.1957**).

Venezuela

In Venezuela schliessen sich vier Parteien zur Junta Patriótica zusammen, um den Widerstand gegen den Machthaber Marco Pérez Jiménez (Perez Jimenez) zu koordinieren (**11.6.1957**). Dem Oppositionsbündnis gehören folgende Parteien an: Acción Democrática (AD), Comité de Organización Política Electoral Independiente (Copei), Unión Republicana Democrática (URD) und Partido Comunista de Venezuela (PCV).

Philippinen

Auf den Philippinen werden die Kommunistische Partei und ihr militärischer Arm Hukbalahap (Huk) verboten (**20.6.1957**). Die Kommunistische Partei wird bezichtigt, die Macht ergreifen zu wollen.

Sowjetunion

Nach dem Versuch, den sowjetischen Parteivorsitzenden Nikita Chruschtschow abzusetzen, werden der frühere Ministerpräsident Georgi Malenkov, der ehemalige Aussenminister Wjatscheslaw Molotow, dessen Nachfolger Dmitri Schepilow und der frühere stellvertretende Ministerpräsident Lasar Kaganowitsch aus den Führungsgremien der Kommunistischen Partei ausgeschlossen (**29.6.1957**).

Kolumbien

Die beiden grossen Parteien Kolumbiens, Partido Liberal und Partido Conservador, einigen sich auf eine Machtteilung, um die Krise im Land zu beenden. Ab 1958 bis 1974 soll alternierend ein Repräsentant des Partido Liberal oder des Partido Conservador das Amt des Staatspräsidenten übernehmen. Darauf einigen sich Vertreter beider Parteien in der katalanischen Gemeinde Sitges (**20.7.1957**). Das Abkommen von Sitges (Pacto Nacional) wird im Dezember 1957 in einer Volksabstimmung gutgeheissen.

Tunesien

Tunesien wird eine Republik – der Bey (Herrscher) dankt ab (**25.7.1957**). Premierminister Habib Bourguiba wird erster Präsident der Republik Tunesien. Das Amt des Regierungschefs wird abgeschafft.

Guatemala

Der Staatspräsident von Guatemala, Oberst Carlos Castillo, wird erschossen (**26.7.1957**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der US-amerikanische Schauspieler und Komiker Oliver Hardy vom legendären Komikerduo Laurel und Hardy stirbt im Alter von 65 Jahren (**7.8.1957**).

Marokko

Sultan Mohammed V. wird zum König von Marokko proklamiert (**16.8.1957**).

British Guiana/Grossbritannien

Die Parlamentswahl in der Kronkolonie British Guiana steht im Zeichen von Flügelkämpfen in der People's Progressive Party (PPP) zwischen Anhängern von Indo-Guyanern unter Führung von Cheddi Jagan und Afro-

Guyanern unter Führung von Forbes Burnham (**12.8.1957**). Chagan bleibt an der Macht. Burnham gründet eine eigene Partei, den People's National Congress (PNC).

Malaya

Die Föderation Malaya wird ein unabhängiger Staat innerhalb des britischen Commonwealth (**31.8.1957**). Der bisherige Chief Minister Abdul Rahman (mit dem Fürstentitel Tunku Abdul Rahman) wird der erste Premierminister der unabhängigen Föderation Malaya. König Tuanku Abdul Rahman aus Negeri Sembilan wird erstes Staatsoberhaupt. Der König trägt den Titel Yang di-Pertuan Agong (der, der zum Herrscher gemacht wurde). Alle fünf Jahre wird aus den Adelshäusern der Sultanate ein König auserkoren.

Jamaika/Grossbritannien

Katastrophen/Eisenbahnkatastrophen

In der britischen Kronkolonie Jamaika fordert ein Zugunfall, verursacht durch Bremsversagen, 179 Tote (**1.9.1957**).

USA

Auf Geheiss des Gouverneurs von Arkansas verweigert die Nationalgarde neun schwarzen Schülern den Zugang zur Central High School in Little Rock, obwohl der Oberste Gerichtshof der USA die Rassentrennung an Schulen für verfassungswidrig erklärt hat (**3.9.1957**). US-Präsident Dwight Eisenhower interveniert und entsendet 1200 Soldaten zum Schutz der schwarzen Schüler nach Little Rock.

Bundesrepublik Deutschland (BRD)

Die Unionsparteien CDU/CSU – Christlich Demokratische Union und Christlich-Soziale Union – gewinnen bei der Bundestagswahl mit einem Stimmanteil von 50,2 Prozent die absolute Mehrheit der Mandate. Sie erhöhen ihren Stimmenanteil um 5 Prozentpunkte. Die Sozialdemokraten (SPD) kommen auf 31,8 und die Freien Demokraten (FDP) auf 7,7 Prozent der Stimmen. Die Unionsparteien gewinnen 277 der 519 Mandate, die Sozialdemokraten 181, die Freien Demokraten 43 Sitze. Auf die übrigen Parteien entfallen 18 Mandate (**15.9.1957**).

Thailand

In Thailand wird die Regierung von Feldmarschall Plaek Phibunsongkhram (Phibun) nach über neun Jahren von der Armee unter Führung von Feldmarschall Sarit Thanarat gestürzt (**16.9.1957**). Sarit Thanarat übernimmt im Jahr darauf (20.10.1958) die Führung der Regierung.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der finnische Komponist Jean Sibelius stirbt im Alter von 91 Jahren (**20.9.1957**).

Bundesrepublik Deutschland (BRD)

Katastrophen/Schiffskatastrophen

Das deutsche Segelschulschiff „Pamir“ sinkt während eines Hurrikans im Nordatlantik. 80 der 86 Besatzungsmitglieder kommen ums Leben (**21.9.1957**).

Norwegen

Norwegen trauert um König Haakon VII., der im Alter von 85 Jahren stirbt (**21.9.1957**). Nachfolger wird sein Sohn: Olav V.

Haiti

François Duvalier geht mit einem Stimmenanteil von 69,1 Prozent als Sieger aus der Präsidentenwahl in Haiti hervor (**22.9.1957**). Der Voodoo-Anhänger, wegen seiner Tätigkeit als Arzt auch „Papa Doc“ genannt, errichtet ein repressives Regime. Seine berüchtigte paramilitärische Miliz Tontons Macoutes (Volontaires de la Sécurité Nationale/VSN) verbreitet Angst und Schrecken. Im Parlament hat einzig der Parti de l'unité nationale (PUN) das Sagen.

Pakistan

Katastrophen/Eisenbahnkatastrophen

In der pakistanischen Provinz Punjab kollidiert ein Personen- mit einem abgestellten Tankzug. 300 Menschen kommen dabei ums Leben (**29.9.1957**).

Bundesrepublik Deutschland (BRD)/Berlin (West-Berlin)

Willy Brandt wird zum Regierenden Bürgermeister von Berlin gewählt (**3.10.1957**).

Weltraum/Weltraumforschung/Raumfahrt

Sowjetunion

Mit Sputnik 1 startet die Sowjetunion den ersten künstlichen Erdsatelliten (**4.10.1957**). Damit beginnt das Zeitalter der Raumfahrt. Die spektakuläre Pionierleistung der Sowjetunion löst im Westen ein Gefühl der Bedrohung, den sogenannten Sputnik-Schock, aus. Vier Wochen später (3.11.1957) folgt der Start von Sputnik 2 mit der Hündin Leika an Bord, dem ersten Lebewesen im Weltraum.

AKW-Störfälle, AKW-Unfälle

Grossbritannien

In einem Kernreaktor von Windscale an der westbritischen Küste kommt es zu einem Brand, in dessen Folge eine Wolke mit erheblichen Mengen radioaktiven Materials freigesetzt wird (**10.10.1957**). Es handelt sich um den ersten schweren Unfall in einer Atomanlage. In Windscale (später umbenannt in Sellafield) wird waffenfähiges Plutonium erzeugt.

San Marino

In San Marino endet eine mehrwöchige Verfassungskrise (**11.10.1957**). Sie wurde durch die Auflösung des Consiglio Grande e Generale durch die Capitani Reggente ausgelöst. Seit 1945 ist in dem Kleinstaat eine Linkscoalition aus Kommunisten und Sozialisten an der Macht. Im Consiglio Grande e Generale hatten sich die Machtverhältnisse durch Kräfteverschiebungen (einige Sozialisten gründeten eine neue Partei) zugunsten der bürgerlichen Opposition verschoben. Die neue Ratsmehrheit bildete in Rovereta eine provisorische Regierung, die von Rom als legitim anerkannt wurde. Die Capitani Reggente geben nach und akzeptieren die neuen Machtverhältnisse.

Schweden

In Schweden erhält beim Referendum über die Rentenversicherung keine Variante die absolute Mehrheit (**13.10.1957**). Kurz darauf zerbricht das Regierungsbündnis zwischen Sozialdemokraten und dem Bauernbund (der Bauernbund wird 1958 in Zentrumsparterie umbenannt). Ministerpräsident Tage Erlander bildet eine sozialdemokratische Minderheitsregierung (31.10.1957).

Türkei

Katastrophen/Eisenbahnkatastrophen

In der Nähe von Istanbul kollidiert der Simplon-Orient-Express mit einem Nahverkehrszug. Dabei kommen 95 Menschen ums Leben (**20.10.1957**).

Marokko/Spanien/I

Marokkanische Milizen lancieren Angriffe zur Eroberung der spanischen Enklave Ifni (**23.10.1957**). Die Stadt Sidi Ifni wird belagert. Der Ifni-Krieg endet 1958. Mit französischer Unterstützung werden die Marokkaner zurückgedrängt.

Sowjetunion

Der sowjetische Verteidigungsminister, Marschall Georgi Schukow, wird abgesetzt (**26.10.1957**).

Honduras

In Honduras wird nach der Wahl einer Verfassungsgebenden Versammlung Ramón Villeda Morales vom Partido Liberal zum neuen Staatsoberhaupt gewählt (**15.11.1957**). Ramón Villeda Morales hatte sich bereits 1954 um das Präsidentenamt beworben, scheiterte jedoch am Widerstand der Opposition (vgl. 10.10.1954). Ende 1957 tritt in Honduras eine neue Verfassung in Kraft.

Italien/Südtirol

Auf Schloss Sigmundskron bei Bozen demonstrieren rund 35 000 Südtiroler gegen die Südtirol-Politik der italienischen Regierung (**17.11.1957**).

Neuseeland

Bei der Parlamentswahl in Neuseeland gelangt die oppositionelle Labour Party an die Macht. Sie gewinnt 41 (plus 6) der 80 Sitze. Die bisher regierende National Party, deren Premierminister Sidney Holland zwei Monate vor der Wahl aus gesundheitlichen Gründen zurücktreten musste, erhält 39 Mandate (**30.11.1957**).

Grossbritannien

Katastrophen/Eisenbahnkatastrophen

Im Londoner Stadtteil Lewisham kollidieren bei dichtem Nebel zwei Züge. 90 Menschen werden getötet und über 170 verletzt (**4.12.1957**).

Friedensnobelpreis/Kanada

Der ehemalige kanadische Außenminister Lester Pearson wird für seine Rolle bei der Beilegung der Suezkrise mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet (10.12.1957).

Literaturnobelpreis/Frankreich

Der französische Schriftsteller und Philosoph Albert Camus erhält den Literaturnobelpreis (**10.12.1957**).

Deutsche Demokratische Republik (DDR)/Bundesrepublik Deutschland (BRD)

Um den Flüchtlingsstrom in den Westen einzudämmen, verabschiedet die DDR-Volkskammer ein Gesetz, das die Republikflucht unter Strafe stellt (**11.12.1957**). Der Reiseverkehr zwischen beiden deutschen Staaten wird erschwert.

Neuseeland

Walter Nash von der Labour Party wird neuer neuseeländischer Premierminister (**12.12.1957**).

Venezuela

Begleitet von massiven Protesten der Opposition erhält der venezolanische Machthaber Marco Pérez Jiménez (Perez Jimenez) in einem umstrittenen Plebiszit grünes Licht für eine weitere Amtszeit (**15.12.1957**).

1958

EWG/Euratom

Die Verträge über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und die Europäische Atomgemeinschaft (Euratom) – die Römer Verträge – treten in Kraft (**1.1.1958**). Erster Präsident der EWG-Kommission wird der deutsche Staatssekretär Walter Hallstein.

Westindische Föderation/Grossbritannien

Mehrere britische Kolonien in der Karibik, unter ihnen Barbados, Dominica, Grenada, Jamaika, Trinidad und Tobago, schliessen sich zur Westindischen Föderation zusammen (**3.1.1958**). Die Föderation löst sich nach vier Jahren wieder auf (31.5.1962).

Venezuela

Unter dem Druck massiver Proteste und Streiks tritt der venezolanische Machthaber Marco Pérez Jiménez (Perez Jimenez) zurück und flüchtet in die Dominikanische Republik (**23.1.1958**). Eine Junta unter Führung von Vizeadmiral Wolfgang Larrazábal (Larrazabal) übernimmt bis zu den nächsten Wahlen provisorisch die Macht. Der Aufstand gegen den Diktator fordert nach Schätzungen etwa 300 Tote.

Raumfahrt

USA

Mit Explorer 1 startet der erste US-amerikanische künstliche Erdsatellit (**31.1.1958**). Explorer 1 ist die Antwort der USA auf den sowjetischen Sputnik.

Benelux

Belgien/Niederlande/Luxemburg

Belgien, die Niederlande und Luxemburg (Benelux-Länder) vereinbaren für die Dauer von 50 Jahren eine Wirtschaftsunion: freier Austausch von Gütern, Arbeitskräften, Dienstleistungen und Kapital (**3.2.1958**).

Guatemala/USA

Rund drei Monate nach der annullierten Präsidentenwahl in Guatemala vom 20. Oktober 1957 wählt das Parlament General Miguel Ydígoras Fuentes (*Ydígoras Fuentes*) vom moderaten konservativen Partido Reconciliación Democrática Nacional (PRDN) zum neuen Staatspräsidenten (**12.2.1958**). Bei der Volkswahl (19.1.1958) hatte kein Kandidat die erforderliche 50-Prozent-Marke erreicht. Im Parlament erobert eine Allianz aus dem PRDN und vier anderen Parteien 40 der 66 Sitze.

Nach der Machtergreifung von Fidel Castro auf Kuba erlaubt Ydígoras Fuentes dem US-Geheimdienst CIA die Ausbildung von Exilkubanern zu Guerillakämpfern auf der Finca „La Helvetia“. Die Schweinebuch-Invasion von 1961 scheitert kläglich (vgl. 17.4.1961).

Indonesien

Gegner des Regimes von Machthaber Sukarno bilden in Sumatra die „Revolutionäre Regierung der Republik Indonesien“ (**15.2.1958**). Die Aufständischen erhalten Unterstützung durch den US-Geheimdienst CIA. Die Rebellion wird von Regierungstruppen niedergeschlagen.

Vereinigte Arabische Republik/VAR (Ägypten/Syrien)

Vereinigte Arabische Staaten/VAS (VAR, Jemen)

Ägypten und Syrien vereinbaren ihren Zusammenschluss zur Vereinigten Arabischen Republik/VAR (**1.2.1958**). Gamal Abdel Nasser wird Präsident der VAR. Der bisherige syrische Präsident Shukri al-Quwatli legt sein Amt nieder.

Die Vereinigte Arabische Republik und Jemen bilden die Vereinigten Arabischen Staaten/VAS (8.3.1958), eine lose Konföderation, die 1961 wieder aufgelöst wird.

Anmerkung

Bis 2.9.1971 trägt Ägypten den Staatsnamen Vereinigte Arabische Republik (VAR), danach heisst das Land wieder Arabische Republik Ägypten

Argentinien

Arturo Frondizi wird zum neuen argentinischen Staatchef gewählt. Der Kandidat der Unión Cívica Radical Intransigente (UCRI) erhält 49,49 Prozent der Stimmen. Im Abgeordnetenhaus dominiert der peronistische Partido Justicialista mit 143 der 155 Mandate (**23.2.1958**).

Sudan

Im Sudan geht die Umma-Partei von Abdullah Khalil als stärkste Kraft aus der ersten Parlamentswahl hervor (27.2. und **8.3.1958**). Khalil wird Regierungschef.

Europäische Parlamentarische Versammlung/EGKS/EWG/Euratom

Die „Gemeinsamen Versammlung“ – die parlamentarische Kontrollinstanz der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) – wird in Europäische Parlamentarische Versammlung umbenannt (**19.3.1958**). Sie ist auch

für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und die Europäische Atomgemeinschaft (Euratom) zuständig. Robert Schuman wird erster Vorsitzender der Europäischen Parlamentarischen Versammlung.

Sowjetunion

Der sowjetische Parteichef Nikita Chruschtschow erweitert seine Machtposition. Er übernimmt von Nikolai Bulganin das Amt des Ministerpräsidenten (**27.3.1958**).

Kanada

Der kanadische Premierminister John Diefenbaker entschliesst sich zu vorgezogenen Parlamentswahlen, die in einen Erdrutschsieg seiner Progressive Conservative Party münden. Die Partei des Premierministers gewinnt bei einem Stimmenanteil von 53,67 Prozent 208 (plus 96) der 265 Mandate. Die Liberal Party unter ihrem neuen Vorsitzenden Lester B. Pearson erhält nur noch 48 (minus 57) Sitze (**31.3.1958**).

Grossbritannien/Malta

Soziale und politische Turbulenzen in der britischen Kronkolonie Malta: Die drohende Schliessung von Werfen löst heftige Proteste aus und führt zu einem Generalstreik (**28.4.1958**). Ministerpräsident Dom Mintoff und sein Kabinett haben wenige Tage zuvor (21.4.1958) demissioniert. Malta wird unter britische Direktverwaltung gestellt. Dom Mintoff, Chef der Labour Party (Partit Laburista) kämpft an der Spitze das Maltese Liberation Movement für die Unabhängigkeit der Insel.

China (Volksrepublik China)

Während der vierten Plenarsitzung des VIII. Kongresses der Kommunistischen Partei Chinas (**3.5. bis 23.5.1958**) wird der vom Parteivorsitzenden Mao Zedong propagierte „Grosse Sprung nach vorn“ lanciert. Die Volksrepublik China soll in kürzester Zeit in eine moderne Industrienation verwandelt werden und westliche Staaten wirtschaftlich einholen. Maos „Politik der drei roten Banner“ konzentriert sich auf die „Generallinie des sozialistischen Aufbaus“, den „Grossen Sprung nach vorn“ und auf die Errichtung von Volkskommunen als politische, soziale und wirtschaftliche Organisationsform. Alle chinesischen Bauernhaushalte und Produktionsgenossenschaften werden in rund 20 000 Volkskommunen zusammengefasst. Zur Erhöhung der Stahlproduktion sollen überall auf dem Land einfache „Hinterhofhochöfen“ aufgebaut werden. Der „Grosse Sprung“ führt zum Kollaps der Landwirtschaft, zu Engpässen in der Nahrungsversorgung und zu einer Hungersnot mit mindestens 30 Millionen Toten. 1961 wird die Kampagne abgebrochen.

Kolumbien

In Kolumbien wird Alberto Lleras Camargo vom Partido Liberal mit einem Stimmenanteil von 80,14 Prozent zum neuen Präsidenten gewählt (**4.5.1958**). Es handelt sich um die erste Präsidentenwahl seit 1949. Im Abkommen von Sitges (vgl. 20.7.1957) hatten sich der Partido Liberal und der Partido Conservador auf einen alternierenden Wechsel im Präsidentenamt bis 1974 geeinigt.

Auf Alberto Lleras Camargo folgen der Konservative Guillermo León Valencia (1962 bis 1966), der Liberale Carlos Lleras Restrepo (1966 bis 1970) und der Konservative Misael Pastranas Borreo (1970 bis 1974).

In der Abgeordnetenkammer (Wahl vom 16.3.1958) haben Konservative und Liberale je 74 Mandate.

Libanon

In Libanon eskaliert der Konflikt zwischen Anhängern des christlichen maronitischen Staatspräsidenten Camille Chamoun und panarabischen-nasseristischen Kräften. Die Ermordung des Zeitungsverlegers Nassib Metni (8.5.1958), der die prowestliche Haltung des Staatsoberhauptes scharf kritisiert, führt zu kriegesischen Auseinandersetzungen.

Frankreich/Algerien

In Algier kommt es mit Unterstützung von Teilen der französischen Armee zu einer Revolte und Massenprotesten von Algerien-Franzosen (**13.5.1958**). Ihr Widerstand richtet sich gegen den neuen französischen Premierminister Pierre Pflimlin. Er gilt als Befürworter einer Verhandlungslösung im Konflikt zwischen Algerien-Franzosen (sie wollen ein Algérie française) und dem Front de Libération Nationale (FLN). Ein Wohlfahrtsausschuss unter Führung von General Jacques Massu übernimmt die Macht.

Die Ereignisse in Algerien lösen im Mutterland Frankreich eine Staatskrise aus.

- Der Ausnahmezustand wird ausgerufen (16.5.1958).
- An Charles de Gaulle ergeht der Aufruf, das Ruder zu übernehmen und auf die politische Bühne zurückzukehren.
- Um eine Eskalation zu verhindern, wird Charles de Gaulle zum neuen Premierminister mit ausserordentlichen Vollmachten ernannt (1.6.1958).
- De Gaulle erhält den Auftrag zur Ausarbeitung einer neuen Verfassung. Die Revolte der Algerien-Franzosen besiegt das Ende der IV. Republik.

Japan

Die vor drei Jahren gegründete Liberaldemokratische Partei gewinnt bei der Parlamentswahl in Japan 298 der 467 Sitze im Unterhaus. Zweistärkste Kraft sind die Sozialisten mit 167 Sitzen (**22.5.1958**). Die Liberaldemokraten verteidigen bis 1993 ihre absolute Vormachtstellung im Unterhaus.

Ceylon (Sri Lanka)

In Ceylon kommt es zu tagelangen gewalttätigen Zusammenstössen zwischen Singhalesen und Tamilen (**22. bis 28.5.1958**). Die Regierung verhängt den Ausnahmezustand. Die Unruhen fordern Hunderte von Toten, in der

Mehrzahl Tamilen. Die Regierung ordnet die Zwangsumsiedlung von über 20 000 Tamilen aus mehrheitlich von Singhalesen besiedelten Gebieten an.

Italien

Bei den Parlamentswahlen in Italien behaupten die Christlichdemokraten (Democrazia Cristiana/DC) ihre Führungsrolle mit einem Stimmenanteil von 42,4 Prozent. Sie gewinnen 273 der 596 Sitze im Abgeordnetenhaus. Es folgen die Kommunisten (Partito Comunista Italiano/PCI) mit 140 und die Sozialisten (Partito Socialista Italiano/PSI) mit 84 Sitzen. Viertstärkste Kraft wird das neofaschistische Movimento Sociale Italiano (MSI) mit 24 Mandaten (**25.5.1958**).

Schweden

Bei der Reichstagswahl in Schweden (**1.6.1958**) gewinnen die Sozialdemokraten 111 (plus 5) der 231 Mandate. Die Högerpartiet (Rechtspartei) wird zweitstärkste Kraft mit 45 (plus 3) Mandaten. Die Volkspartei verliert 20 Mandate und ist noch mit 38 Abgeordneten vertreten. Die Zentrumsparter (früher: Bauernbund) erobert 32 Sitze (plus 13).

Belgien

Bei den Parlamentswahlen in Belgien verpassen die Christdemokraten –Christelijke Volkspartij (CVP) bzw. Parti Social Chrétien (PSC) – mit 104 (plus 9) der 212 Mandate knapp die absolute Mehrheit in der Abgeordnetenkammer. Zweitstärkste Kraft sind die Sozialisten –Belgische Socialistische Partij (BSP) bzw. Parti Socialiste Belge (PSB) – mit 80 (minus 2) Mandaten. Die Liberalen (Liberale Partij/Parti Libérale –sind mit 20 (minus 4) Abgeordneten vertreten (**1.6.1958**).

Portugal

In einer von Manipulationsvorwürfen begleiteten Volkswahl wird Admiral Américo Deus Tomás (*Tomas*) zum neuen portugiesischen Staatspräsidenten gewählt (**8.6.1958**). Nach offiziellen Angaben erhält er 76,42 Prozent der Stimmen. Der von oppositionellen Kräften unterstützte Gegenkandidat, General Humberto Delgado, soll einen höheren Stimmenanteil als 23,58 Prozent erhalten haben.

Ungarn

Der frühere ungarische Ministerpräsident Imre Nagy, Symbolfigur des Volksaufstandes im Oktober/November 1956, wird in einem Schauprozess wegen Landesverrats und versuchten Sturzes der „demokratischen Volksordnung“ zum Tode verurteilt (**15.6.1958**) und am Tag darauf (16.6.1958) hingerichtet. Der frühere Verteidigungsminister Pál Maléter (*Maleter*) erleidet dasselbe Schicksal.

Belgien

In Belgien kehren nach vierjährigem Unterbruch die Christdemokraten an die Macht zurück. Neuer Regierungschef wird der frühere Premierminister Gaston Eyskens (**26.6.1958**). Bis 1973 leiten ununterbrochen Christdemokraten die Regierung.

Italien

Der christlichdemokratische Politiker Amintore Fanfani kehrt nach vier Jahren an die Spitze der Regierung zurück (**1.7.1958**). Er bildet eine Koalition mit den Sozialdemokraten (Partito Socialista Democratico Italiano/PSDI).

Mexiko

In Mexiko wird Adolfo López Mateos (*Lopez Mateos*) vom Partido Revolucionario Institucional (PRI) mit einem Stimmenanteil von 90,4 Prozent zum neuen Staatsoberhaupt gewählt (**6.7.1958**). Erstmals dürfen sich Frauen an der Präsidentenwahl beteiligen.

Finnland

Aus der Parlamentswahl in Finnland geht das linke Parteienbündnis Demokratische Union des Finnischen Volkes (SKDL) als stärkste Partei hervor (6. und 7. **7.1958**). Das linke Bündnis gewinnt 50 der 200 Sitze. Sowohl die Sozialdemokraten als auch der bäuerlich-liberale Landbund müssen Verluste in Kauf nehmen. Sie erhalten je 48 Mandate. Staatspräsident Urho Kekkonen erteilt den Auftrag zur Regierungsbildung nicht an die Demokratische Union des Finnischen Volkes sondern an den Sozialdemokraten Karl-August Fagerholm.

Irak

Umsturz in Bagdad unter Führung von General Abdelkarim Kassem (**14.7.1958**). Der irakische König Faisal II. wird ermordet. Die Putschisten beenden die haschemitische Monarchie. Der Irak wird eine Republik.

Libanon/USA

Die USA greifen – gestützt auf die Eisenhower-Doktrin – in den Libanon-Konflikt ein (**15.7.1958**). Auf Ersuchen des libanesischen Staatspräsidenten Camille Chamoun entsenden die USA rund 14 000 Soldaten nach Libanon. Nach Ablauf der Amtszeit von Chamoun wird Fouad Chehab, bisher Oberbefehlshaber der Armee, neuer Staatspräsident (31.7.1958). Die USA ziehen sich nach drei Monaten aus Libanon zurück.

China (Volksrepublik China)
China (Republik China/Taiwan)
USA

Erneut geraten die von der Republik China (Taiwan) beanspruchten Kinmen-Inselgruppe/Quemoy sowie die Matsu-Inseln unter Beschuss der chinesischen Volksarmee (**23.8.1958**). Die USA unterstützen Taiwan mit Begleitschutz für Versorgungskonvois und mit Rüstungsgütern. Die Zweite Taiwan Strait Crisis endet nach rund vier Wochen.

Island/Grossbritannien

Island weitet wegen Überfischung seine nationale Fischereizone von vier auf zwölf Meilen aus (**1.9.1958**). Grossbritannien entsendet Kriegsschiffe zum Schutz britischer Fischtrawler. Der sogenannte erste Kabeljaukrieg bricht aus. Grossbritannien lenkt 1961 ein und anerkennt die Zwölfmeilenzone.

Chile

Der frühere chilenische Finanzminister Jorge Alessandrini geht mit einem Stimmenanteil von 31,56 Prozent als Sieger aus der Präsidentenwahl hervor. Knapp hinter Alessandrini, der als Unabhängiger kandidierte, liegt der Sozialist Salvador Allende. Der Kandidat des Frente de Acción Popular (FRP) erhält 28,85 Prozent der Stimmen (**4.9.1958**).

Bundesrepublik Deutschland (BRD)/Frankreich

Der französische Premierminister Charles de Gaulle trifft sich in Colombey-les-Deux-Églises mit dem deutschen Bundeskanzler Konrad Adenauer. Sie ebnen den Weg zur deutsch-französischen Aussöhnung (**14.9.1958**).

Frankreich

Frankreich erhält eine neue Verfassung: Mit 82,6 Prozent Ja-Stimmen wird in einer Volksabstimmung die Verfassung der Fünften Republik gutgeheissen (**28.9.1958**). Die Verfassung tritt am 5. Oktober 1958 in Kraft.

Guinea/Frankreich

Die ehemalige französische Kolonie Guinea erklärt sich für unabhängig (**2.10.1958**). Da Guinea den Beitritt zur Communauté française ablehnt (vgl. 4.10.1958), stellt Frankreich die Unterstützung für seine ehemalige Kolonie ein. Machthaber Ahmed Sékou Touré errichtet ein autoritäres Regime, steuert einen prosowjetischen Kurs und tritt für einen panafrikanischen Sozialismus ein. Zehntausende Menschen verlassen ihre Heimat.

Frankreich/Communauté française

Im Rahmen der neuen französischen Verfassung wird die Communauté française (Nachfolgerin der Union française) geschaffen (**4.10.1958**).

Die Föderation französischer Kolonien in Westafrika (Französisch-Westafrika) löst sich mit der Gründung der Communauté française auf. Die zu Französisch-Westafrika gehörenden Länder – Senegal, Mauretanien, Französisch-Sudan (neu: Sudanesische Republik/République Soudanaise), Obervolta, Guinea, Niger, Côte d'Ivoire (Elfenbeinküste) und Dahomey – werden autonome Republiken innerhalb der Communauté française und erhalten 1960 die Unabhängigkeit. Nur Guinea lehnt den Beitritt zur Communauté française ab.

Vatikan

Römisch-katholische Kirche

Papst Pius XII. stirbt im Alter von 82 Jahren (**9.10.1958**).

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten lehnen die Volksinitiative für die 44-Stundenwoche mit 65 Prozent Nein-Stimmen ab (**26.10.1958**).

Literaturnobelpreis/Sowjetunion

Dem sowjetischen Schriftsteller Boris Pasternak wird der Literaturnobelpreis zugesprochen (**23.10.1958**). Aus Furcht vor politischer Verfolgung lehnt er den Preis jedoch ab.

Pakistan

Militärputsch in Pakistan: General Muhammad Ayub Khan übernimmt die Macht (**27.10.1958**).

Vatikan

Römisch-katholische Kirche

Kardinal Angelo Giuseppe Roncalli, Patriarch von Venedig, wird zum Nachfolger des verstorbenen Papstes Pius XII. gewählt. Er gibt sich den Namen Johannes XXIII. (**28.10.1958**).

Venezuela

In Venezuela verpflichten sich nach dem Ende der Diktatur von Marco Pérez Jiménez (Perez Jimenez) die christdemokratische Partei Copei, die sozialdemokratische Acción Democrática (AD) und die Unión Republicana Democrática (URD) im Pacto de Punto Fijo, die Demokratie zu sichern. Der Partido Comunista de Venezuela (PCV) ist als Mitglied unerwünscht (**31.10.1958**).

USA

Bei den Kongresswahlen in den USA (Midtermwahlen) bauen die Demokraten in beiden Häusern ihre Mehrheit aus (**4.11.1958**). Im Senat, der neu 98 Mitglieder zählt (plus zwei Sitze für Alaska), haben die Demokraten 64 Sitze (plus 15) und die Republikaner 34 Mandate (minus 13). Im Repräsentantenhaus, das 436 Mitglieder zählt (plus 1 Sitz für Alaska), sind die Demokraten mit 283 (plus 49) und die Republikaner mit 153 (minus 48) Abgeordneten vertreten.

Sudan

Armeeputsch im Sudan (**7.11.1958**). Neuer Machthaber wird General Ibrahim Abboud. Er verbietet Parteien und Gewerkschaften. Seine von Repression begleitete Arabisierung- und Islamisierungspolitik im mehrheitlich von Christen bewohnten Südsudan löst wachsenden Widerstand aus.

Berlin-Krise

Bundesrepublik Deutschland (BRD)/Deutsche Demokratische Republik (DDR)/Sowjetunion

Der sowjetische Partei- und Regierungschef Nikita Chruschtschow fordert in einer Rede in Moskau die Aufhebung des Viermächtestatus für Berlin. Die Sowjetunion löst damit nach der Berlin-Blockade von 1948/1949 eine zweite Berlin-Krise aus (**10.11.1958**).

Berlin-Krise

Bundesrepublik Deutschland (BRD)/Deutsche Demokratische Republik (DDR)

Sowjetunion/USA/Frankreich/Grossbritannien

Der sowjetische Partei- und Regierungschef Nikita Chruschtschow fordert in gleichlautenden Noten an die USA, Grossbritannien und Frankreich den Abzug der Westmächte aus West-Berlin (**27.11.1958**). Binnen sechs Monaten soll West-Berlin eine selbständige und entmilitarisierte „Freie Stadt“ werden. Andernfalls werde die UdSSR ihre Berlin-Rechte an die DDR übertragen und die Kontrolle der alliierten Zufahrtswege nach Westberlin der DDR zu übergeben. Die Westmächte lehnen die sowjetischen Forderungen ab.

Frankreich

In Frankreich geht die neu gegründete gaullistische Union pour la Nouvelle République (UNR) als Siegerin aus der ersten Parlamentswahl der V. Republik hervor (23.11. und **30.11.1958**). Sie erhält 206 der 579 Sitze. Zweistärkste Gruppierung ist der aus dem Centre national des indépendants et paysans (CNIP) gebildete Groupe des Indépendants et Paysans d'Action Sociale (IPAS) mit 132 Sitzen.

Französisch Äquatorialafrika/Frankreich

Französisch-Äquatorialafrika – bestehend aus Gabun (Gabon), Mittelkongo (Moyen Congo), Ubangi-Shari (Oubangui Chari) und Tschad – löst sich auf (**30.11.1958**). Die vier Länder werden autonome Republiken innerhalb der Communauté française und erhalten 1960 die Unabhängigkeit. Aus Mittelkongo wird die République du Congo (Kongo-Brazzaville) und aus Ubangi-Schari die Zentralafrikanische Republik.

Uruguay

In Uruguay verliert der liberale Partido Colorado seine bisher dominierende Rolle im Parlamen (**30.11.1958**). Sieger der Wahl ins Abgeordnetenhaus ist der konservative Partido Nacional (Partido Blanco). Er gewinnt 51 der 99 Mandate, der Partido Colorado 38.

Venezuela

In Venezuela geht Rómulo Betancourt von der sozialdemokratischen Acción Democrática (AD) als Sieger aus der Präsidentenwahl hervor. Er erhält 49,18 Prozent der Stimmen. Rómulo Betancourt war nach einem Putsch ab Oktober 1945 bis Anfang Februar 1948 Übergangspräsident. Er gilt als „Vater der Demokratie“.

Seine Partei gewinnt 73 der 132 Sitze im Abgeordnetenhaus. Zweitstärkste Kraft ist die Mitte-links-Partei Unión Republicana Democrática (URD) mit 34 Mandaten. Es handelt sich um die zweiten freien Wahlen in Venezuela (**7.12.1958**).

Friedensnobelpreis

Belgien

Der belgische Dominikanerpater Dominique Pire, bekannt als „Vater der Flüchtlinge“, Gründer der Organisation L'Aide aux personnes déplacées und Initiator der „Europadörfer“, wird mit dem Friedensnobelpreis geehrt (**10.12.1958**).

Schweiz

Die Vereinigte Bundesversammlung wählt den Agrarwissenschaftler Friedrich Traugott Wahlen als Vertreter der Bauern, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB) in den Bundesrat. Wahlen gilt als „Vater der Anbauschlacht“ während des Zweiten Weltkrieges (Sicherung der Ernährung). Er ist stellvertretender Generaldirektor der UNO-Sonderorganisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO). Wahlen tritt die Nachfolge des wenige Wochen zuvor verstorbenen Bundesrats Markus Feldmann an (**11.12.1958**).

Niederlande

Der niederländische Ministerpräsident Willem Drees tritt nach regierungsinternen Unstimmigkeiten in Steuerfragen zurück (**22.12.1958**). Seine sozialdemokratische Partei der Arbeit (Partij van de Arbeid/PvdA) regierte seit über zehn Jahren. Willem Drees gilt als Vater des niederländischen Sozialstaates.

Bis im Mai 1959 übernimmt der frühere Ministerpräsident Louis Beel von der Katholischen Volkspartei (Katholieke Volkspartij/KVP) die Führung der Regierung. Dem Kabinett gehören auch die protestantische Anti-Revolutionäre Partei (Anti-Revolutionaire Partij/ARP) und die protestantische Christlich-Historische Union (Christelijk-Historische Unie/CHU) an.

Frankreich

Der französische Premierminister Charles de Gaulle wird von einem Gremium von über 81 000 grands électeurs zum neuen Staatschef, dem ersten Präsidenten der Fünften Republik, gewählt (**21.12.1958**). Er erhält 78,51 Prozent der Stimmen.

1959

Kuba

Sturz des Regimes des kubanischen Machthabers Fulgencio Batista. Nach schweren Verlusten im Kampf gegen die Aufständischen flüchtet Batista ins Ausland. Fidel Castro verkündet den Sieg der Revolution (**1.1.1959**). Eine Woche später (8.1.1959) zieht er siegreich in Havanna ein.

Der Anwalt Manuel Urrutia wird nach dem Machtwechsel erster Staatspräsident (3.1.1959). Castro übernimmt im folgenden Monat das Amt des Regierungschefs (15.2.1959).

USA

Alaska wird 49. Staat der USA (**3.1.1959**).

Malediven/Grossbritannien/United Suvadive Republic

Drei südliche Atolle der unter britischem Protektorat stehenden Malediven – die Suvadiven – erklären sich für unabhängig (**3.1.1959**). Die United Suvadive Republic ist nur kurzlebig. Die Sezession endet im September 1963.

Frankreich

Der gaullistische Politiker Michel Debré wird erster französischer Premierminister der Fünften Republik (**8.1.1959**).

Spanien

Katastrophen/Staudammkatastrophen

Bei Rivadelago im Nordwesten Spaniens bricht ein neu erbauter Staudamm. Dabei kommen 140 Menschen ums Leben (**9.1.1959**).

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten lehnen die Einführung des eidgenössischen Frauenstimm- und Wahlrechts deutlich mit 66,9 Prozent Nein-Stimmen ab (**1.2.1959**).

Nepal

Nepal erhält eine neue Verfassung mit grosser Machtfülle für den König (**12.2.1959**). Bei den kurz darauf folgenden Parlamentswahlen erhält die sozialdemokratische Nepali Congress 74 der 109 Mandate im Repräsentantenhaus. Bishweshwar Prasad Koirala vom Nepali Congress wird der erste demokratisch gewählte Ministerpräsident des Landes (27.5.1959).

Venezuela

Der neue venezolanische Präsident Rómulo Betancourt erklärt bei seiner Amtsübernahme, er wolle keine diplomatischen Beziehungen zu Ländern, in denen nicht demokratisch legitimierte Regierungen an der Macht sind (**13.2.1959**). Der Entscheid wird als Betancourt-Doktrin bezeichnet.

China (Volksrepublik China)/Tibet

Volksaufstand gegen die chinesische Herrschaft in Tibet: Zehntausende Menschen versammeln sich vor der Sommerresidenz des Dalai Lama (**10.3.1959**). Gerüchte über eine mögliche Entführung des geistlichen Oberhauptes der Tibeter sind der Auslöser der Massendemonstration. Sie mündet in eine Volksrevolte, die von den chinesischen Sicherheitskräften blutig niedergeschlagen wird. Über 80 000 Menschen kommen dabei ums Leben. Der Dalai Lama flüchtet (17.3.1959) und gelangt Ende März nach Indien. Zehntausende folgen dem Oberhaupt ins Exil. Auch die Schweiz nimmt Flüchtlinge aus Tibet auf.

USA/Italien/Türkei

Italien stimmt der Stationierung von 30 US-amerikanischen Jupiter-Mittelstreckenraketen zu (**25.3.1959**). Ein ähnliches Abkommen schliessen die USA und die Türkei. Die Türkei stimmt der Stationierung von 15 Jupiter-Raketen zu (18.9.1959). Die Raketen werden im Zusammenhang mit der Kuba-Krise von 1962 wieder abgezogen.

Zentralafrikanische Republik/Frankreich

Barthélemy Boganda, seit 1958 Premierminister der nach Unabhängigkeit von Frankreich strebenden autonomen Zentralafrikanischen Republik, kommt bei einem Flugzeugabsturz ums Leben (**29.3.1959**).

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte

Zur Durchsetzung der Europäischen Menschenrechtskonvention wird der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte geschaffen (**20.4.1959**).

China (Volksrepublik China)

Liu Shaoqi wird vom Nationalen Volkskongress zum neuen Staatspräsidenten der Volksrepublik China gewählt (**27.4.1959**). Er tritt an die Stelle von Mao Zedong. Mao bleibt Parteivorsitzender.

Österreich

Die konservative Österreichische Volkspartei (ÖVP) bleibt nur knapp stärkste Partei nach der Parlamentswahl (**10.5.1959**). Mit einem Stimmenanteil von 44,2 Prozent (minus 1,8 Prozentpunkte) gewinnt sie 79 Mandate (minus 3). Die Sozialistische Partei Österreichs (SPÖ) hat mit 44,8 Prozent (plus 1,8 Prozentpunkte) knapp einen höheren Stimmenanteil als die Volkspartei. Die Sozialisten entsenden 78 Abgeordnete (plus 4) ins Parlament. Nicht mehr vertreten sind die Kommunisten. Der neue Nationalrat setzt sich wie folgt zusammen: ÖVP: 79 (minus 3), SPÖ: 78 (plus 4). Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ): 8 (plus 2).

Niederlande

Bei der Parlamentswahl in den Niederlanden gewinnt die Katholische Volkspartei (Katholieke Volkspartij/KVP) ihre 1952 verlorene Mehrheit zurück. Sie erobert 40 der 150 Sitze der Zweiten Kammer. Die sozialdemokratische Partei der Arbeit (Partij van de Arbeid/PvdA) erhält 48 Mandate (**12.5.1959**).

Neuer Regierungschef wird Jan de Quay von der Katholischen Volkspartei (19.5.1959). Zu seinen Regierungspartnern gehören die protestantische Anti-Revolutionäre Partei (Anti-Revolutionaire Partij/ARP), die protestantische Christlich-Historische Union (Christelijk-Historische Unie/CHU) sowie die rechtsliberale Volkspartei für Freiheit und Demokratie (Volkspartij voor Vrijheid en Democratie/VVD).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der US-amerikanische Jazzsaxophonist und Klarinettist Sidney Bechet stirbt im Alter von 62 Jahren (**14.5.1959**).

Kuba

Agrarreform in Kuba (**17.5.1959**). Der private Landbesitz wird auf 400 Hektar begrenzt. Tausende Grossgrundbesitzer werden enteignet. Die Zuckerindustrie, der wichtigste Industriezweig des Landes, wird verstaatlicht. Auch die USA, Hauptabnehmer für kubanischen Zucker, sind von den Enteignungen betroffen.

Grossbritannien/Singapur

Die britische Kronkolonie Singapur erhält den Status der Selbstverwaltung (**3.6.1959**). Lee Kuan Yew wird Premierminister (5.6.1959). Seine Partei, die People's Action Party, hatte bei der vorangegangenen Parlamentswahl (30.5.1959) 43 der 51 Mandate erobert. Lee Kuan Yew bleibt über 31 Jahre lang Machthaber und die People's Action Party die permanent dominierende Kraft.

Portugal/Portugiesisch-Timor

In Portugiesisch-Timor kommt es zu einem Aufstand gegen die Kolonialherrschaft (**6.6.1959**). Die Viqueque-Rebellion fordert Dutzende von Toten.

Dominikanische Republik

Ein Umsturzversuch gegen das Regime von Machthaber Rafael Trujillo scheitert (**14.6.1959**).

Irland

Éamon de Valera, Gründer der Partei Fianna Fáil sowie mehrmals Ministerpräsident, geht als Sieger aus der Präsidentenwahl in Irland hervor (**17.6.1959**).

Die Führung von Fianna Fáil und das Amt des Regierungschefs übernimmt Seán Lemass (23.6.1959). Er gilt als Vater des modernen Irland, der Handelsschranken und Protektionismus abbaute.

Südafrika

In Südafrika werden mit dem Promotion of Bantu Self-Government Act zunächst acht, später zehn Siedlungsgebiete für Schwarze geschaffen dies mit einem gewissen Grad der Selbstverwaltung (**19.6.1959**).

China (Volksrepublik China)/Sowjetunion

Das Verhältnis zwischen der Sowjetunion und der Volksrepublik China verschlechtert sich zusehends. Moskau streicht die 1957 zugesagte Hilfe für die Entwicklung einer chinesischen Atombombe (**20.6.1959**).

Kanada/USA

St. Lawrence Seaway

Königin Elizabeth II. und US-Präsident Dwight D. Eisenhower eröffnen den Sankt-Lorenz-Seeweg (**27.6.1959**). Der St. Lawrence Seaway verbindet den Atlantik mit der Region der Grossen Seen. Die Bauarbeiten hatten 1954 begonnen. Von den Baukosten in Höhe von 470 Millionen Dollar hatte Kanada 336 Millionen übernommen.

Bundesrepublik Deutschland (BRD)

Ernährungs- und Landwirtschaftsminister Heinrich Lübke von der Christlich Demokratischen Union (CDU) wird zum neuen Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt (**1.7.1959**).

Indonesien

Der indonesische Machthaber Sukarno löst die 1955 gewählte Verfassungsgebende Versammlung auf und ordnet die Wiedereinführung der Verfassung von 1945 an (**5.7.1959**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der Schweizer Musikclown Grock (Charles Adrien Wettach) stirbt im Alter von 79 Jahren (**14.7.1959**).

Kuba

Der kubanische Ministerrat ernannt Osvaldo Dorticós (Dorticós) zum Staatchef (**17.7.1959**). Dorticós wird Nachfolger von Manuel Urrutia, der wegen Meinungsverschiedenheiten mit Fidel Castro nach einem halben Jahr seinen Rücktritt erklärte.

Spanien/Baskenland

Baskische Nationalisten gründen die separatistische Bewegung Euskadi Ta Askatasuna (ETA) – Baskenland und Freiheit (**31.7.1959**). Die ETA kämpft auch mit terroristischen Mitteln für ihre Ziele. Am 28. Juni 1961 wird das erste tödliche Attentat verübt. Bei Anschlägen zwischen 1961 und 2009 kommen über 800 Menschen ums Leben.

Malaya

In Malaya finden die ersten Parlamentswahlen seit Erlangung der Unabhängigkeit statt. Stärkste Kraft ist die Alliance Party. Sie gewinnt 74 der 104 Sitze (**19.8.1959**). Zu der von Premierminister Abdul Rahman (Tunku Abdul Rahman) gegründeten Alliance Party gehören die dominierende United Malays National Organisation (UMNO), die Malayan Chinese Association (MCA) und der Malayan Indian Congress (MIC).

USA

Hawaii wird 50. Staat der USA (**21.8.1959**).

Sowjetunion(Korea (Nordkorea))

Die Sowjetunion und Nordkorea unterzeichnen ein Nuklearabkommen (**7.9.1959**).

Nordkorea startet seine atomaren Ambitionen 1965 mit der Inbetriebnahme eines mit sowjetischer Unterstützung gebauten Zwei-Megawatt-Forschungsreaktors in Yongbyon.

Yongbyon wird zum Zentrum des nordkoreanischen Atomprogramms 1986 wird ein zweiter Reaktor fertiggestellt. Es folgen weitere Anlagen zur Herstellung von Brennelementen sowie zur Wiederaufbereitung von Kernbrennstäben und ab 2010 zur Urananreicherung.

USA/Sowjetunion

Als erster sowjetischer Partei- und Regierungschef weilt Nikita Chruschtschow zu einem offiziellen Besuch in den USA (**15. 9. bis 27.9.1959**). Höhepunkt der Reise ist ein Treffen mit US-Präsident Dwight D. Eisenhower auf dem Landsitz Camp David.

Ceylon

Der ceylonische Premierminister Solomon West Ridgeway Dias (S.W.R.D.) Bandaranaike stirbt an den Folgen eines Attentats (**26.9.1959**). Der Gründer der Sri Lanka Freedom Party war von einem buddhistischen Mönch niedergeschossen worden. 1960 übernimmt seine Witwe, Sirimavo Bandaranaike, die Führung der Regierung.

Japan

Katastrophen/Unwetter

Ein Taifun verwüstet weite Gebiete an der Südküste der japanischen Hauptinsel Honshu. Dabei kommen rund 5000 Menschen ums Leben (**26.9.1959**).

Grossbritannien

Die Conservative Party verteidigt bei der Unterhauswahl in Grossbritannien ihre absolute Mehrheit. Sie gewinnt 21 Sitze hinzu und stellt neu 345 der 630 Abgeordneten. Die Labour Party hat 258 Sitze (minus 19). Auf die mit den Tories verbündete National Liberal Party entfallen 20 und auf die übrigen Parteien 7 Sitze (**8.10.1959**).

Sowjetunion/Ukraine/Bundesrepublik Deutschland (BRD)

Der ukrainische radikale Nationalistenführer Stepan Bandera, für viele Menschen in der Ukraine ein Symbol für den „Nationalen Befreiungskampf“, wird in München, wo er im Exil lebte, von Agenten des sowjetischen Geheimdienstes KGB ermordet (**15.10.1959**).

Schweiz

Bei den Nationalratswahlen in der Schweiz gewinnen die Sozialdemokraten (SP) und die Freisinnigen (FDP) je 51 Sitze. Den höheren Wähleranteil (26,3 Prozent) verzeichnen die Sozialdemokraten. Die stärksten Fraktionen bilden die Sozialdemokraten mit 51 Sitzen (minus 2) sowie die Freisinnigen mit ebenfalls 51 Sitzen (plus 1). Es folgen die Konservativ-Christlichsoziale Volkspartei (KCVP) – seit 1957 Nachfolgerin der Konservativen Volkspartei (KVP) – mit 47 Sitzen (unverändert) und die Bauern- Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB) mit 23 Mandaten (plus 1). Auf die übrigen Parteien entfallen 24 Mandate (**25.10.1959**).

Die 44 Mandate im Ständerat verteilen sich wie folgt: Konservativ-Christlichsoziale Volkspartei (KCVP): 17, Freisinnige (FDP): 13, Sozialdemokraten (SP): 4, Bauern- Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB): 3, Liberale Partei (LPS): 3, Demokratische Partei: 2, Sonstige: 2

Pakistan

Der pakistanische Machthaber Ayub Khan verkündet die Einführung eines neuen politischen System, das sich Basic Democracies nennt und aus vier Stufen besteht (**27.10.1959**). Die unterste Stufe der Basisdemokratie ist der Union Council. Dann folgen der Tehsil, der District und der Divisional Council (27.10.1959). 1970 wird das System abgeschafft,

Laos

Der König von Laos, Sisavong Vong, stirbt im Alter von 74 Jahren (**29.10.1959**). Er war seit 1904 König, zunächst von Luang Prabang, dann ab 1946 von ganz Laos. Sein Nachfolger wird Kronprinz Savang Vatthana.

Bundesrepublik Deutschland (BRD)

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) verabschiedet in Bad Godesberg ein neues Parteiprogramm (**15.11.1959**). Mit dem Godesberger Programm vollzieht die SPD den Wandel von der marxistisch geprägten Arbeiter- zur linken Volkspartei. Die SPD bekennt sich zu sozialer Marktwirtschaft, Eigentum und Landesverteidigung.

Schweiz

Bundesrat Philipp Etter, seit März 1934 Mitglied der Landesregierung und Vorsteher des Eidgenössischen Departements des Innern, erklärt seinen Rücktritt (**19.11.1959**).

Antarktis

Zwölf Staaten – Argentinien, Australien, Belgien, Chile, Frankreich, Grossbritannien, Japan, Neuseeland, Norwegen, die Sowjetunion, Südafrika und die USA – unterzeichnen in Washington den Antarktis-Vertrag (**1.12.1959**). Die Unterzeichner verpflichten sich zur friedlichen Nutzung der Antarktis, zur Zurückstellung von Gebietsansprüchen, zum Verbot militärischer Aktivitäten und zum Einfuhrverbot nuklearer Abfälle.

Frankreich

Katastrophen/Staudammkatastrophen

Der Staudamm von Malpasset nahe der südfranzösischen Gemeinde Fréjus bricht nach schweren Regenfällen. Durch die Flutwelle werden 421 Menschen getötet (**2.12.1959**).

Friedensnobelpreis/Grossbritannien

Der britische Politiker Philip Noel-Baker, ehemaliger Vorsitzender der Labour Party und früherer Staatsminister, wird für seinen Einsatz für den internationalen Frieden mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet (**10.12.1959**).

Literaturnobelpreis

Italien

Der italienische Lyriker Salvatore Quasimodo wird mit dem Literaturnobelpreis ausgezeichnet (**10.12.1959**).

Zypern/Grossbritannien

Erzbischof Makarios III. geht als Sieger aus der Präsidentenwahl in Zypern hervor. Er wird von der Widerstandsorganisation Eoka unterstützt und erhält 66,8 Prozent der Stimmen (**13.12.1959**). Sein Amt tritt Erzbischof Makarios nach Ende der britischen Herrschaft am 16. August 1960 an.

Schweiz

Die Vereinigte Bundesversammlung entscheidet sich bei der Wahl von vier neuen Mitgliedern des Bundesrats (**17.12.1959**) für eine neue parteipolitische Zusammensetzung der Schweizer Landesregierung: je zwei Sitze für die Konservativ-Christlichsoziale Volkspartei/KCVP (die spätere Christlichdemokratische Volkspartei/CVP), die Sozialdemokratische Partei/SP und die Freisinnig-Demokratische Partei/FDP sowie ein Sitz für die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei/BGB (die spätere Schweizerische Volkspartei/SVP). Die sogenannte „Zauberformel“ besteht bis zum Jahr 2003.

In die Landesregierung gewählt werden:

- der Freiburger Ständerat und Vorsitzende der Konservativ-Christlichsozialen Volkspartei (KCVP) Jean Bourgnicht (KCVP) als Nachfolger des nach 25 Jahren zurückgetretenen Bundesrats Philipp Etter,
- der sozialdemokratische Zürcher Ständerat Willy Spühler (SP) als Nachfolger von Bundesrat Hans Streuli,
- der Obwaldner Ständerat Ludwig von Moos (KCVP) als Nachfolger von Bundesrat Thomas Holenstein und
- der sozialdemokratische basel-städtische Ständerat Hans-Peter Tschudi als Nachfolger von Bundesrat Giuseppe Lepori. Offizieller SP-Kandidat war der Parteivorsitzende und Schaffhauser Stadtpräsident Walther Bringolf, der sich im dritten Wahlgang zugunsten von Hans-Peter Tschudi zurückzog.